

**HEIDELBERGER INSTITUT FÜR
INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG e.V.**

am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg

KONFLIKTBAROMETER 2004

**Krisen · Kriege · Putsch
Verhandlungen · Vermittlungen · Friedensschlüsse**

**13. JÄHRLICHE KONFLIKTANALYSE
überarbeitete Ausgabe**



HIIK

Das HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG (HIIK) am INSTITUT FÜR POLITISCHE WISSENSCHAFT DER UNIVERSITÄT HEIDELBERG ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein. Es widmet sich der Erforschung, Auswertung und Dokumentation innerstaatlicher und internationaler politischer Konflikte. Das HIIK ging 1991 aus einem u.a. von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziell unterstützten Forschungsprojekt KOSIMO (Konflikt-Simulations-Modell) hervor, welches von Prof. Dr. Frank R. Pfetsch (Universität Heidelberg) geleitet wurde.

Konflikt

Konflikte sind Interessengegensätze (Positionsdifferenzen) um nationale Werte von einiger Dauer und Reichweite zwischen mindestens zwei Parteien (organisierte Gruppen, Staaten, Staatengruppen, Staatenorganisationen), die entschlossen sind, sie zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Konfliktgegenstände

Territorium
Sezession
Dekolonisation
Autonomie
System, Ideologie
Nationale Macht
Regionale Vorherrschaft
Internationale Macht
Ressourcen
Sonstiges

Konfliktintensitäten

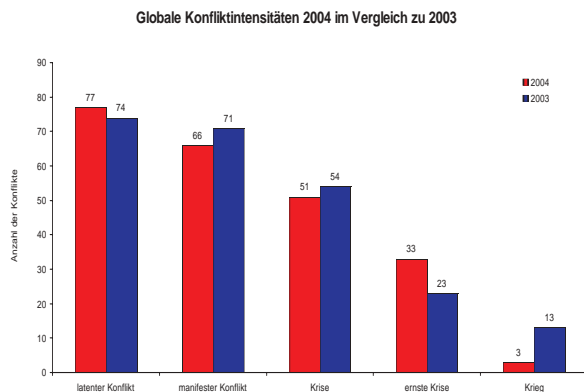
Gewaltgrad	Intensitäts-gruppierung	Intensitäts-stufe	Intensitäts-bezeichnung	Definition
nicht-gewaltsam	niedrig	1	Latenter Konflikt	Eine Positionsdifferenz um definierbare Werte von nationaler Bedeutung ist dann ein latenter Konflikt, wenn darauf bezogene Forderungen von einer Partei artikuliert und von der anderen Seite wahrgenommen werden.
		2	Manifester Konflikt	Ein manifester Konflikt beinhaltet den Einsatz von Mitteln, welche im Vorfeld gewaltsamer Handlungen liegen. Dies umfasst beispielsweise verbalen Druck, die öffentliche Androhung von Gewalt oder das Verhängen von ökonomischen Zwangsmaßnahmen.
gewaltsam	mittel	3	Krise	Eine Krise ist ein Spannungszustand, in dem mindestens eine der Parteien vereinzelt Gewalt anwendet.
	hoch	4	Ernste Krise	Als ernste Krise wird ein Konflikt dann bezeichnet, wenn wiederholt und organisiert Gewalt eingesetzt wird.
		5	Krieg	Kriege sind Formen gewaltsamen Konfliktaustrags, in denen mit einer gewissen Kontinuität organisiert und systematisch Gewalt eingesetzt wird. Die Konfliktparteien setzen, gemessen an der Situation, Mittel in großem Umfang ein. Das Ausmaß der Zerstörung ist nachhaltig.

Das vorliegende Konfliktbarometer 2004 gibt den aktuellen Stand unserer Forschung wieder. Dadurch ergeben sich Abweichungen von Daten älterer Ausgaben.

Globales Konfliktpanorama 2004

Globale Entwicklung

Im Jahr 2004 werden 230 politische Konflikte geführt, davon drei als Kriege und 33 als ernste Krisen. Demnach werden insgesamt 36 Konflikte mit hohem Gewalteininsatz ausgetragen. In 51 weiteren Auseinandersetzungen mit der Intensität einer Krise wird von den Konfliktparteien vereinzelt Gewalt zum Erreichen ihrer Ziele eingesetzt. Demgegenüber wird mit einer Anzahl von 143 der weit größere Anteil politischer Konflikte ohne den Einsatz von physischer Gewalt ausgetragen. Diese lassen sich in 66 manifeste und 77 latente Konflikte unterteilen.



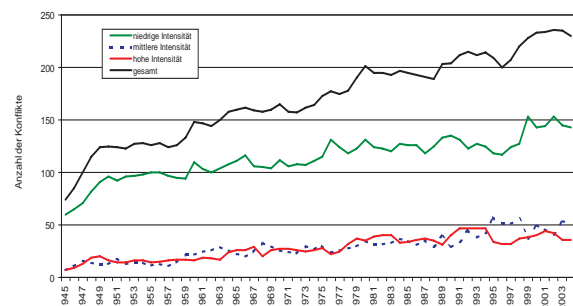
Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Anzahl der auf der höchsten Intensitätsstufe geführten Konflikte von 13 Kriegen 2003 auf drei im Jahr 2004 signifikant verringert. Hingegen ist die Anzahl der ernstesten Krisen um zehn, von 23 auf 33 gestiegen. Daher ist die Gesamtzahl der Konflikte auf den beiden höchsten Intensitätsstufen trotz der beachtlichen Abnahme von Kriegen mit 36 gleich geblieben. Die Anzahl der Krisen, d.h. der Konflikte mittlerer Intensität, sinkt um drei von 54 im Jahr 2003 auf 51 in 2004. Die Anzahl der Konflikte auf den beiden gewaltlosen Intensitätsstufen verringert sich um einen, von 145 auf 143 Konflikte. Manifeste Konflikte haben sich von 71 auf 66 verringert. Die Anzahl latenter Konflikte hat von 74 im Jahr 2003 auf 77 in 2004 zugenommen.

Die Gesamtzahl der Konflikte ist von 235 auf 230 gesunken, d.h. es sind fünf Dispute weniger zu beobachten. Dies ist darauf zurückzuführen, dass einerseits 13 Konflikte als im Jahr 2003 beendet erachtet werden können und andererseits im Jahr 2004 acht neue Konflikte hinzugekommen sind. In Europa sind 2003 zwei Konflikte beendet worden und 2004 wird dort ein neuer Konflikt geführt; in Afrika sind acht beendet worden und zwei neue hinzugekommen; in Asien und Ozeanien ist einer beendet worden und drei sind neu hinzugekommen; im Vorderen und Mittleren Orient sind je zwei Konflikte beendet worden und neu hinzugekommen. Von den acht neuen Konflikten beginnen

fünf auf den zwei höchsten Intensitätsstufen: Äthiopien (Anyuak - Nuer), China (Hui), Sri Lanka (LTTE-East - LTTE), Irak (al-Sadr-Gruppierung) und Irak (Aufständische). Die drei anderen werden auf einer Stufe niedriger Intensität ausgetragen: Ukraine (Opposition), Äquatorialguinea (Putschisten) und Kasachstan (Opposition). Im Jahr 2004 kann nur ein Konflikt als beendet erachtet werden, obwohl dieser nicht beigelegt wurde, sondern wegen einer veränderten Konfliktkonstellation lediglich transformiert worden ist. Mit der Machtübergabe an eine Übergangsregierung im Irak am 28. Juni, werden die US-geführten Koalitionstruppen nicht länger als direkte Konfliktpartei, sondern als Unterstützer der neuen irakischen Behörden verstanden, obwohl sie nach wie vor einen enormen Einfluss im Land ausüben.

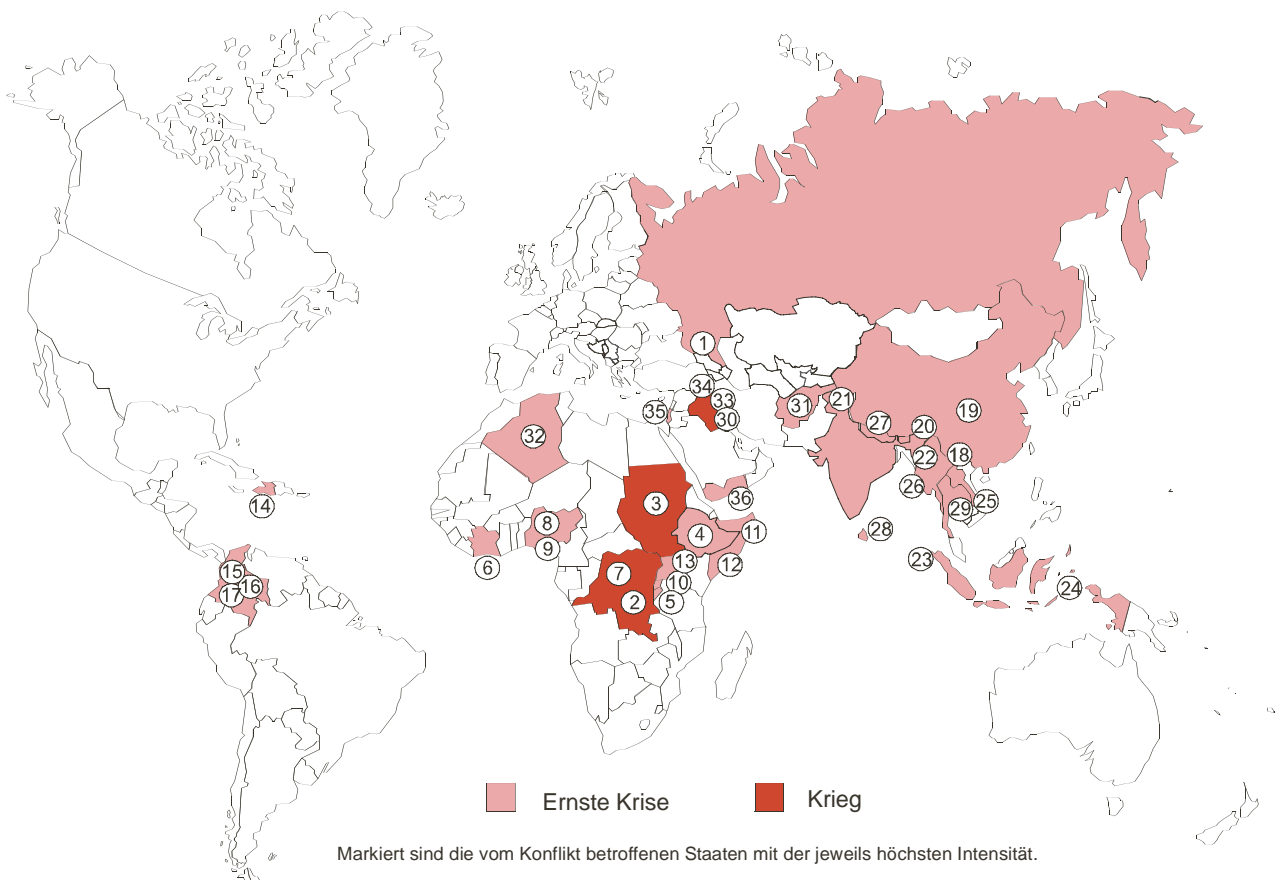
Für eine langfristige Trendanalyse wurden die fünf Intensitätsstufen zu drei Intensitätsgruppen zusammengefasst. Die beiden gewaltlosen Stufen bilden die Gruppe von Konflikten niedriger Intensität, Krisen repräsentieren eine mittlere Intensitätsgruppe und ernste Krisen und Kriege konstituieren Konflikte hoher Intensität. Neben diesen drei Intensitätsgruppen zeigt die Grafik unten die Gesamtzahl der laufenden Konflikte. Die Verlaufskurve zeigt, dass die Anzahl der beobachteten Konflikte seit 1945 von 74 mehr oder weniger kontinuierlich auf 230 im Jahr 2004 gestiegen ist. Auffallend ist der jeweils stufenweise Anstieg der Konfliktzahlen, unterbrochen von Phasen geringer Zu- oder Abnahme: zwischen 1945 und 1950 von 74 auf 125, zwischen 1952 und 1954 von 123 auf 128, zwischen 1957 und 1960 von 124 auf 148, zwischen 1963 und 1966 von 150 auf 162, zwischen 1973 und 1980 von 162 auf 201, zwischen 1989 und 1992 von 203 auf 215 und aktuell von 220 Konflikten 1998 auf 235 im Jahr 2003. Insofern ist die Abnahme der Konflikte im Untersuchungszeitraum lediglich eine Unterbrechung eines seit sechs Jahren andauernden Trends.

Laufende globale Konflikte niedriger, mittlerer und hoher Intensität
1945 bis 2004



Eine nähere Betrachtung der einzelnen Intensitätsgruppen zeigt, dass die Verlaufskurve der Konflikte niedriger Intensität der Gesamtzahlenkurve am nächsten ist. Beide Kurven laufen jedoch zunehmend auseinander.

Weltkarte: Gewaltsame Konflikte hoher Intensität 2004



Legende

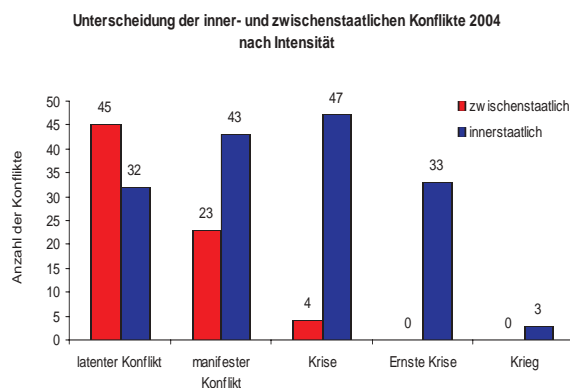
Nr.	Konfliktname und wichtigster Konfliktgegenstand	Nr.	Konfliktname und wichtigster Konfliktgegenstand
Europa - ernste Krisen		Asien und Ozeanien - ernste Krisen	
1	Russland (Tschetschenien) - Sezession	18	Bhutan (indische Separatisten) - Territorium
Afrika - Kriege		19	China (Hui) - andere
2	DR Kongo (Rebellen) - nationale Macht, Ressourcen	20	Indien (Assam) - Sezession, Ressourcen
3	Sudan (SLM/A - JEM) - regionale Vorherrschaft	21	Indien (Kaschmir) - Sezession
Afrika - ernste Krisen		22	Indien (Nagaland) - Sezession, regionale Vorherrschaft
4	Äthiopien (Anyuak - Nuer) - regionale Vorherrschaft	23	Indonesien (Aceh) - Sezession, Ressourcen
5	Burundi (Hutu) - nationale Macht	24	Indonesien (Molukken) - regionale Vorherrschaft
6	Côte d'Ivoire (Rebellen) - nationale Macht	25	Laos (LCMD, CIDL) - Ideologie / System, Autonomie, nationale Macht
7	DR Kongo (Hema - Lendu) - regionale Vorherrschaft	26	Myanmar (Minderheiten) - Sezession
8	Nigeria (Christen - Muslime) - Ideologie / System	27	Nepal (Maoisten) - Ideologie / System, nationale Macht
9	Nigeria (Nigerdelta - Ijaw) - Ressourcen	28	Sri Lanka (LTTE-East - LTTE) - regionale Vorherrschaft
10	Ruanda (Hutu) - nationale Macht	29	Thailand (Südliche Grenzregionen) - Sezession
11	Somalia (Somaliland) - Sezession	Vorderer und Mittlerer Orient - Kriege	
12	Somalia (verschiedene Gruppierungen) - nationale Macht	30	Irak (Aufständische) - nationale Macht, Ideologie / System
13	Uganda (LRA) - nationale Macht	Vorderer und Mittlerer Orient - ernste Krisen	
Amerika - ernste Krisen		31	Afghanistan (Taliban) - regionale Vorherrschaft, nationale Macht
14	Haiti (Opposition) - nationale Macht	32	Algerien (Islamisten) - nationale Macht, Ideologie / System
15	Kolumbien (ELN) - nationale Macht, Ideologie / System	33	Irak (al-Sadr-Gruppierung) - Ideologie / System
16	Kolumbien (FARC) - nationale Macht, Ideologie / System	34	Irak (CPA - Widerstandskräfte) - Ideologie / System, Ressourcen
17	Kolumbien (Paramilitärs) - regionale Vorherrschaft, System	35	Israel (Palästinenser) - Autonomie, Ideologie / System, Ressourcen
		36	Jemen (Islamisten) - nationale Macht

An der Entwicklungslinie der Konflikte hoher Intensität fällt der kontinuierliche, meist gleichmäßig verlaufende Anstieg auf, von sieben 1945 auf 36 im Jahr 2004. Ausnahmen vom gleichmäßigen Anstieg bilden die drei Phasen hoher Eskalation zwischen 1945 und 1949 von sieben auf 20, zwischen 1976 und 1979 von 22 auf 37 sowie zwischen 1989 und 1991, dem Zeitraum des Zusammenbruchs der Sowjetunion, von 31 auf 47. Dieser letzte sprunghafte Anstieg markiert auch die bislang höchste Anzahl von Konflikten hoher Intensität. Daneben existierten auch Phasen deutlicher Deeskalation, wie zwischen 1949 und 1951 von 20 auf 14 sowie zwischen 1992 und 1996 von 47 auf 32. Der deutlichste Rückgang innerhalb eines Jahres ist zwischen 1994 und 1995 zu verzeichnen, als die Anzahl der Konflikte hoher Intensität von 47 auf 34 fiel. Seit 1997 ist ihre Anzahl deutlich von 32 auf 44 im Jahr 2001 gestiegen. Bis 2003 ist sie wieder auf 36 Konflikte gefallen und bleibt auch 2004 auf diesem Niveau.

Die Verlaufskurve der Konflikte mittlerer Intensität verläuft auffallend gegenläufig zu jener der Konflikte hoher Intensität. Erhöht sich die Anzahl der hoch intensiven Konflikte, sinkt die Anzahl der Krisen bzw. Konflikte mittlerer Intensität. Am deutlichsten zeigt sich diese Entwicklung zwischen 1994 und 1995 als die Anzahl der ernstesten Krisen und Kriege von 47 auf 34 sinkt, während die Konflikte mittlerer Intensität um 15 von 42 auf 57 ansteigen.

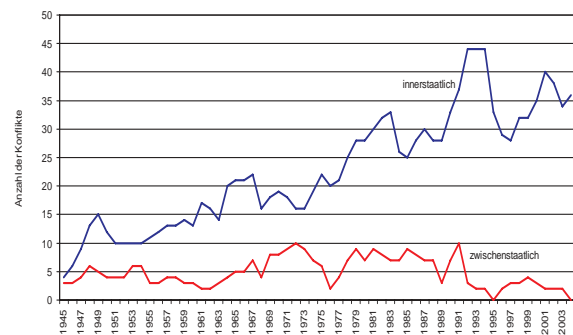
Analyse innerstaatlich - zwischenstaatlich

Dieses Jahr werden insgesamt 164 innerstaatliche und 66 zwischenstaatliche Konflikte ausgetragen. Keiner der drei Kriege wurde zwischen Staaten geführt. Alle 33 ernstesten Krisen fanden innerhalb von Staaten statt. Dies ist eine bemerkenswerte Entwicklung, da keiner der Konflikte hoher Intensität zwischenstaatlich ausgetragen wird. Letztlich gibt es nur drei zwischenstaatliche Konflikte, in denen die Konfliktparteien vereinzelt Gewalt einsetzen (Äthiopien - Eritrea, Nepal - Bhutan, Russland - Georgien). Auf der Intensitätsstufe manifester Konflikte ist die Anzahl innerstaatlicher Dispute mit 43 zu 23 ebenfalls beachtlich höher als die internationaler Konflikte. Einzig bei den latenten Konflikten dominieren die zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen gegenüber den innerstaatlichen.



Für die langfristige Trendanalyse wurden die beiden höchsten Intensitätsstufen, d.h. ernste Krisen und Kriege zusammengefasst. Die Grafik zeigt, dass bereits mit Beginn des Untersuchungszeitraums seit 1945 die innerstaatlichen Gewaltkonflikte dominierten. Die Verlaufskurve der innerstaatlichen Konflikte steigt kontinuierlich an und verzeichnet besonders große Ausschläge zu Beginn des erfassten Zeitraums (1945: 4 - 1949: 15), Mitte der sechziger Jahre (1963: 14 - 1967: 22), zwischen den späten siebziger und Anfang der achtziger Jahre (1976: 20 - 1983: 33), zwischen den späten Achtzigern und frühen Neunzigern (1989: 28 - 1992: 44) sowie zwischen den späten Neunzigern und 2001 (1997: 28 - 2001: 40). Nachdem die Anzahl der Konflikte hoher Intensität zunächst auf 34 im Jahr 2003 gefallen ist, steigt diese 2004 wieder um zwei.

Laufende inner- und zwischenstaatliche Konflikte hoher Intensität
1945 bis 2004

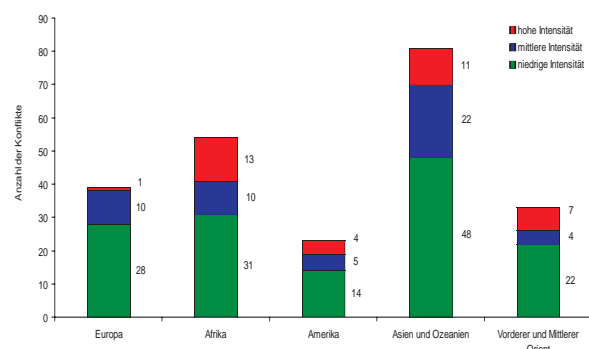


Hingegen verläuft die Entwicklungslinie zwischenstaatlicher Konflikte hoher Intensität weit ruhiger. Dennoch fällt hier vor allem die Zunahme zum Ende der siebziger Jahre auf (1976: 2 - 1979: 9) und der enorme Anstieg Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre (1989: 3 - 1991: 10). Bemerkenswert ist auch der Zeitraum zwischen 1991 und 1994. Während die Anzahl der zwischenstaatlichen ernstesten Krisen und Kriege drastisch abfällt (1991: 10 - 1995: 0), nimmt die Anzahl der innerstaatlichen Konflikte hoher Intensität weiter zu (1991: 37 - 1992: 44).

Regionale Entwicklungen

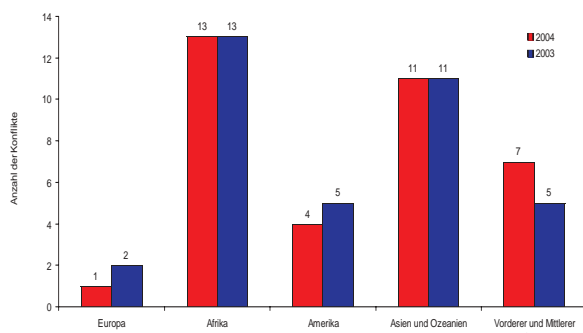
Wie in früheren Jahren werden auch 2004 mit 13 die meisten Konflikte hoher Intensität in Afrika südlich der Sahara geführt, gefolgt von Asien und Ozeanien

Verteilung aller Konflikte 2004 nach Region und Intensitätsgruppe



mit elf. Es ist bemerkenswert, dass es in letzterer Region in diesem Jahr keine Kriege gab. Mit insgesamt 81 von 230 finden die meisten - fast ein Drittel aller - Konflikte in Asien und Ozeanien statt. Die Region hat auch mit Abstand die höchste Anzahl an Konflikten mittlerer und niedriger Intensität. In Afrika werden nur weniger als halb so viele Krisen ausgetragen wie in Asien und Ozeanien. Afrika hat die zweithöchste Anzahl an Konflikten niedriger Intensität, gefolgt von Europa. Bemerkenswert ist die Beobachtung, dass Europa die dritthöchste Gesamtzahl von Konflikten aufweist, obwohl dort die wenigsten Konflikte hoher Intensität ausgetragen werden. Während Amerika die Region mit der niedrigsten Konfliktgesamtzahl ist, hat der Vordere und Mittlere Orient die höchste Quote von Konflikten hoher Intensität pro Staat.

Konflikte hoher Intensität 2004 im Vergleich zu 2003 nach Regionen

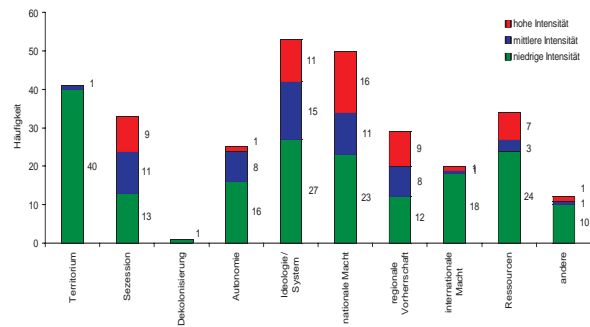


Der Jahresvergleich der Jahre 2003 und 2004 der Konflikte hoher Intensität differiert je nach Region. Im Vorderen und Mittleren Orient, ist mit einem Anstieg von fünf auf sieben die höchste und gleichzeitig einzige Zunahme zu verzeichnen. Diese Entwicklung geht auf zwei neue Konflikte [Irak (al-Sadr-Gruppierung) und Irak (Aufständische)] sowie einen eskalierten Konflikt [Jemen (Islamischer Dschihad)] zurück. Während die Anzahl der Konflikte hoher Intensität in Afrika sowie in Asien und Ozeanien konstant bleibt, sinkt sie aufgrund jeweils eines deeskalierten Konfliktes in Europa [Serbien und Montenegro (Kosovo)] und in Amerika [Guatemala (PAC)] jeweils um einen Konflikt hoher Intensität.

Konfliktgegenstände

Die meisten Konflikte entzündeten sich 2004 an ideologischen Differenzen bzw. werden mit dem Ziel, das politische System zu verändern, geführt. Der zweithäufigste Gegenstand ist das Streben nach der Macht im Staat. Die Hälfte der um Ideologie / System und um nationale Macht geführten Konflikte werden mit dem Einsatz von Gewalt ausgetragen, wenn auch häufig nur vereinzelt. Territoriale Forderungen, ein zwischenstaatliches Streitgut, werden gewöhnlich ohne Gewalt ausgetragen. Hingegen werden mehr als die Hälfte der Konflikte um Sezession und regionale Vorherrschaft innerhalb eines Staates gewaltsam geführt. Insgesamt ist jedoch häufig eine Vermischung von mehreren

Globale Häufigkeit der Konfliktgegenstände 2004 nach Intensitätsgruppe

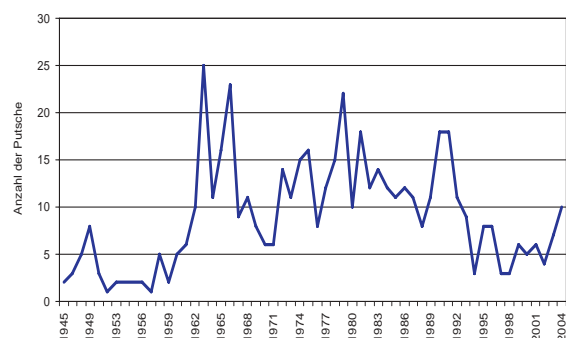


Konfliktgegenständen zu beobachten. Dies trifft vor allem auf den Konfliktgegenstand Ressourcen zu.

Putsche

Im Jahr 2004 finden zehn angebliche oder tatsächliche Putschversuche statt, davon acht in Afrika und zwei im Vorderen und Mittleren Orient. Keiner dieser Umsturzversuche ist allerdings erfolgreich gewesen. In Guinea wird angeblich ein geplanter Putsch durch das Militär im Dezember 2003 aufgedeckt und vereitelt. Ein weiterer Putschversuch findet angeblich im April statt. Am 6. April wird in Äquatorialguinea eine Verschwörung fremder Söldner aufgedeckt und vereitelt. Im Kongo versuchen Mitglieder der Präsidentengarde zweimal, Joseph Kabila zu stürzen, einmal am 29. März und ein weiteres Mal am 11. Juni. Im Sudan wirft die Regierung Hasan al-Tourabi vor, 2004 zweimal, im März und im September, einen Putschversuch unternommen zu haben. Am 15. April behauptet die nigerianische Regierung, einen Putschversuch von Armeemitgliedern vereitelt zu haben. Die ghanaische Regierung beansprucht für sich, am 8. November einen Putschversuch verhindert zu haben.

Putsche und Putschversuche 1945 bis 2004



Die Staatsführung Mauretaniens erklärt, sie habe im August und im September zwei Putschversuche gegen Präsident Maaouiya Ould Taya zunichte gemacht.

Dynamiken innerhalb einzelner Konflikte

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Gesamtzahl der Konflikte auf den unterschiedlichen Intensitätsstufen nur geringfügig verändert. Dies spiegelt jedoch nicht

die Entwicklungen einzelner Konflikte innerhalb eines Jahres wider. Insgesamt 25 Konflikte sind eskaliert, sechs davon um zwei Intensitätsstufen und 19 um eine. Im Jahr 2004 gibt es acht neue Konflikte hoher Intensität, sechs davon sind bereits im Vorjahr als Krisen erfasst worden, d.h. es hat lediglich eine Intensivierung des gewaltsamen Konfliktaustrags stattgefunden. Das bedeutet, dass die Intensität einer Krise die am häufigsten beobachtete Vorstufe zu hoch gewaltsamen Austragungsmodi ist. Von 41 deeskalierten Konflikten sind 2004 19 ohne Gewalt geführt worden.

Veränderung der Intensität	Anzahl
Eskalation um vier Stufen	0
Eskalation um drei Stufen	0
Eskalation um zwei Stufen	6
Eskalation um eine Stufe	19
Keine Veränderung	156
Deeskalation um eine Stufe	31
Deeskalation um zwei Stufen	10
Deeskalation um drei Stufen	0
Deeskalation um vier Stufen	0

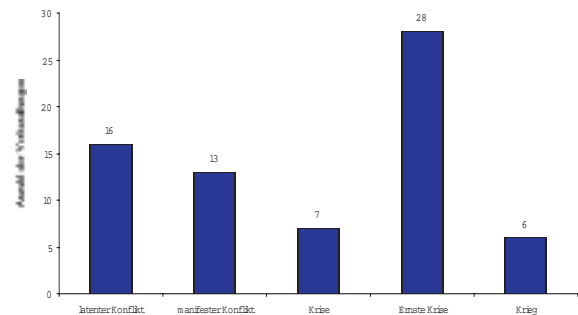
Maßnahmen der Konfliktbearbeitung

Verhandlungen

In mindestens 33 der 230 laufenden Konflikte, werden in diesem Jahr Gespräche, Verhandlungen und Konferenzen geführt. Am häufigsten reden die Konfliktparteien in Auseinandersetzungen der Intensität ernster Krisen miteinander. Die meisten Verhandlungen finden in Burundi (Hutu) statt, gefolgt von Libyen vs. USA, Großbritannien. Obwohl die geringste Anzahl an Verhandlungen in Konflikten hoher Intensität geführt wer-

den, sind Gespräche zwischen den Konfliktparteien in allen drei im Jahr 2004 ausgetragenen Kriege geführt worden.

Anzahl der 2004 geführten Verhandlungen nach Konfliktintensitäten



Verträge

Insgesamt werden 23 Verträge oder Abkommen zur Bearbeitung der Konflikte unterzeichnet, 14 davon in Konflikten hoher Intensität. Unter diesen sind sechs Waffenstillstandsabkommen [eines in Bhutan (indische Separatisten), drei im Irak (al-Sadr-Gruppierung), eines in Nepal (Maoisten) und zwei im Sudan (Darfur - SLA/JEM)]. Vier Friedensabkommen werden unterzeichnet [eines in Burundi (Hutu), eines im Tschad (MDJT), eines in der DR Kongo (Hema - Lendu), eines im Sudan (Darfur - SLA/JEM)]. Die anderen Vereinbarungen beinhalten meist die Regelung der Verfahrensweise oder beschließen Teillösungen.

Übersicht: Laufende Peacekeeping-Missionen der UNO

Missionskürzel	Name der Mission	Beginn	Land
Europa			
UNFICYP	UN Force in Cyprus	1964	Zypern
UNMIK	UN Interim Administration Mission in Kosovo	1999	Serbien und Montenegro
UNOMIG	UN Observer Mission to Georgia	1993	Georgien
Afrika			
ONUB	UN Mission for Burundi	2004	Burundi
UNOCI	UN Mission in Côte d'Ivoire ¹	2004	Côte d'Ivoire
UNMIL	UN Mission in Liberia	2003	Liberia
MONUC	UN Mission in the Democratic Republic of the Congo	1999	DR Kongo
UNMEE	UN Mission in Ethiopia and Eritrea	2000	Äthiopien - Eritrea
UNAMSIL	UN Mission in Sierra Leone	1999	Sierra Leone
Amerikas			
MINUSTAH	UN Stabilization Mission in Haiti	2004	Haiti
Asien und Ozeanien			
UNMISET	UN Mission of Support in East Timor ²	2002	Ost-Timor
UNMOGIP	UN Military Observer Group India and Pakistan	1949	Indien - Pakistan
Vorderer und Mittlerer Orient			
UNDOF	UN Disengagement Observer Force Golan Heights	1974	Syrien - Israel
MINURSO	UN Mission for the Referendum in Western Sahara	1991	Westsahara
UNIFIL	UN Interim Force in Lebanon	1978	Libanon
UNTSO	UN Truce Supervisory Organization Middle East	1948	Naher Osten

¹ Nachfolgerin der UN Mission in Côte d'Ivoire (MINUCI), einer politischen Mission, die am 13. Mai 2003 eingerichtet worden ist

² Nachfolgerin der UN Transitional Administration in East Timor (UNTAET), Beginn 1999

Internationale Organisationen

Ende 2004 unterhält die UNO 16 Peacekeeping-Missionen. Dies sind drei mehr als noch im Vorjahr, obwohl drei Mission im Jahr 2003 beendet worden sind. 2004 werden drei neue friedenserhaltende Operationen eingerichtet. Am 4. April wird die UN Mission in Côte d'Ivoire (MINUCI), eine politische Mission, die zur Unterstützung des Friedensabkommens vom Januar 2003 eingesetzt worden ist, durch die UN Operation in Côte d'Ivoire (UNOCI) ersetzt. Aufgrund der Unruhen in Haiti richtet die UNO eine Stabilisierungsmission (MINUSTAH) ein, die die Übertragung der Verantwortung von den Multinationalen Übergangskräften (MIF) im Juni einfordert. Am 21. Mai nimmt die UN Operation in Burundi (ONUB) ihre Arbeit auf, um die Wiederherstellung eines andauernden Friedens, wie im Arusha Abkommen vorgesehen, zu unterstützen. Diese Entwicklungen spiegeln erneut die gestiegenen Anstrengungen der UNO in Afrika wider. Im Jahr 2003 hat die UNO erstmals vier Mission gleichzeitig in Afrika bereitgestellt. Im Jahr 2004 erhöht sich diese Anzahl auf sieben zeitgleiche Operationen. Damit stellt Afrika die Region mit den meisten UNO-Missionen dar, gefolgt vom Vorderen und Mittleren Orient mit vier friedenserhaltenden Aktivitäten (MINURSO in der Westsahara, UNDOF auf den Golanhöhen zwischen Israel und Syrien, UNIFIL im Libanon und UNTSO in Israel). Wie in vergangenen Jahren hat die UNO drei Missionen in Europa (UNFICYP auf Zypern, UNMIK im Kosovo, Serbien und Montenegro sowie UNOMIG in Abchasien, Georgien). Obwohl Asien und Ozeanien die Region mit den meisten Konflikten ist, gibt es dort lediglich zwei aktive UNO-Missionen (UNMISSET in Osttimor sowie UNMOGIP in Indien und Pakistan).

Es ist zu beobachten, dass die UNO ihre Blauhelme mit robusteren Mandaten ausstattet und sich verstärkt in gewaltsame Konflikte einschaltet. In fünf Fällen werden UNO-Soldaten in Konflikte hoher Intensität eingesetzt, so in Burundi (Hutu), in Côte d'Ivoire (Rebellen), in der DR Kongo (Rebellen) und (Hema - Lendu), in Haiti (Opposition) sowie in Israel (Palästinenser). Abgesehen davon ist die UNO in fünf Konflikten mittlerer Intensität aktiv, so in Georgien (Abchasien), in Liberia (LURD, MODEL - Taylor-Anhänger), in Äthiopien - Eritrea, im Libanon (religiöse Gruppen) sowie in Serbien und Montenegro (Kosovo). Im Oktober 2004 sind insgesamt 62.790 Soldaten und Polizisten aus 103 verschiedenen Länder in Peacekeeping-Missionen im Einsatz. Ein Jahr zuvor waren es 43.000 Soldaten aus 92 Ländern. Die größten Kontingente stellen 2004 Bangladesch (8.209 Mann), Pakistan (8.178 Mann) und Nigeria (3.590 Mann). In fünf Missionen sind 299 deutsche Soldaten im Einsatz.

Abgesehen von den Peacekeeping-Operationen setzt die UNO auch andere Maßnahmen zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Friedens und der internationalen Sicherheit ein, die nicht den Einsatz von Truppen beinhalten. Im Jahr 2004 hält die UNO Sanktionen gegen sechs Staaten (Afghanistan, Irak, Liberia, Ruanda, Sierra Leone und Somalia) aufrecht. Im Falle des Irak, sind die Sanktionen teilweise aufgehoben worden, ausgenommen Verbote im Zusammenhang mit dem Verkauf oder der Bereitstellung von Waffen oder verwandtem Material.

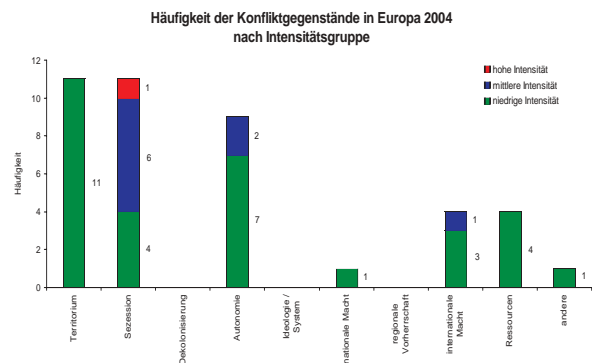
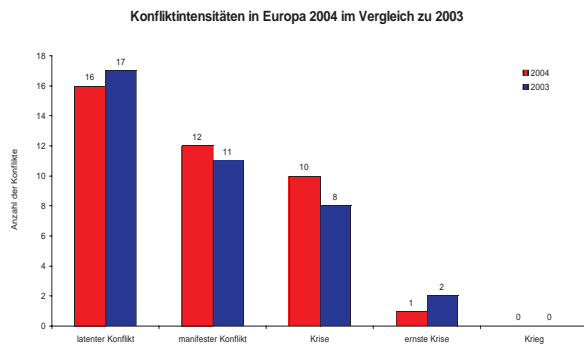
Neben der UNO unterhalten auch verschiedene andere internationale Organisationen friedenserhaltende Missionen, so etwa die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) in Liberia und die Nordatlantische Vertragsorganisation (NATO) auf dem Balkan und in Afghanistan. Auch die Wirtschaftsgemeinschaft Zentralafrikanischer Staaten (CEMAC) unterhält weiterhin ihre erste Mission in Zentralafrika. Die großen Regionalorganisationen Europäische Union (EU), Afrikanische Union (AU) und Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) beteiligen sich ebenfalls an der Friedenserhaltung mit ihren Missionen, wie beispielsweise in Mazedonien und der DR Kongo (EU), in Burundi (AU) und in Haiti (OAS). Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unterhält im Jahr 2004 insgesamt sieben Langzeitmissionen in Skopje in der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien, in Georgien, in der Republik Moldau, in Bosnien-Herzegowina, in Kroatien, im Kosovo und in Serbien und Montenegro. Weiterhin ist die OSZE in anderen Feldmissionen in Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan, der Ukraine, Usbekistan und Weißrussland präsent.

Autoritative Entscheidungen des IGH

In den Jahren 2003 und 2004 sind insgesamt 26 Fälle am Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag anhängig, 25 davon sind Streitfälle, der andere ein Beratungsfall. 2003 fällt der IGH zwei Entscheidungen. Eine davon beendet den Territorialkonflikt zwischen Indonesien und Malaysia zugunsten Malaysias. Die andere bezieht sich auf den Streit zwischen dem Iran und den USA über die Besetzung iranischer Ölplattformen durch die USA in den Jahren 1987 und 1988. Der Gerichtshof urteilte gegen die USA. Im Jahr 2004 fällt der IGH zwei Urteile betreffend den Territorialkonflikt zwischen El-Salvador und Nicaragua sowie den Konflikt zwischen Mexiko und den USA über die Avena und andere Mexikaner. Außerdem gab der IGH eine Empfehlung im Fall des israelischen Mauerbaus in den besetzten Palästinensergebieten ab.

Europa

Die Gesamtzahl der beobachteten Konflikte in Europa beträgt 41. Mit dem Konflikt zwischen der ukrainischen Opposition und der Regierung um nationale Macht steigt die Gesamtzahl im Vergleich zum Vorjahr damit um eins. Die Zahl der gewaltsamen Konflikte erhöht sich im Beobachtungszeitraum von acht auf elf. Drei Konflikte überschreiten in diesem Jahr die Schwelle zur Gewalt: der Konflikt zwischen ethnischen Gruppierungen in Makedonien, die Auseinandersetzungen um die abtrünnige Region Südossetien (Georgien) und der Autonomie-Konflikt in Adscharien (Georgien). Durch die Geiselnahme in Beslan findet die einzige ernste Krise Europas neue Beachtung in der Öffentlichkeit, die in Russland (Tschetschenien) ausgetragen wird. Auch in diesem Jahr ist der Kaukasus die konfliktträchtigste Region. Die häufigsten Konfliktgegenstände in Europa sind wieder Sezession, Autonomie und Territorium.



Armenien - Aserbaidschan

Intensität: 2 Veränderung: • Beginn: 1985
 Konfliktparteien: Armenien vs. Aserbaidschan
 Konfliktgegenstand: Territorium

Im Konflikt um die territoriale Zugehörigkeit der völkerrechtlich zu Aserbaidschan gehörenden, aber von Armenien besetzten und mehrheitlich von Armeniern bewohnten Enklave Berg-Karabach zeichnet sich auch in diesem Jahr keine politische Lösung ab. Die Außenminister der betroffenen Staaten können sich bei einem Treffen im Juni nicht auf eine gemeinsame Agenda für künftige Verhandlungen einigen. Armenien besteht auf der Klärung aller umstrittenen Punkte in einem Schritt und macht keinerlei Anzeichen für eine Beendigung der Besatzung. Aserbaidschan betrachtet Berg-Karabach weiterhin als eigenes Territorium und macht Verhandlungen über den zukünftigen Status der Enklave von einem vorherigen Abzug der armenischen Truppen abhängig. *tw*

Bosnien-Herzegowina (RS - BKF)

Intensität: 2 Veränderung: • Beginn: 1991
 Konfliktparteien: Serbische Republik (RS) vs. Bosniakisch-Kroatische Föderation (BKF)
 Konfliktgegenstand: Autonomie

Die Konflikte zwischen den drei Volksgruppen und den Entitäten Bosnien-Herzegowinas (BiH) bestehen fort. Der Hohe Repräsentant der Staatengemeinschaft Paddy Ashdown erlässt auch in diesem Jahr mehrere Anweisungen, die die Gesetzgebung in der bosniakisch-kroatischen Föderation und der Serbischen Republik (RS) harmonisieren sollen. Am 24. März verabschiedet das bosnische Staatspräsidium ein Reformpaket zur Umstrukturierung der Streitkräfte, das die Armeen der Föderation und der RS unter einen gemeinsamen Oberbefehl stellt. Im Mai fordern Paddy Ashdown und Vertreter der OSZE die RS auf, endlich mit dem Kriegsverbrechertribunal in den Haag zu koope-

rieren und machen eine Aufnahme BiHs in die NATO-Organisation Partnerschaft für den Frieden von der Klärung der Kriegsverbrecherfrage abhängig. Nachdem BiH Ende Juli nicht in die NATO-Organisation Partnerschaft für den Frieden aufgenommen wird, verstärkt Ashdown den Druck auf die RS. Anfang Juli entlässt der Hohe Repräsentant 59 Parteifunktionäre der Serbischen Demokratischen Partei. Paddy Ashdown betont seit längerem die Notwendigkeit einer Revision des Dayton-Abkommens aus dem Jahr 1995 und bezeichnet die ethnisch-territorial begründeten Verwaltungsstrukturen BiHs als anachronistisch. *sl*

Frankreich (Korsika)

Intensität: 3 Veränderung: • Beginn: 1975
 Konfliktparteien: korsische Nationalisten, Korsische Befreiungsfront (FLNC) vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Sezession

Das Verhältnis zwischen der französischen Zentralregierung in Paris und den korsischen Nationalisten bleibt gespannt. Nach den Niederlagen der bürgerlichen Rechten bei den französischen Regionalwahlen Ende März war es unter Premierminister Jean-Pierre Raffarin zu einer Kabinettsumbildung gekommen. Auf der Jahrestagung der korsischen Nationalisten in Corte verschärft die neu gegründete Korsische Volksarmee ihren Ton gegenüber Paris und fordert französische Beamte auf, das französische Festland zu verlassen. Der neue Innenminister Dominique de Villepin reagiert mit der Ernennung eines ehemaligen Polizisten als Sicherheitspräfekten für Korsika und schließt weiterhin jedes Zugeständnis an die Nationalisten aus. Die Anschlagserie auf korsische Amtsgebäude und Ferienhäuser reißt nicht ab, überwiegend entsteht Sachschaden; es gibt keine Todesopfer. Zahlreiche Anschläge bleiben ohne Bekennerschreiben. *ah*

Übersicht: Konflikte in Europa 2004

Konfliktname ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Armenien - Aserbaidschan	Armenien vs. Aserbaidschan	Territorium	1985	•	2
Armenien - Aserbaidschan - et al. (Kaspisches Meer) *	Armenien vs. Aserbaidschan vs. Georgien vs. Iran vs. Kasachstan vs. Russland vs. Turkmenistan vs. Türkei	Territorium, Ressourcen (Öl, Gas), internationale Macht	1993	•	2
Bosnien-Herzegowina	RS vs. BKF	Autonomie	1991	•	2
Zypern (Nordzypern)	Nordzypern vs. Republik Zypern	Sezession	1963	•	2
Frankreich (Korsika)	korsische Nationalisten, FLNC vs. Regierung	Sezession	1975	•	3
Georgien (Abchasien)	abchasische Separatisten vs. Regierung	Sezession	1989	•	3
Georgien (Adscharien)	Adscharien vs. Regierung	Autonomie	1989	↗	3
Georgien (Südossetien)	südossetische Separatisten vs. Regierung	Sezession	1989	↗	3
Großbritannien - Spanien	Großbritannien vs. Spanien	Territorium (Gibraltar)	1954	•	1
Großbritannien (Nordirland)	Großbritannien, unionistische Parteien (UUP, DUP), loyalistische Paramilitärs (UDA/UFF, LVF, Red Hand Defenders, Orange Volunteers) vs. Sinn Féin, IRA	Sezession	1968	•	3
Island - Norwegen *	Island vs. Norwegen	Ressourcen (Fischfang)	1993	•	1
Lettland - Russland	Lettland vs. Russland	internationale Macht	1994	•	2
Lettland (russischsprachige Minderheit)	Nationale Bolschewikenpartei, russischsprachige Minderheit vs. Lettland	Autonomie	1991	•	2
Liechtenstein - Tschechien / Slowakei*	Slowakei vs. Tschechien vs. Liechtenstein	Territorium	1990	•	1
Liechtenstein - Deutschland *	Liechtenstein vs. Deutschland	andere	1998	•	1
Mazedonien (ANA)	Albanische Nationalarmee (ANA) vs. Regierung	Sezession	2001	•	3
Mazedonien (ethnische Gruppierungen)	ethnische Gruppierungen vs. Regierung	Autonomie	1991	↗	3
Moldau (Transnistrien)	Transnistrische Separatisten vs. Moldau	Sezession	1991	•	2
Rumänien - Ukraine *	Rumänien vs. Ukraine	Territorium (Seegrenze)	1991	•	1
Rumänien (ungarische Minderheit) *	ungarische Minderheit vs. Regierung	Autonomie	1989	•	1
Russland - Weißrussland	Russland vs. Weißrussland	internationale Macht	2001	↗	2
Russland - Georgien*	Russland vs. Georgien	internationale Macht	2001	•	3
Russland - Norwegen*	Russland vs. Norwegen	Territorium (Barentsee)	1947	•	1
Russland - Ukraine *	Russland vs. Ukraine	Territorium (Tuzla-Insel), Ressourcen (Gas, Öl, Fischfang)	2003	↘	1
Russland (Tschetschenien)	tschetschenische Rebellen vs. Regierung	Sezession	1991	•	4
Serbien und Montenegro (ungarische Minderheit) *	ungarische Minderheit in der Woivodina vs. Regierung	Autonomie	1998	↗	2
Serbien und Montenegro (Kosovo)	albanische Parteien (DPK, LDK) vs. Zentralregierung	Sezession	1989	•	3
Serbien und Montenegro (Montenegro)	montenegrinische Regionalregierung vs. Zentralregierung	Sezession	1997	•	1
Serbien und Montenegro (UCPMB) *	UCPMB vs. Regierung	Sezession	2000	•	1
Slowakei (ungarische Minderheit) *	ungarische Minderheit vs. Regierung	Autonomie	1993	•	1
Slowenien - Kroatien	Slowenien vs. Kroatien	Territorium (Seegrenze)	1991	•	2
Spanien - Marokko (Ceuta und Melilla) *	Spanien vs. Marokko	Territorium (Ceuta und Melilla), Ressourcen (Fischerei)	1961	•	1
Spanien - Marokko (Petersilieninsel) *	Spanien vs. Marokko	Territorium (Petersilieninsel)	2002	•	1
Spanien (Baskenland)	ETA vs. Regierung	Sezession	1960	•	3
Türkei - Griechenland	Türkei vs. Griechenland	Territorium (Seegrenze)	1960	•	2
Ukraine (Opposition)	Oppositionsblock Unsere Ukraine vs. Regierung	nationale Macht	2004	NEU	2
Ungarn - Rumänien *	Rumänien vs. Ungarn	Autonomie (ungarische Minderheit in Rumänien)	1990	•	1
Ungarn - Slowakei (Minderheit) *	Ungarn vs. Slowakei	Autonomie (ungarische Minderheit in der Slowakei)	1993	•	1
Ungarn - Slowakei (Ressourcen) *	Ungarn vs. Slowakei	Ressourcen	1989	•	1

¹) mit * gekennzeichnete Konflikte sind nicht mit einem eigenen Text im Regionalteil erwähnt
²) aufgeführt werden nur die im Berichtszeitraum direkt beteiligten Parteien
³) Veränderungen zum Vorjahr: ↗ bzw. ↗ Eskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; ↘ bzw. ↘ Deeskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; • keine Veränderung
⁴) Intensitätsstufen: 5: Krieg; 4: ernste Krise; 3: Krise; 2: manifester Konflikt; 1: latenter Konflikt

Georgien (Abchasien)

Intensität: 3 Veränderung: • Beginn: 1989
 Konfliktparteien: abchasische Separatisten vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Sezession

Die autonome Republik Abchasien strebt nach wie vor die Abspaltung von Georgien an. Saakaschwilis erklär-

tes Ziel ist, die territoriale Integrität Georgiens wiederherzustellen. Um seine Unabhängigkeitsbestrebungen von Georgien zu unterstreichen, hält Abchasien am 3. Oktober eigene Präsidentschaftswahlen ab. Am 5. Oktober erklärt die abchasische Wahlkommission den

Oppositionskandidaten Sergei Bagapsch zum Wahlsieger. Der von Moskau unterstützte Ministerpräsident Raul Chadschimba lehnt das Wahlergebnis. Nach zwei widersprüchlichen Urteilen werden die Wahlen durch Abchasiens Oberstes Gericht Ende Oktober für ungültig erklärt. Am 11. November protestieren Anhänger Bagapschs gegen die Entscheidung des Gerichtes, Neuwahlen abzuhalten und stürmen Regierungsgebäude in Suchumi. Moskau beschuldigt die abchasische Opposition, die pro-russische Regierung der Region absetzen zu wollen und droht mit einer Intervention in den Konflikt. Der georgische Präsident Michail Saakaschwili protestiert gegen Russlands Einmischung und bezeichnet die Präsidentschaftswahlen als illegal.

ik

Georgien (Adscharien)

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	Adscharien vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Der Konflikt zwischen der autonomen Region Adscharien und der georgischen Zentralregierung verschärft sich, nachdem Georgiens Präsident Michail Saakaschwili Mitte März die Einreise nach Adscharien verweigert wird. Georgien versetzt seine Truppen in höchste Alarmbereitschaft und verhängt eine Wirtschaftsblockade gegen die Region. In den folgenden Wochen finden Massenproteste gegen den adscharischen Machthaber Aslan Abaschidse statt, der aufgrund seiner Haltung gegenüber der georgischen Zentralregierung zunehmend isoliert wird. Nachdem Georgien Abaschidse ein Ultimatum zur Entwaffnung der paramilitärischen Verbände in Adscharien stellt, ruft dieser den Staatsnotstand aus. Am 2. Mai sprengen Abaschidse Milizen zwei Brücken und unterbrechen Bahnverbindungen nach Georgien. Am 3. Mai protestieren erneut Tausende gegen den lokalen Machthaber. Nachdem die Sicherheitskräfte am 5. Mai zu den Demonstranten überlaufen, tritt Abaschidse von seinem Amt zurück und flieht nach Moskau. Am 20. Juni gewinnt die Partei des georgischen Präsidenten Saakaschwili in den vorgezogenen Parlamentswahlen der Region die Mehrheit. Anfang Juli tritt ein neues Gesetz über den autonomen Status der Region Adscharien in Kraft. ik

Georgien (Südossetien)

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	südossetische Separatisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Im Konflikt zwischen Georgien und seiner autonomen Region Südossetien streben die Osseten weiterhin die Unabhängigkeit und eine anschließende Vereinigung mit Nord-Ossetien an, das zu Russland gehört. Der neu gewählte georgische Präsident Michail Saakaschwili ist hingegen bestrebt, die territoriale Integrität Georgiens wiederherzustellen. Ende Mai entsendet Tiflis 400 Soldaten an die südossetische Grenze. Zur gleichen Zeit bietet Saakaschwili Verhandlungen über einen speziellen Status Südossetiens in einem föderativen georgischen Staat an. Nach zehn Tage andauernden Konfrontationen an der Grenze zum Gewalteintritt finden am 14. Juli Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien in Moskau statt. Georgien fordert die Entmilitarisierung Südossetiens, und einem gemeinsamen Kontrollpunkt am Rokski-Tunnel, der die einzige Verbindung zwischen Nord- und Südossetien darstellt.

Zwischen Juli und September brechen wiederholt Kämpfe zwischen südossetischen Separatisten und georgischen Soldaten entlang der gemeinsamen Grenze und in der regionalen Hauptstadt Zchinvali aus, die auf beiden zahlreiche Todesopfer fordern. Am 5. November unterzeichnen der georgische Premierminister Zurab Schwania und der südossetische Separatistenführer Eduard Kokoity ein Abkommen über den Rückzug der Streitkräfte beider Konfliktparteien. Dieser wird von einer Beobachtermission der OSZE überwacht. Trotz des im November ausgehandelten Waffenstillstandsabkommens kommt es zwischen beiden Seiten zu erneuten Feuerwechseln. ik

Großbritannien - Spanien

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1954
Konfliktparteien:	Großbritannien vs. Spanien	
Konfliktgegenstand:	Territorium (Gibraltar)	

Der Konflikt zwischen der spanischen und der britischen Regierung um Gibraltar besteht latent weiter. Im Mai 2004 kommt es erneut zu Spannungen: Spanien verbietet, dass britische Schiffe, die aus Gibraltar kommen, in spanischen Häfen anlegen. Im Rahmen der Feier des 300. Jahrestags der Kronkolonie am 4. August demonstrieren Tausende Gibraltarer mit einer symbolischen Menschenkette rund um den Kalkfelsen für die Beibehaltung des Status quo als britische Kronkolonie. Spanien äußert sich verärgert über die Teilnahme des britischen Verteidigungsministers Geoff Hoon und des Befehlshabers der Marine Admiral Alan West an den Feierlichkeiten. Im August vereinbaren der neue spanische Botschafter und der britische Europa-Staatssekretär Denis McShane das Thema Gibraltar in Zukunft ruhig und besonnen anzugehen. sk

Großbritannien (Nordirland)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1968
Konfliktparteien:	Großbritannien, unionistische Parteien (UUP, DUP), loyalistische Paramilitärs (UDA/UFF, LVF, Red Hand Defenders, Orange Volunteers) vs. Sinn Féin, IRA	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Die Situation in Nordirland hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Trotz erfolgreich verlaufener Wahlen zum Regionalparlament im November 2003 wird die Teilautonomie der Provinz nicht wiederhergestellt. Die Konfliktparteien gelangen zu keiner Einigung. Hauptstreitpunkt ist nach wie vor die ausstehende Entwaffnung der IRA. Zur Überwachung paramilitärischer Aktivitäten setzten die irische und die britische Regierung im Januar eine unabhängige Kommission ein. Deren Report stellt fest, dass einige Sinn-Fein-Politiker Kontrolle über Gewaltaktionen der IRA hätten. Zur großen Überraschung der IRA verkündet der Sinn-Fein-Vorsitzende Gerry Adams im Mai, dass er sich deren Auflösung vorstellen könnte. Diese Äußerung wird zum bestimmenden Thema eines IRA-Treffens Ende des Jahres. Ohne Erfolg bleiben die Mitte Juni abgehaltenen Allparteiengespräche in Stormont. Im September enden Gespräche zwischen dem britischen Regierungschef Tony Blair und seinem irischen Amtskollegen Bertie Ahern gleichfalls ohne Ergebnisse. Die extremistischen paramilitärischen Gruppen zeigen sich weiterhin unversöhnlich. Besonders gewalttätig verläuft der Konflikt innerhalb des loyalistischen Lagers, vor allem zwischen der UDA und der

LVF. Obwohl Gerry Adams im Herbst den Spezialgesandten der US-Regierung Mitchell Reiss trifft und Ian Paisley zu Gesprächen mit der irischen Regierung in Dublin reist, verharren die Parteien in ihrer Pattsituation. Eine Fortführung der Aussetzung der Teilautonomie gefährdet nicht nur deren Bestand, sondern auch das Gelingen des gesamten Friedensprozesses. *mt*

Letland - Russland

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1994
Konfliktparteien:	Letland vs. Russland	
Konfliktgegenstand:	internationale Macht	

Der Konflikt zwischen der lettischen und russischen Regierung um die Rechte der russischsprachigen Minderheit in Lettland besteht weiter. Nach Lettlands Beitritt zur EU versucht Russland im Mai erneut, über die EU Einfluss auf die lettische Minderheitenpolitik zu nehmen. Die russische Regierung verknüpft die Ratifizierung eines Kooperations- und Partnerschaftsabkommens zwischen der EU und Russland mit Verhandlungen über den Status der russischen Minderheit in Lettland. Die EU betont hingegen, dass Lettland die Kopenhagener Kriterien erfülle und fordert Russland auf, die Unterzeichnung des Grenzabkommens mit Lettland nicht länger zu verzögern. *kw*

Letland (russischsprachige Minderheit)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	russischsprachige Minderheit vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Der Konflikt zwischen der lettischen Regierung und der russischsprachigen Minderheit in Lettland bleibt ungelöst. Trotz zahlreichen Protesten und Demonstrationen im Vorfeld der Einführung tritt das neue Schulgesetz, das Lettisch zur allgemeinen Unterrichtssprache an allen staatlichen Schulen macht, am 1. September in Kraft. Die Beteiligung an Protesten zu Schulbeginn ist wider Erwarten gering. Nur fünf Prozent der Schüler vormals russischsprachiger Schulen bleiben dem Unterricht fern. Im September wird die Vereinigung der Russen in Lettland (OKROL) gegründet. OKROL fordert die Einführung des Russischen als zweite Amtssprache in Lettland, die Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes und die Wiedereinrichtung von russischsprachigen, staatlich geförderten Schulen. *kw*

Liechtenstein - Deutschland

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Liechtenstein vs. Deutschland	
Konfliktgegenstand:	andere	

In dem seit 1998 bestehenden Konflikt zwischen Liechtenstein und Deutschland legt Liechtenstein im Juni seine Klage gegen die Bundesrepublik vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag dar. Bei dem Streit geht es um eine angemessene Entschädigung liechtensteiner Bürger, die nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei enteignet wurden. Durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 1998 erkennt Deutschland an, dass liechtensteinisches Vermögen in die Reparationsschulden gegenüber der Tschechischen Republik miteinbezogen wurde ohne die betroffenen Staatsbürger Liechtensteins dafür zu entschädigen. Liechtenstein sieht durch dieses Urteil seine Ei-

genstaatlichkeit und die Eigentumsrechte seiner Bürger missachtet. *ts*

Mazedonien (Albanische Nationalarmee)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 2001
Konfliktparteien:	Albanische Nationalarmee (ANA) vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der Albanischen Nationalarmee (ANA) und der mazedonischen Regierung besteht weiterhin. Die ANA tritt für ein Großalbanien ein, das alle albanisch besiedelten Gebiete in Mazedonien, Kosovo, Südserbien und Nordgriechenland umfassen soll. Am 8. Februar wird in Bitola ein Anschlag auf offizielle Gebäude verübt. Am 16. Juni wird Idajet Beqiri, ein Anführer der ANA, von Deutschland nach Albanien ausgeliefert und am 14. Juli von einem Gericht in Tirana zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. *st*

Mazedonien (ethnische Gruppierungen)

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	ethnische Gruppierungen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Im Konflikt um den Status der albanischen Minderheit in Mazedonien setzt sich die Regierung seit Beginn des Jahres dafür ein, die Reformen des Ohrid-Abkommens aus dem Jahr 2001 umzusetzen. Das Ohrid-Abkommen sieht eine Neuziehung der Gemeindegrenzen vor, welche die Autonomie von Mazedoniern und Albanern auf lokaler Ebene stärken soll. Die stärkste Oppositionspartei Innere Revolutionäre Organisation - Demokratische Partei für Nationale Mazedonische Einheit VMRO-DPMNE ist hingegen bestrebt, Nachteile für die ethnisch-mazedonische Bevölkerung zu verhindern. Die geplante Dezentralisierung verwandelt einige bisher mazedonisch dominierte Siedlungsgebiete in mehrheitlich albanische Gemeinden. Die territoriale Neuordnung des Landes soll außerdem dort stärkere lokale Autonomie und Zweisprachigkeit garantieren, wo Albaner über 20 Prozent der Bevölkerung stellen. Am 20. Februar verabschiedet das Parlament eine Gesetzesvorlage zur Dezentralisierung des Landes, die von mehreren mazedonischen Gemeinden boykottiert wird. Im Juli ruft die VMRO-Partei zu Straßenprotesten auf, die in den folgenden Wochen zu gewalttätigen Protesten zwischen Albanern und Anhängern der mazedonischen Opposition eskalieren. Nachdem ein Misstrauensantrag der Oppositionsparteien und ein Referendum über das Gesetzespaket scheitern, kann die Regierung am 7. November ihre Maßnahmen zur territorialen Neugliederung Mazedoniens durchsetzen. *st*

Moldau (Transnistrien)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	transnistrische Separatisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der Republik Moldau und der abtrünnigen Provinz Transnistrien besteht weiterhin. Im November 2003 bringt Russland einen Friedensplan zur Beilegung des Konflikts ein. Dieser sieht die Umwandlung Moldaus in eine Föderation vor, die Transnistrien weitgehende Autonomierechte zugesteht. Die moldauische Regierung lehnt diesen Vorschlag ab.

Am 15. Juli schließen transnistrische Behörden moldauische Schulen. Brüssel und Washington reagieren mit einer Verlängerung des Einreiseverbots für die transnistrische Führung. Infolge des Schulstreits verhängt die moldauische Regierung Anfang August Wirtschaftssanktionen gegen die abtrünnige Provinz. Am 3. August reagiert auch Transnistrien mit einer Wirtschaftsblockade und legt das Schienennetz zwischen Moldau und Transnistrien lahm. Im September schlägt der moldauische Präsident Woronin ein neues Verhandlungsmodell zur Lösung des Konflikts vor. *sb*

Russland - Weißrussland

Intensität: 2	Veränderung: ↗	Beginn: 2001
Konfliktparteien:	Russland vs. Weißrussland	
Konfliktgegenstand:	internationale Macht	

Im Streit um die Ausgestaltung der russisch-weißrussischen Union stellt Russland zu Beginn des Jahres alle Gaslieferungen an Weißrussland ein. Aus weißrussischer Sicht ist das Verhalten Russlands als Zwangsmaßnahme gedacht, um den Nachbarstaat in eine Währungsunion zu führen. Russland versucht über die Kontrolle der Erdgasversorgung seinen politischen Einfluss in den ehemals zur Sowjetunion gehörenden Ländern zu sichern. Bisher hat Alexander Lukaschenko nicht in die Gründung einer Währungsunion eingewilligt. Russland bezeichnet Lukaschenkos Haltung als Versuch, von innen- und außenpolitischen Problemen des Landes abzulenken. Mitte Februar spricht sich Wladimir Putin erneut für eine enge Verbindung zwischen Russland und Weißrussland aus. Lukaschenko akzeptiert dies, um die Spannungen zu entschärfen. Am 23. August erklären beide Konfliktparteien den Konflikt über die Gaslieferungen für beendet. Nach erneuten Verhandlungen über den Umfang und Preis russischer Gaslieferungen diskutieren beide Seiten über eine langfristige Kooperation und die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens. *sd*

Russland (Tschetschenien)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	tschetschenische Rebellen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der zweite Tschetschenienkrieg ist auch in diesem Jahr von einer Lösung weit entfernt. Tschetschenische Selbstmordattentäter verüben im Februar einen Bombenanschlag in der Moskauer U-Bahn, der mindestens 39 Todesopfer fordert. Russischen Truppen führen regelmäßig Sonderoperationen auf tschetschenischem Territorium durch, um Rebellen ausfindig zu machen. Am 9. Mai kommt der Moskau-treue tschetschenische Präsident Kadyrow bei einem Bombenattentat während einer Feier in Grosny ums Leben. Der Anschlag fordert 20 weitere Todesopfer. Bei Gefechten zwischen tschetschenischen Rebellen und russischen Soldaten werden Ende Mai mindestens 27 Menschen getötet. Mitte Juni greifen tschetschenische Rebellen an drei verschiedenen Orten in der südrussischen Teilrepublik Inguschetien Eichrichtungen des Innenministeriums und der Sicherheitskräfte an. Die Angriffe fordern mindestens 50 Todesopfer. Im Juli bestätigt der tschetschenische Rebellenführer Schamil Bassajew seine Beteiligung an dem Attentat auf Präsident Kadyrow und warnt vor weiteren Angriffen auf Moskau. Mitte August werden bei Spezialoperationen russischer

Streitkräfte in der Nähe von Grosny mindestens 12 tschetschenische Rebellen getötet. Am 25. August stürzen zwei Flugzeuge über Moskau ab, wobei alle 89 Passagiere ums Leben kommen. Russische Sicherheitskräfte machen tschetschenische Selbstmordattentäter für die Anschläge verantwortlich. Am 29. August wird der von Moskau favorisierte Alu Alchanow zum neuen Präsidenten der russischen Teilrepublik Tschetschenien gewählt. Die tschetschenischen Separatisten bezeichnen das Wahlergebnis als Farce. Am 1. September besetzt eine Gruppe von mindestens 30 Rebellen eine Grundschule in Beslan in der russischen Republik Nordossetien an der Grenze zu Tschetschenien. Die Geiselnnehmer verlangen von der russischen Regierung, ihre Truppen aus Tschetschenien abzuziehen und alle in Inguschetien gefangen gehaltenen tschetschenischen Rebellen frei zu lassen. Die Anzahl der Geiseln variiert zwischen 1.000 und 1.500. Als die Schule am 3. September von mehreren Detonationen erschüttert wird, beginnen russische Truppen mit der Erstürmung des Gebäudes. Die Befreiungsaktion endet in einem Blutbad und fordert mehr als 368 Todesopfer, unter ihnen 156 Kinder. Der russische Inlandsgeheimdienst macht den Rebellenführer Schamil Bassajew für die Tragödie in Beslan verantwortlich und setzt ein Kopfgeld auf Bassajew und den tschetschenischen Ex-Präsidenten Alsan Maschadow aus. Am 17. September bekennt sich Schamil Bassajew zum Anschlag in Beslan und übernimmt die Verantwortung für die beiden Selbstmordanschläge auf russische Passagiermaschinen Ende August. Moskau bemüht sich in offiziellen Äußerungen zur Geiselnahme in Beslan um Schadensbegrenzung und droht gleichzeitig damit, Präventivschläge gegen Terrornester im Ausland vorzunehmen. Anfang November sterben bei Gefechten zwischen russischen Soldaten und tschetschenischen Rebellen mindestens 22 Anhänger Schamil Bassajews. *vl*

Serbien und Montenegro (Kosovo)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	albanische Parteien (DPK, LDK) vs. serbische Regionalregierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Im Konflikt zwischen Serbien-Montenegro und der albanischen Bevölkerungsmehrheit im Kosovo um den Status der Provinz kommt es Mitte März zu den heftigsten Unruhen seit dem Ende des Krieges. Am 16. März gehen NATO-Soldaten gewaltsam gegen demonstrierende Serben vor. Am 17. März führt der Tod zweier albanischer Kinder, für den Mitglieder der serbischen Volksgruppe verantwortlich gemacht werden, zu ersten Schießereien zwischen Albanern und Serben in Mitrovica. Eingreiftruppen der KFOR und die UN-Verwaltung werden attackiert. In Serbien werden einige Moscheen, im Kosovo orthodoxe Kirchen, Klöster sowie serbische Wohnhäuser niedergebrannt. Nachdem der UN-Sicherheitsrat ein sofortiges Ende der Gewalt gefordert hat, die KFOR-Truppen verstärkt und die mutmaßlichen Drahtzieher der Unruhen verhaftet werden, beruhigt sich die Lage. Im September rufen der serbische Premierminister Kostunica und die orthodoxe Kirche die serbische Minderheit im Kosovo zum Boykott der anstehenden Parlamentswahlen in der Provinz auf. Serbiens Präsident Boris Tadic, die Re-

gierung des Kosovo sowie Vertreter der EU, der USA und verschiedener internationaler Organisationen drängen hingegen auf eine Wahlbeteiligung der serbischen Minderheit. Die Wahl am 23. Oktober bestätigt Präsident Ibrahim Rugova und seine Demokratische Liga (LDK), die auf etwa 45 Prozent der Stimmen kommt und nur knapp die absolute Mehrheit verfehlt. Die serbische Minderheit sowie aus dem Kosovo stammende Flüchtlinge boykottieren mehrheitlich die Wahl. *jc*

Serbien und Montenegro (Montenegro)

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	montenegrinische Regionalregierung vs. Zentralregierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Im Streit um die Unabhängigkeit Montenegros fordert der montenegrinische Präsident Filip Vujanovic im März die Auflösung der Union Serbien und Montenegro nach dem Vorbild der ehemaligen Tschechoslowakei. Nach der Verfassung des Staatenbundes haben beide Republiken das Recht, die Union nach einer dreijährigen Frist zu verlassen. Vujanovic kündigt an, diesen Schritt nach Ablauf der Frist wahrzunehmen. Anfang Juli verabschiedet das montenegrinische Parlament ein Gesetz, das die Einführung einer neuen Flagge und eines eigenen Nationalfeiertags vorsieht. Anfang September bekräftigt der Außenrepräsentant der EU Javier Solana ein Festhalten an der Staatenunion Serbien und Montenegro. Brüssel kündigt jedoch gleichzeitig an, nicht länger am Ziel eines einheitlichen Wirtschaftsraumes der Union Serbien und Montenegro festzuhalten. Befürworter eines unabhängigen Montenegro werten diese Doppelstrategie der EU als Beginn eines Prozesses, der zur endgültigen Auflösung des Staatenbundes Serbien und Montenegro führen wird. *sl*

Slowenien - Kroatien

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Slowenien vs. Kroatien	
Konfliktgegenstand:	Territorium	

Der Konflikt zwischen Slowenien und Kroatien um den Grenzverlauf in der nordöstlichen Adria hält an. Am 3. Juni beschließt das kroatische Parlament den Aufschub der für den 3. Oktober geplanten Einführung einer Umwelt- und Fischereischutzzone für EU-Mitgliedsstaaten. Für die EU-Staaten tritt das Gesetz erst mit dem kroatischen EU-Beitritt und dem damit verbundenen Abschluss eines gemeinsamen Fischerei-Abkommens in Kraft. Am 22. September nehmen kroatische Grenzbeamte nach einem Grenzvorfall mehrere slowenische Bürger, darunter einen Oppositionsführer, fest. Der slowenische Premierminister Anton Rop reagiert daraufhin mit der Drohung, Kroatiens Weg in die EU zu blockieren. Nach Protesten aus Brüssel nimmt er die Aussage am 28. September wieder zurück. *sb*

Spanien (Baskenland)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1960
Konfliktparteien:	ETA vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der baskischen Organisation Baskenland und Freiheit (ETA) und der spanischen

Regierung um die Unabhängigkeit des Baskenlandes dauert an. Am 18. Februar verkündet die ETA nach geheimen Verhandlungen zwischen dem Generalsekretär der katalanischen Republikanischen Linken, Josep Lluís Carod-Rovira, zum ersten Mal einen regional begrenzten Waffenstillstand für Katalonien. Nach Sprengstoffanschlägen auf mehrere Regionalzüge am 11. März in Madrid beschuldigt die spanische Regierung zunächst die ETA. Diese weist den Vorwurf mehrmals öffentlich zurück. Die Beschuldigungen erweisen sich schon wenige Tage nach den Anschlägen als falsch. Bei den Parlamentswahlen am 14. März gelingt daraufhin den Sozialisten mit 42,6 Prozent der Machtwechsel. Der neue Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero kündigt an, den Kampf gegen den Terrorismus fortzusetzen. Der spanischen und französischen Polizei gelingt es, zahlreiche ETA-Mitglieder festzunehmen und Waffenarsenale auszuheben. Bei zwei großangelegten Razzien am 3. Oktober in Südwestfrankreich und am 16. November in Navarra werden 37 Mitglieder der ETA verhaftet, unter ihnen auch der ETA-Chef Mikel Albizu Iriarte. Obwohl deutlich geschwächt, setzt die ETA ihre Strategie der Gewalt auch in diesem Jahr mit mehreren Sprengstoffanschlägen fort. Der Sprecher der verbotenen separatistischen Partei Batasuna, Arnaldo Otegi, spricht sich dagegen am 14. November in San Sebastián für eine Lösung des Konflikts durch Verhandlungen über ein neues Autonomiestatut aus. *sk*

Türkei - Griechenland

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1960
Konfliktparteien:	Türkei vs. Griechenland	
Konfliktgegenstand:	Territorium (Seegrenze)	

Im Konflikt um die Hoheitsrechte in der Ägäis halten die Türkei und Griechenland ihre Forderungen aufrecht. Auch im diesjährigen Beobachtungszeitraum finden zahlreiche Grenzzwischenfälle statt, bei denen hauptsächlich türkische Kampfflugzeuge in den von Griechenland beanspruchten Luftraum über der Ägäis eindringen. Dennoch betont die türkische Armeeführung Mitte November das Ende feindlicher Beziehungen zu Griechenland. Im September vereinbaren beide Staaten, auf geplante Manöver im Mittelmeer zu verzichten. Bereits Anfang Mai spricht sich der türkische Premier Recep Tayyip Erdogan für eine strategische Partnerschaft mit Griechenland und eine Lösung der Streitfragen in der Ägäis aus. Im Gegenzug betont die griechische Regierung ihre Bereitschaft, die Türkei bei deren Aufnahmebemühungen in die EU zu unterstützen. *aj*

Ukraine (Opposition)

Intensität: 2	Veränderung: NEU	Beginn: 2004
Konfliktparteien:	Oppositionsblock Unsere Ukraine vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	nationale Macht	

Die ukrainischen Präsidentschaftswahlen resultieren in einem manifesten Konflikt zwischen dem von Viktor Juschtschenko geführten Oppositionsblock Unsere Ukraine und seinem politischen Gegner Viktor Janukowitsch. Während des Wahlkampfes wird Janukowitsch vom scheidenden Präsidenten Leonid Kutschma und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin unterstützt. Als amtierender Ministerpräsident verfügt Janu-

kowitsch darüber hinaus über eine größere Medienpräsenz. Bereits der Wahlkampf wird von internationalen Beobachtern als unfair bezeichnet. Da keiner der beiden Hauptkandidaten in der Lage ist am 31. Oktober eine absolute Mehrheit der Stimmen zu erzielen, wird am 21. November eine Stichwahl durchgeführt. Obwohl unabhängige Auszählungen Juschtschenko als den Wahlsieger erachten, beansprucht Juschtschenko den Sieg für sich. Sowohl internationale als auch unabhängige nationale Beobachter beurteilten den Urnengang als nicht im Einklang mit demokratischen Standards. Als Reaktion auf den offenkundigen Wahlbetrug initiiert die Opposition in mehreren Städten große Protestaktionen und Massendemonstrationen. In der Hauptstadt Kiew werden Regierungsgebäude besetzt. Juschtschenko reicht beim Obersten Gerichtshof Klage gegen die Wahlergebnisse ein und fordert Neuwahlen. Die Rivalität der beiden Kandidaten hat allerdings auch eine regionale Dimension. Während Juschtschenko seinen Rückhalt vor allem aus dem Westen und Zentrum des Landes bezieht, kommen die Anhänger Janukowitschs vor allem aus der industriellen Ostukraine, wo ethnische Russen die Bevölkerungsmehrheit stellen. Die Gouverneure dreier östlicher Provinzen erklären, dass sie Juschtschenko niemals als Präsident akzeptieren würden und kündigen für diesen Fall ein Referendum über die Autonomie der Ostukraine an. Am 29. November spricht sich Kutschma vor dem Hintergrund der anhaltenden Massenproteste erstmals für eine Wiederholung der Wahl aus. Die internationale Gemeinschaft versucht wiederholt, im Konflikt zu schlichten. So sind derzeit der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU Javier Solana als auch die Präsidenten Polens und Litauens in Kiew, um Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln.

kw

Zypern (Nordzypern)

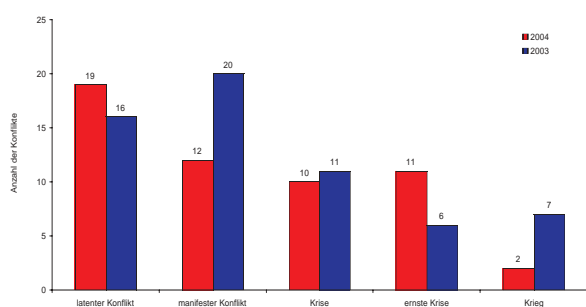
Intensität:	2	Veränderung:	•	Beginn:	1963
Konfliktparteien:	Nordzypern vs. Republik Zypern				
Konfliktgegenstand:	Sezession				

Im beobachteten Zeitraum nutzen die Republik Zypern und Nordzypern die Chance für ihre Wiedervereinigung nicht. Am 14.12.03 gewinnen die pro-europäischen Oppositionsparteien, die für eine Wiedervereinigung eintreten, die Parlamentswahlen in Nordzypern. Obwohl der ehemalige Oppositionsführer Mehmet Ali Talat neuer Ministerpräsident wird, ändert der im Amt verbleibende Präsident Rauf Denktasch seine Politik bezüglich der Vereinigung nicht. Erst auf Druck der USA, der EU und der Türkei willigt Denktasch in neue Gespräche ein. In Verhandlungen zwischen dem 10. und 18. Februar vereinbaren die Konfliktparteien einen Zeitplan für weitere Gespräche in Zypern. Am 22. März einigen sich die Verhandlungsführer der Republik Zypern, Nordzypern, der Türkei und Griechenland darauf, in beiden Staaten per Referendum über den überarbeiteten UN-Plan abstimmen zu lassen. Das Referendum vom 24. April scheitert. Während die türkischen Zyprioten dem UN-Plan zustimmen, lehnen ihn die griechischen Zyprioten mehrheitlich ab. Zwei Tage später entscheidet die EU, das seit 30 Jahren bestehende Embargo gegen Nordzypern zu lockern. Am 1. Mai tritt lediglich die Republik Zypern der EU bei. In den folgenden Monaten legen die EU, die USA und Griechenland Pläne zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Nordzypern vor und bieten ihre finanzielle Unterstützung an. Im Juli führen die von der griechisch-zypriotischen Regierung vorgeschlagenen vertrauensbildenden Maßnahmen zu keiner signifikanten Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen.ks

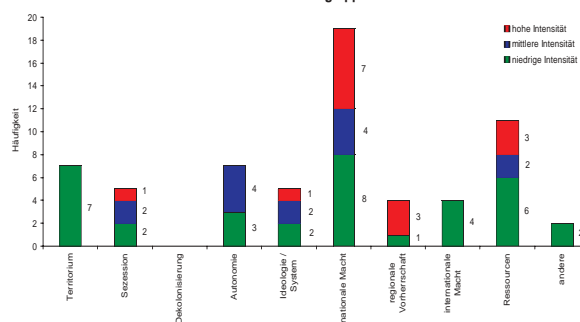
Afrika

Afrika bleibt wie im Vorjahr die Region mit den meisten Kriegen und mit den meisten hochgewaltsamen Konflikten. Die Zahl der hochgewaltsamen Konflikte bleibt bei 13. Die Gesamtzahl aller Konflikte nimmt ab, von 60 auf 54. Die deutlichsten Deeskalationen finden in Zentralafrika, Sao Tome und Principe sowie in Kenia statt. Viele Konflikte deeskalieren im Laufe des Jahres. Haupthindernis einer weiteren Deeskalation ist die Verbreitung von Kleinwaffen und grenzüberschreitende Bewegungen von Rebellen Gruppen. Am deutlichsten eskaliert der Konflikt im Somalia um die Unabhängigkeit der Region Somaliland. Das gewaltsame Geschehen konzentriert sich wie in den Vorjahren auf das Gebiet der Grossen Seen. Der blutigste Konflikt findet im Sudan in der Region Darfur statt. Dies ist mit dem kongolesischen Bürgerkrieg der einzige Konflikt, der auf der höchsten Intensitätsstufe ausgetragen wird. Externer Druck und die zunehmende Einschränkung von Konfliktparteien sich zu finanzieren führen dazu, dass viele Konflikte deeskalieren. Hauptkonfliktgegenstand in Afrika bleibt nationale Macht. Dies ist sehr häufig verbunden mit dem Zugang zu leicht ausbeutbaren Ressourcen. Die überwiegende Mehrzahl der Opfer in den afrikanischen Konflikten sind Zivilisten. Die UNO unternimmt die häufigsten und erfolgreichsten Lösungsversuche. Dabei wenden die einzelnen Missionen auch Gewalt an, um ihre teilweise robusten Mandate umzusetzen. Neben der UNO bietet die Afrikanische Union (AU) in vielen Konflikten ihre guten Dienste an und führt auch eigene Friedensmissionen durch.

Konfliktintensitäten in Afrika 2004 im Vergleich zu 2003



Häufigkeit der Konfliktgegenstände in Afrika 2004 nach Intensitätsgruppe



Aquatorialguinea (Putschisten)

Intensität: 2 Veränderung: NEU Beginn: 2004
 Konfliktparteien: Putschisten vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: nationale Macht

Im März findet im kleinen aber ölreichen Inselstaat Äquatorialguinea ein Putschversuch statt. Die Motivation und die Identität der Hintermänner sind unklar. Am 7. März werden bei der Zwischenlandung ihres Flugzeuges in Harare, Simbabwe, eine Gruppe von 64 Männern unter der Führung von Simon Mann verhaftet. Die Behörden in Simbabwe werfen ihnen vor, einen Putsch gegen die Regierung von Theodor Obiang in Äquatorialguinea durchzuführen zu wollen. Die Verhafteten hingegen behaupten auf dem Weg in die Demokratische Republik Kongo gewesen zu sein, um dort Minen zu beschützen. Am 9. März verhaften die Behörden von Äquatorialguinea eine Gruppe von 15 Personen und werfen ihnen vor, das Vorauskommando der in Harare Verhafteten gewesen zu sein. Diese Verhaftungen in Äquatorialguinea werden begleitet von Übergriffen, Inhaftierungen und der Ausweisung von ca. 500 Personen aus den Kamerun und Ghana. Am 10. März beschuldigt Obiang die Geheimdienste der USA, Großbritanniens und Spaniens, in Zusammenarbeit mit Ex-Präsident Severo Moto, die Drahtzieher des Putschversuches zu sein. Der südafrikanische Außenminister Nkosazana Dlamini-Zuma bestätigt den Zusammenhang zwischen den Verhaftungen in Harare und dem Putschversuch in Äquatorialguinea. Am 19. Juni beginnt in Harare der Prozess gegen die Gruppe um Simon Mann, deren Mitglieder am 10. Oktober für schuldig befunden werden, gegen die Einwanderungsgesetze von Simbabwe verstoßen und den Versuch

unternommen zu haben, illegal Waffen zu erwerben. Nachdem ein Auslieferungsantrag von Äquatorialguinea für die Gruppe von Simon Mann von Simbabwe abgelehnt wird, am 23. August beginnt in Äquatorialguinea der Prozess gegen die zweite Gruppe. Am 25. August verhaften die südafrikanischen Behörden Mark Thatcher, den Sohn der britischen Ex-Premierministerin Margaret Thatcher. Ihm wird vorgeworfen, an den Planungen zum Putschversuch beteiligt gewesen zu sein, und damit gegen das sogenannte Anti-Söldner-Gesetz Südafrikas verstoßen zu haben. 75

Äthiopien - Eritrea

Intensität: 2 Veränderung: ↘ Beginn: 1998
 Konfliktparteien: Äthiopien vs. Eritrea
 Konfliktgegenstand: Territorium (Grenzziehung)

Am 22. September erklärt der Befehlshaber der UNO-Mission UNMEE Rajender Singh die militärische Lage für stabil und dass der Grenzkonflikt zwischen Äthiopien und Eritrea könne gelöst werden. Zudem erlauben die Regierungen Äthiopiens und Eritreas seit dem 20. August der UNMEE mit direkten Flügen zwischen Addis Ababa und Asmara zu operieren. Die beiden Länder haben zwischen 1998 und 2000 einen Grenzkrieg geführt, der über 70.000 Menschenleben forderte. Im Friedensabkommen von Algier im Dezember 2000 stimmten beide Länder darüber ein, eine unabhängige Grenzkommission einzusetzen. Eine 25 km breite Pufferzone wird von UNMEE überwacht. Im Januar entstehen aufgrund von Schüssen und Grenz-

Übersicht: Konflikte in Afrika 2004

Konfliktname ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Äquatorialguinea - Gabon*	Equatorial-Guinea vs. Gabon	Territorium (Corsico Bay)	1970	•	1
Äquatorialguinea (Putschisten)	Putschisten vs. Regierung	nationale Macht	2004	NEU	2
Äthiopien - Eritrea	Äthiopien vs. Eritrea	Territorium (Grenze)	1998	↘	2
Äthiopien - Somalia *	Ethiopia vs. Somalia	internationale Macht	2003	•	2
Äthiopien (Anyuak - Nuer)	Anyuak vs. Nuer	regionale Vorherrschaft	2003	NEU	4
Äthiopien (Ogaden) *	Ogaden Nationale Befreiungsfront vs. Regierung	Autonomie	1984	•	1
Äthiopien (Oromo) *	Oromo Befreiungsfront (OLF) vs. Regierung	Autonomie	1974	•	1
Angola (Cabinda)	FLEC, FLEC-FAC, FLEC-Renovada, FLEC-Plattform, CDF vs. Regierung	Sezession	1975	↘	3
Angola (UNITA) *	Regierung vs. UNITA	nationale Macht	1966	•	1
Botswana (Basarwa)	Basarwa vs. Regierung	Ideologie / System, Ressourcen	1997	•	2
Burundi (Hutu)	various Hutu rebel organizations vs. Regierung	nationale Macht	1993	↘	4
Cote d'Ivoire (Rebellen)	RDR, MPC, MPIGO, FN vs. Regierung	nationale Macht	1999	↘	4
DR Kongo - Ruanda *	DR Kongo vs. Ruanda	internationale Macht	2002	•	2
DR Kongo - Uganda *	DR Kongo vs. Uganda	internationale Macht	1999	•	1
DR Kongo (Hema - Lendu)	Hema, UPC, FAPC, PUSIC, RCD-Goma vs. Lendu, FNI, FPDC, RCD-K-ML, Regierung	regionale Vorherrschaft, Ressourcen	2000	↘	4
DR Kongo (Rebellen)	Mayi-Mayi, Interahamwe, RCD-Goma, RCD-K-ML, RCD-N, MLC vs. Regierung	nationale Macht, Ressourcen	1997	•	5
Komoren (Regionen) *	Regionalregierungen vs. Zentralregierung	Ideologie / System	1997	↘	1
Kongo-Brazzaville (Ninja-Milizen)	CNR, Ninja-Milizen vs. Sassou-Ngesso	Autonomie	1997	•	3
Guinea-Bissau (Opposition)	Opposition vs. Regierung	nationale Macht	1998	↘	2
Guinea - DR Kongo *	Guinea vs. DR Kongo	andere	1998	•	1
Kenia (kenianische ethnische Gruppen - ugandische ethnische Gruppen) *	kenianische ethnische Gruppen vs. ugandische ethnische Gruppen	Ressourcen	1991	↓	1
Kenia (Opposition)	Opposition vs. Regierung	Ideologie / System	1999	↗	3
Liberia (LURD, MODEL - Taylor-Loyalisten)	LURD, MODEL vs. Taylor-Loyalisten	nationale Macht	1999	↘	4
Madagaskar (CMMR)	CMMR vs. Regierung	nationale Macht, Sezession	2001	↗	3
Mauretanien - Senegal *	Mauretanien vs. Senegal	Ressourcen	2000	•	1
Mauritius - Großbritannien *	Mauritius vs. Großbritannien	Territorium	1980	•	1
Namibia (Caprivistreifen) *	Caprivi Befreiungsarmee vs. Regierung	Sezession	1998	•	1
Niger - Benin *	Niger vs. Benin	Territorium	1960	•	1
Niger (Rebellen) *	Toubou Rebellen, Tuareg, arabische Rebellen vs. Regierung	Ressourcen, Autonomie	1990	↑	3
Nigeria - Kamerun	Nigeria vs. Kamerun	Territorium (Bakassi)	1961	•	1
Nigeria (Christen - Muslime)	Muslime, Hausa-Fulani vs. Christen, Yoruba	Ideologie / System	1960	↗	4
Nigeria (Nigerdelta - Ijaw)	Ijaw vs. Itsekiri, Regierung	Ressourcen	1997	•	4
Nigeria (Nigerdelta - Ogoni) *	Bewegung für das Überleben der Ogoni vs. Regierung	Ressourcen, Autonomie	1990	•	2
Ruanda - Uganda *	Ruanda vs. Uganda	internationale Macht	2000	•	2
Ruanda (Hutu)	Interahamwe, FDLR, ex-FAR vs. Regierung	nationale Macht	2000	↗	4
São Tomé and Príncipe (Putschisten)	Putschisten vs. Regierung	nationale Macht, Ressourcen	2003	↓	1
Senegal (Casamance)	MFDC vs. Regierung	Autonomie	1982	↘	3
Sierra Leone (RUF)	RUF, AFRC, CDU vs. Regierung	nationale Macht, Ressourcen	1991	•	2
Simbabwe (Opposition)	MDC, NCA vs. Regierung	nationale Macht	2000	•	3
Somalia (Somaliland)	Somaliland vs. Regierung, Puntland	Sezession	1991	↑	4
Somalia (Gruppierungen)	verschiedene Gruppierungen vs. Regierung	nationale Macht	1980	•	4
Südafrika - Namibia *	Südafrika vs. Namibia	Territorium	2000	•	1
Südafrika (KwaZulu-Natal) *	Inkatha Freiheitspartei (IFP) vs. Regierung	regionale Vorherrschaft	1990	•	1
Sudan - Uganda *	Sudan vs. Uganda	andere	1994	•	2
Sudan (SLM/A, JEM)	SLM/A, JEM vs. Janjaweed-Miliz, Regierung	regionale Vorherrschaft	2003	↗	5
Sudan (SPLA)	SPLA vs. Regierung	Ressourcen, Autonomie	1989	↘	3
Swasiland - Südafrika *	Swasiland vs. Südafrika	Territorium	1902	•	1
Swasiland (Opposition)	SFTU, PUDEMO, SWAYOCO, Juragesellschaft von Swasiland vs. Regierung	nationale Macht, Ideologie / System	2000	•	3
Tansania (Sansibar) *	CUF vs. Regierung, CMM	Sezession	1993	•	1
Togo (UFC, CDF) *	UFC, CDF vs. Regierung	nationale Macht	2002	↘	1
Tschad (MDJT)	MDJT vs. Regierung	nationale Macht	1998	↘	2
Uganda (ADF) *	Allianz Demokratischer Kräfte vs. Regierung	nationale Macht	1987	↘	2
Uganda (LRA)	LRA vs. Regierung	nationale Macht	1987	↘	4
Zentralafrikanische Republik (Patassé)	Patassé, Meuterer vs. Regierung	nationale Macht	1997	↓	3

1) 2) 3) 4) siehe Seite 10: Übersicht: Konflikte in Europa 2004

überschreitungen erneut Spannungen zwischen den beiden Staaten. *pd*

Äthiopien (Anyuak - Nuer)

Intensität: 4	Veränderung: NEU	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	Anyuak vs. Nuer	
Konfliktgegenstand:	regionale Vorherrschaft	

Im Dezember 2003 werden bei Zusammenstößen im westlichen Gambella 57 Menschen getötet. Die Zusammenstöße beruhen auf dem Konflikt zwischen der ethnischen Gruppe der Anyuak auf der einen Seite und den Nuer und der äthiopischen Regierung auf der anderen Seite. Die Anyuak, welche 27 Prozent der Bevölkerung stellen, fürchten Land an die Nuer zu verlieren, die 40 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Sie werden als sudanesishe Eindringlinge betrachtet. Im Zuge einer regionalen Regierungsreform haben lokale Verwaltungen mehr Macht erhalten. Die Anyuak fürchten, die Nuer könnten die lokale Verwaltung von Gambella dominieren. Die Reformprogramme unter den ethnischen Linien führen mit ständig zunehmender Zahl der Nuer zu einer stärkeren Repräsentation innerhalb des lokalen Parlaments. Am 9. Februar brechen Kämpfe an der Grenze zu Sudan aus und fordern 40 Menschenleben. Seinen Anfang nahmen die Auseinandersetzungen mit einem Überfall von Anyuak auf ein UNO-Fahrzeug mit Flüchtlingsbeamten der Regierung. Sieben Personen wurden bei diesem Angriff getötet. In den folgenden Zusammenstößen zwischen Anyuak und 5.000 Soldaten der äthiopischen Armee werden 57 Menschen getötet, weitere 50 verletzt und 400 Häuser zerstört. Die Regierung hatte vor, ein Flüchtlingslager für Dinka aus dem Sudan in Gambella zu errichten. Während das Gebiet nach Meinung der Regierung den Nuer gehört, betrachten die Anyuak das Gebiet als ein von der Nuer besetztes Gebiet. Während der Auseinandersetzungen zwischen der Anyuak und den Regierungstruppen fliehen zwischen 5.000 und 15.000 Anyuak in den benachbarten Sudan. *pd*

Angola (Cabinda)

Intensität: 3	Veränderung: ↘	Beginn: 1975
Konfliktparteien:	Front für die Befreiung der Enklave Cabinda (FLEC), FLEC Bewaffnete Kräfte (FLEC-FAC), FLEC Erneuerung (FLEC-Renovada), FLEC-Plattform, Cabindan Cabinda Dialog Forum (CDF) vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der angolanischen Regierung und den verschiedenen Rebellenbewegungen der FLEC um den Status der ölreichen Provinz Cabinda bleibt ungelöst. Nachdem Regierungstruppen im Winter 2002/2003 eine große militärische Offensive gegen Stützpunkte der FLEC in Cabinda gestartet hatten, die begleitet von Überläufen prominenter FLEC Mitglieder wurde, wurden die militärischen Kapazitäten der FLEC deutlich geschwächt. Dennoch kommt es zu vereinzelt Kampfhandlungen mit Regierungstruppen. Im März behauptet die FLEC, 40 Regierungssoldaten getötet zu haben, was von der angolanischen Regierung bestritten wird. Im September verkünden die FLEC-FAC unter N'Zita Tiago und die FLEC-Renovada unter Antonio Bembe ihren Zusammenschluss zu

einer neuen vereinigten FLEC. Ebenfalls bekannt gegeben wurde dabei, dass die neue FLEC zusammen mit Gruppen der Cabindischen Zivilgesellschaft das CDF schaffen wolle. Augenblicklich ist unklar, ob das CDF zu einer einheitlichen Verhandlungsposition gelangen kann, und ob es sowohl von allen gesellschaftlichen Gruppen in Cabinda, als auch von der angolanischen Regierung als einzig legitimer Verhandlungspartner anerkannt werden wird. *rs*

Botswana (Basarwa)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Basarwa vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Ressourcen, Ideologie / System	

Seit 1997 wurden die Basarwa oder San, schrittweise aus ihrem angestammten Gebiet des Kalahari Game Reserves durch die botswanische Regierung vertrieben. Der Konflikt wird um Diamanten und andere Mineralien geführt. Die Regierung dementiert dies und rechtfertigt ihre Position mit dem Recht auf Entwicklung und Modernisierung. Etwa 200 der 2000 Ureinwohner sind noch im entsprechenden Gebiet angesiedelt. Im Januar 2002 verschärfte sich der Konflikt, nachdem die Regierung die Wasserversorgung für die Basarwa unterbrechen ließ. Das Oberste Gericht beschäftigt sich mit diesem Fall. Zunächst wurde die Klage abgewiesen, doch kurze Zeit später wieder aufgenommen. *ja*

Burundi (Hutu)

Intensität: 4	Veränderung: ↘	Beginn: 1993
Konfliktparteien:	verschiedene Hutu-Rebellenorganisationen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	nationale Macht	

Die Lage in Burundi hat sich im Vergleich zum letzten Jahr etwas entspannt. Der am 17.11.03 geschlossene Friedensvertrag der Regierung mit Pierre Nkurunzizas Fraktion des Nationalen Rats für die Verteidigung der Demokratie - Kräfte für die Verteidigung der Demokratie (CNDD-FDD), der größten der Rebellenorganisationen, wird eingehalten. Ebenso wurden alle Waffenstillstandsabkommen zwischen der Regierung und weiteren Rebellenorganisationen eingehalten. Damit ist die einzige Rebellenorganisation, die sich noch im Kampf mit der Regierung befindet, die fundamentalistische Fraktion der Partei für die Befreiung des Hutu-Volkes - Nationale Befreiungskräfte (Palipehutu-FNL) Agathon Rwasas. Gelegentliche, aber heftige Gefechte zwischen Rwasas Rebellen und der Regierungsarmee vor allem in der Provinz Bujumbura Rurale dauern während des gesamten Jahres an. Aufgrund dieser Kämpfe werden rund 80.000 Menschen vertrieben. Verhandlungen zwischen der Regierung und der Palipehutu-FNL von Ende Januar bis April bringen keine Ergebnisse, da die Palipehutu-FNL sich nicht an ihr Versprechen hält, die Kampfhandlungen einzustellen. Die Anwesenheit der UNO-Friedenstruppen ONUB, die am 1. Juni offiziell die Friedensmission der Afrikanischen Union AMIB ablöste, kann die Kämpfe nur eindämmen. Am 13. August greift die Palipehutu-FNL ein Flüchtlingslager an der Grenze zur Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo). Dabei tötet sie 160 kongolesische Tutsi. Als Folge wird die ganze Region destabilisiert. Die tutsi-dominierte ruandische Regierung

vermutet die Beteiligung ruandischer und kongolesischer Hutu-Rebellen (Interahamwe und Mayi-Mayi) an dem Massaker, mit Unterstützung der kongolesischen Regierung, und droht daher mit einer Invasion des DR Kongo. Die tutsi-dominierte burundische Armee droht ohne Einverständnis der burundischen Regierung mit einem Angriff auf die DR Kongo. Die Beziehungen zwischen Burundi und der DRC sind infolge angespannt. Burundi schließt aufgrund der angeblichen Beteiligung kongolesischer Rebellen die Grenze zur DR Kongo. Als Burundi die Grenzschießung aufhebt, verhängt die DRC ihrerseits eine solche. Dennoch hat sich die Lage in Burundi deutlich beruhigt. Mehrere 10.000 der insgesamt über 1,2 Millionen Binnenflüchtlinge und Flüchtlinge aus den Nachbarländern sind zurückgekehrt. Im Mai droht die CNDD-FDD trotz schon teilweise erfolgter Umsetzung des Machtteilungsabkommens damit, die Übergangsregierung zu verlassen. Die neue Verfassung und das neue Wahlgesetz, Voraussetzung sind für die nationalen Wahlen, sind umstritten. Dem Friedensabkommen von Arusha zufolge sollten die Wahlen bis Ende Oktober stattfinden. Die Blockade der neuen Verfassung durch die zehn großen Tutsi verhindert die Einhaltung des Zeitplanes. Aufgrund dieser Blockade werden die Wahlen bis Anfang 2005 verschoben. Am 20. Oktober schließlich kann das Parlament die neue Übergangsverfassung verabschieden. Am 26. November soll darüber ein Volksentscheid stattfinden. Die geplante Demobilisierung aller Kriegsparteien wird verschoben. Einige der ehemaligen Rebellengruppen haben sich mittlerweile in politische Parteien umgewandelt. Am 8. August beschließt die CNDD-FDD sich in eine politische Partei umzuwandeln, hat diesen Beschluss bisher aber nicht umgesetzt. *hlm*

Côte d'Ivoire (Rebellen)

Intensität: 4	Veränderung: ↘	Beginn: 1999
Konfliktparteien:	Sammlungsbewegung der Republikaner (RDR), Bewegung für Frieden und Gerechtigkeit (MPCI), Volksbewegung des großen Ostens (MPIGO), Neue Kräfte (FN) vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	nationale Macht	

Der Konflikt zwischen der ivoirische Regierung Laurent Gbagbo und den FN und einigen Oppositionsparteien um die nationale Macht setzt sich fort. Am 25./26. März töten Sicherheitskräfte bei einer Antiregierungsdemonstration 120 Menschen. In der Folge dieser Unruhen entlässt Gbagbo drei Mitglieder der FN aus seinem Kabinett. Aus Protest dagegen treten mehrere Vertreter anderer Oppositionsparteien die Regierung. Während der Gewalttätigkeiten greifen Anhänger der regierungsnahen Patriotischen Kräfte (FP) europäische, darunter besonders französische Staatsbürger, sowie UNO-Einrichtungen an. Ein UNO-Bericht vom 15. Mai macht Gbagbo für die Ausschreitungen und für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Durch die Resolution 1528 des UNO-Sicherheitsrates beginnt am 4. April die UNO-Mission UNOCI. Sie hat den Auftrag, die Durchführung des Entwaffnungsprogramms zu unterstützen. Am 21. Juni sterben bei Kämpfen innerhalb der FN in der Stadt Korhogo im Norden 22 Menschen. Grund ist die Infragestellung der Führung Guillaume Soros durch den

in Paris inhaftierten Gegner Ibrahim Coulibaly. Anfang August entdecken UNO-Beobachter ein Massengrab mit 99 Leichen in Korhogo. Nach Vermittlung durch die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) und UNO-Generalsekretär Kofi Annan in Accra tritt die ivoirische Regierung am 9. August wieder zusammen. Eine Frist für die Entwaffnung der FN verstreicht am 15. Oktober und die Gruppe beendet die Mitarbeit in der Regierung. Die FN wirft Gbagbo vor, die vorgesehene Änderung des Staatsbürgerschafts- und Wahlrechts zu verzögern. Am 4. November greifen Flugzeuge der ivoirischen Streitkräfte Stellungen der FN in Bouake und Korhogo sowie französische Posten in der Pufferzone an. Bei den Angriffen sterben neun französische Soldaten. Nach Zerstörung der ivoirischen Luftwaffe durch Frankreich demonstrieren in Abidjan am 7.-9. November rund 30.000 Sympathisanten der FP gegen diese Maßnahme, dabei werden 600 Personen verletzt. Frankreich und europäische Staaten evakuieren ihre Staatsbürger nach gewaltsamen Übergriffen und Plünderungen gegen Europäer in Abidjan. Nordwestlich von Abidjan sterben bei Zusammenstößen im Nordwesten zwischen den Ethnien der Bete und der Dioula sechs Menschen. Am 11. November beginnen im Rahmen der Afrikanischen Union (AU) unter Leitung des südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki Vermittlungsgespräche in Pretoria. Der UNO-Sicherheitsrat reagiert auf die Eskalation der Gewalt am 17. November mit einem Waffenembargo gegen die Côte d'Ivoire. Am 18. November unterstreicht Präsident Gbagbo erneut seine Forderung die Rebellen gewaltsam zu entwaffnen. *gs*

DR Kongo (Hema - Lendu)

Intensität: 4	Veränderung: ↘	Beginn: 2000
Konfliktparteien:	Hema, Union der kongolesischen Patrioten (UPC), Bewaffnete Kräfte des kongolesischen Volkes (FAPC), Partei für die Einheit, Sicherheit und Integrität des Kongo (PUSIC), Kongolesische Sammlungsbewegung für Demokratie- Goma (RCD-Goma) vs. Lendu, Front der Nationalisten und Integrationisten (FNI), Kräfte für Demokratie im Kongo (FPDC), RCD-K-ML, Regierung	
Konfliktgegenstände:	regionale Vorherrschaft, Ressourcen	

Der Konflikt zwischen verschiedenen Milizen der Hema und der Lendu in der Provinz Ituri der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) wird weiterhin gewaltsam ausgetragen. Gegenstand des Konflikts sind die ethnische Vorherrschaft in der Provinz sowie leicht abbaubare Ressourcen. Die Intensität verringert sich, was an der Umsetzung des robusten Mandats der UNO-Mission MONUC liegt. Am 11. Februar findet die UNO die Leichen von zwölf Personen in Ituri nach einem angeblich wesentlich größeren Massaker. Am 13. Februar wird ein UNO-Ermittler erschossen. Am 3. März kommt eine hochrangige kongolesische und internationale Abordnung zum ersten Mal nach Ituri, um den Demobilisierungsprozess voranzutreiben. Am 24. März sind rund 6.000 intern Vertriebene bereit die Lager in der Nähe der Provinzhauptstadt Bunia zu verlassen. Am 14. Mai unterzeichnen sieben Milizen ein Abkommen sich an der kongolesischen Übergangsregierung zu beteiligen. Nach Kämpfen im Juni zwischen UPC und FNI inhaftiert die UNO zwei Milizkommandeure. Anfang Juli bekämpfen sich Kämpfer der FNI

und der FAPC über mehrere Tage. Trotz dieser vereinzelt Kämpfe geht die Demobilisierung und Reintegration der rund 15.000 Milizionäre in Ituri voran. *pb*

DR Kongo (Rebellen)

Intensität: 5	Veränderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Mayi-Mayi, Interhamwe, Kongolesische Sammlungsbewegung für Demokratie - Goma (RCD-Goma), RCD-Kisangani, RCD-N, Befreiungsbewegung des Kongo (MLC) vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	nationale Macht, Ressourcen	

Nach der Einsetzung der Übergangsregierung im Kongo vom 9.4.02 beruhigt sich die Situation in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) weiter. Der Regierung gehören neben Präsident Joseph Kabila die Anführer der vier wichtigsten Rebellengruppen an. Zu Beginn des Jahres geht die Entwaffnung oder Eingliederung von Rebellen in die neue Armee voran, die Repatriierung der ugandischen und ruandischen Rebellen ebenso. Es befinden sich rund 330.000 Kämpfer der verschiedenen Gruppen im Osten der DR Kongo, davon werden bis zum 24. März rund 10.000 demobilisiert oder repatriert. Dennoch plündern und morden einzelne Gruppen im Osten des Landes und in der Provinz Katanga weiter. Am 24. Februar fliehen rund 15.000 Menschen in Katanga, nachdem die Mayi-Mayi-Miliz dort im Januar etwa 100 Menschen getötet hatte. Die Befriedung des Kongo schreitet trotzdem voran. Dabei spielen vor allem die UNO-Mission MONUC und belgische Hilfe eine Rolle. Am 30. Januar besetzt MONUC strategisch wichtige Positionen in beiden Kivu-Regionen. Am 3. März verlegt MONUC 3.500 Blauhelmsoldaten nach Bukavu. Am 29. März unternehmen Angehörige der Präsidentengarde einen Putschversuch in Kinshasa. Am 27. Mai kämpfen in Bukavu Soldaten von Jules Mutebusi und Laurent Nkunda und reguläre Truppen gegeneinander. Beide gehören zum RCD-Goma, der an der Übergangsregierung in Kinshasa teilnimmt. Die UNO vermittelt daraufhin einen Waffenstillstand. Einen Tag später zieht Nkunda sich aus Bukavu zurück, in der Folge besetzen reguläre Truppen die Stadt. 1.000 Banyamulenge, kongolesische Tutsi, fliehen am 10. Juni aus Angst vor Angriffen der Mayi-Mayi nach Burundi. Am 11. Juni unternimmt erneut ein Teil der Präsidentengarde einen Putschversuch gegen Kabila. Nkunda besetzt Mitte Juni die Stadt Kanyola in Süd-Kivu, dabei sterben rund 100 Menschen. Die Regierung und die UNO setzen daraufhin ihn und Mutebusi unter Druck und verlegen mehr Truppen in den Osten. Dennoch werden bis Ende Juni dort etwa 30.000 Menschen intern vertrieben. Nach einem Massaker von Hutu-Milizen an Tutsi-Flüchtlingen am 14. August in Burundi droht Nkunda mit weiteren Angriffen. Der RCD-Goma setzt in Kinshasa am 24. August die Mitarbeit in der Übergangsregierung aus und gefährdet den gesamten Friedensprozess. Später nimmt er die Zusammenarbeit wieder auf. Am 14. September kämpfen Regierungstruppen erneut gegen Nkunda. Ende September kämpfen weiterhin verschiedene Truppenteile aus ehemaligen Rebellen der neuen kongolesischen Armee gegeneinander. Am 4. Oktober beschließt der Sicherheitsrat eine Ausdehnung des Mandats der MONUC, sowie eine personelle Verstärkung von 5.900 auf dann 16.700

Mann. Am 15. Oktober plündern die Mayi-Mayi in Katanga und werden dann von der Armee vertrieben. Kämpfe zwischen integrierten Mayi-Mayi und anderen ehemaligen Rebellen vertreiben Anfang November rund 4.000 Menschen. Am 22. November unterzeichnen die Präsidenten beider Länder sowie neun weitere zentralafrikanische Staatschef ein Abkommen über den Friedensprozess im Gebiet der Grossen Seen, ohne allerdings konkrete Schritte zu beschließen. *pb*

Guinea-Bissau (Opposition)

Intensität: 2	Veränderung: ↘	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	nationale Macht	

Der Machtkonflikt zwischen dem Regierungspräsidenten Kumba Yala und der Opposition geht auf dem Niveau eines manifesten Konfliktes weiter. Am 4. April geht die Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und Kap Verde (PAIGC) aus den Parlamentswahlen als stärkste Kraft hervor. Yala wurde durch einen unblutigen Militärputsch 2003 abgesetzt. Henrique Rosa wurde zum Übergangspräsidenten ernannt. Yala selbst wurde nach einem kurzen aber verheerenden Bürgerkrieg 2000 zum Präsidenten gewählt. Aber diese Rolle wird zunehmend unstabiler und zum Zeitpunkt seines Sturzes haben die meisten seiner früheren Unterstützer das Vertrauen in ihn verloren. Am 12.5.03 hatte Vertreter der wichtigsten politischen Parteien und der Streitkräfte den 28. März als Datum für Wahlen festgelegt. Yala wurde am 8. März aus seinem Hausarrest entlassen. *pd*

Kenia (Opposition)

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 1999
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Ideologie / System	

Der Konflikt in Kenia um die Einführung einer neuen Verfassung in Kenia wird erstmals gewaltsam ausgetragen. Bei Demonstrationen in verschiedenen kenianischen Städten im Juli wird ein Demonstrant von der Polizei erschossen und Dutzende verletzt. Präsident Mwai Kibaki hält sein Versprechen von 2002, eine neue Verfassung binnen 100 Tagen zu schaffen, nicht ein. Islamische Organisationen drohen im April und Mai mit Massenaktionen sollten die islamischen Gerichtshöfe nicht berücksichtigt werden. *tk*

Kongo-Brazzaville (Ninja-Miliz)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Ninja-Miliz, Nationaler Widerstandsrat (CNR) vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Der Anführer des CNR und der Ninja-Miliz Pasteur Ntoumi fordert am 27. Januar eine Nachbesserung in der Friedensvereinbarung mit der Regierung. Die Regierung von Denis Sassou-Ngesso und Ntoumi hatten dieses am 17.3.03 unterzeichnet. Ntoumi verlangt, dass mehr seiner Milizionäre in die Armee integriert werden. Dies lehnt die Regierung am 9. März ab. Zuvor hatte sie Truppen aus der Pool-Region abgezogen, von wo die Milizen stammen und die den Zugang der Hauptstadt Bangui zum strategisch und wirtschaftlich wichtigen Hafen von Point Noire kontrolliert. In Pool

existieren mehr als 10-000 intern Vertriebene, Kämpfe jedoch finden nicht statt. Am 1. März unterzeichnen die Konfliktparteien ein Abkommen, dass die gemeinsame Kontrolle des Schienenverkehrs durch Pool regelt. Nach einem Überfall Anfang Oktober zieht die Regierung am 11. Oktober die zivilen Sicherheitskräfte und die Milizionäre von den Zügen ab und setzt wieder Soldaten dafür ein. Die Rebellen unterbrechen daraufhin ab dem 19. Oktober den gesamten Zugverkehr. Ntoumi streitet jegliche Verantwortung dafür ab. *pb*

Liberia (LURD, MODEL - Taylor-Loyalisten)

Intensität: 4	Veränderung: ↘	Beginn: 1999
Konfliktparteien:	Vereinigte Liberianer für Versöhnung und Demokratie (LURD), Bewegung für Demokratie in Liberia (MODEL) vs. Taylor-Loyalisten	
Konfliktgegenstand:	nationale Macht	

Die Situation in Liberia hat sich beruhigt. Dennoch dauern nach dem Abschluss eines alle Parteien umfassenden Friedensabkommens am 18.8.03 die Kämpfe zwischen den Anhängern des ehemaligen Präsidenten Charles Taylor und den beiden Rebellengruppen, LURD MODEL an, allerdings mit verminderter Heftigkeit. Kleinere Scharmützel vor allem zwischen MODEL und Taylor-Anhängern enden erst Mitte des Jahres mit der Stationierung von Friedenstruppen der UNO-Mission UNMIL im ganzen Land. Seitdem finden keine Kämpfe zwischen den ehemaligen Kriegsparteien statt. Im Januar kehren die ersten der ungefähr 500.000 Binnenflüchtlinge und 350.000 Flüchtlinge aus den Nachbarländern zurück. Am 8.12.03 beginnt UNMIL mit der Entwaffnung der Kriegsparteien, zuerst der ehemaligen Kämpfer Taylors. Gleich am Tag darauf organisieren einige Kämpfer einen Aufruhr, der neun Tote fordert. UNMIL stoppt daraufhin den Entwaffnungsprozess, der am 15. April wieder aufgenommen wird. Einer der Gründe für die Verschiebung sind Sicherheitsbedenken der UNMIL, die mit der Entwaffnung erst beginnen will, wenn die volle Truppenstärke erreicht und die Truppen im Großteil des Landes stationiert sind. Der zweite Grund ist das unkooperative Verhalten der drei Bürgerkriegsparteien, deren Forderung nach mehr Posten in der Übergangsregierung nicht stattgegeben wird. Schlussendlich setzen sie sich am 7. Januar mit ihren Forderungen durch und erhalten 51 von 86 Hilfsministerposten auf Kosten der unbewaffneten politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Gruppen in der Übergangsregierung. Trotzdem fordern die Kriegsparteien am 26. Januar die Absetzung von Präsident Gyude Bryant. Auf Druck der UNO treten sie wenig später von dieser Forderung zurück. Am 17. Mai veranstalten Taylor-Anhänger erneut einen Aufruhr um die sofortige Auszahlung der Demobilisierungprämie, der aber folgenlos bleibt. Vereinzelt verweigern sich auch Gruppen von LURD- und MODEL-Kämpfern der Entwaffnung; einige Kämpfer verlassen Liberia, um in den Nachbarländern als Söldner zu kämpfen. Das Entwaffnungsprogramm endet offiziell am 31. Oktober, es sind insgesamt über 95.000 entwaffnet worden. Am 3. November unterzeichnen die drei Kriegsparteien ein Abkommen, in dem sie sich zur Auflösung ihrer militärischen Flügel verpflichten. Doch der Frieden bleibt trotz der Präsenz der UNMIL und der Demobilisierung fragil, bedroht etwa durch

Führungskämpfe innerhalb der LURD. Diese Auseinandersetzungen münden in einem bewaffneten Kampf am 4. August. Der UNO Sicherheitsrates hebt die Sanktionen gegen den Handel mit die Sanktionen auf Diamanten und Holz aus Liberia nicht auf. *hlm*

Madagaskar (CMMR)

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 2001
Konfliktparteien:	Verteidigung von Wahrheit und Gerechtigkeit (CMMR) vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	nationale Macht, Sezession	

Der Machtkampf zwischen der oppositionellen CMMR und der Regierung unter Präsidenten Marc Ravalomanana dauert an. Am 2. Januar erwägt der Präsident eine Amnestie für die Gefangenen des gewaltsamen Machtkampfes aus dem Jahr 2002. Bei einer Demonstration am 4. März von 600 Reservisten, fordern diese mehr finanzielle Hilfen. Sie hatten 2002 Ravalomanana unterstützt. Anfang Juni verletzt ein Reservist 32 Zivilisten bei einer Granatenattacke. Anonyme Täter verwunden am 28. Juni 40 Personen bei einer Granatenexplosion. Im Juli führen Unbekannte Granatenanschläge gegen politische und wirtschaftliche Führer durch. *gs*

Niger (Rebellen)

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 1990
Konfliktparteien:	Toubou-Rebellen, Tuareg-Nomaden, Arabische Rebellen vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Ressourcen, Autonomie	

Die Situation in den von Tuareg bewohnten Regionen im Norden des Niger blieb seit der N'Djamena Vereinbarung von 1997 politisch ruhig. Im Oktober stößt eine neue Rebellenbewegung, die sich aus ehemaligen Tuareg-Rebellen zusammensetzt, mit Regierungstruppen zusammen. Die zukünftige Entwicklung kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgesehen werden. *cb*

Nigeria - Kamerun

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1961
Konfliktparteien:	Nigeria vs. Kamerun	
Konfliktgegenstand:	Territorium (Bakassi-Halbinsel)	

Im Konflikt um den Grenzverlauf zwischen Nigeria und Kamerun steht die endgültige Übergabe der ölreichen Bakassi-Halbinsel an Kamerun noch aus. Am 9.12.03 beginnt Nigeria mit der Rückgabe von 33 Dörfern, die der IGH im Oktober 2002 Kamerun zugesprochen hat. Unter der Vermittlung der UN erklärt sich Nigeria Anfang Februar bereit, die Bakassi-Halbinsel am 15. September an Kamerun zu übergeben. Am 26. Februar protestieren tausende nigerianische Einwohner der Bakassi-Halbinsel gegen diese Entscheidung. Anfang September kündigt die nigerianische Regierung an, ihre Truppen nicht zum vereinbarten Datum von Bakassi abzuziehen. Ein neuer Termin für die Übergabe der Halbinsel steht noch auf der Agenda der UNO-Vermittler. *sl*

Nigeria (Christen - Muslime)

Intensität: 4	Veränderung: ↗	Beginn: 1960
Konfliktparteien:	Muslime, Hausa-Fulani vs. Christen, Yoruba	
Konfliktgegenstand:	Ideologie / System	

Der Konflikt zwischen Christen und Muslimen um die religiöse Vorherrschaft in Nigeria eskaliert. Im Januar und Februar sterben bei Angriffen muslimischer Milizen im zentralnigerianischen Bundesstaat Plateau mindestens 70 Menschen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen erreichen Anfang Mai ihren Höhepunkt, als bei einem Vergeltungsschlag christlicher Milizen in der Stadt Yelwa mindestens 600 Menschen getötet werden. Nigerias Präsident Obasanjo entsendet Sicherheitskräfte in den Bundesstaat Plateau und verhängt den Notstand über die Region. Auch in den folgenden Monaten flammen in Zentralnigeria erneute Gefechte zwischen christlichen und muslimischen Milizen auf. Ende September greift die militante Islamistengruppe al-Sunna wal Jamma Polizeistationen im nördlichen Bundesstaat Borno an. Gefechte zwischen der Miliz und nigerianischen Sicherheitskräften fordern mindestens 35 Tote. *sl*

Nigeria (Nigerdelta - Ijaw)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Ijaw vs. Itsekiri, Regierung	
Konfliktgegenstand:	Ressourcen	

Der gewaltsame Konflikt zwischen rivalisierenden Volksgruppen im Nigerdelta um die Kontrolle über die Öleinnahmen der Region dauert an. Im Januar brechen erneute Gefechte zwischen Milizen der Ijaw und Itsekiri aus. Im April werden fünf Mitarbeiter des Ölkonzerns Chevron Texaco von bewaffneten Milizen getötet. Die nigerianische Regierung verstärkt ihre Truppen im Nigerdelta um die Unruhen einzudämmen. Anfang Juni werden bei Gefechten zwischen Regierungstruppen und Ijaw-Milizen mindesten 50 Menschen getötet. Am 16. Juli fordert die von Moujahid Dokubo-Asari angeführte Volksfreiwilligentruppe Nigerdelta Selbstbestimmung für die Ijaw und kündigt einen umfassenden Kampf gegen die Regierung und ausländische Ölkonzerne im Nigerdelta an. Gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Milizen in der Öl- und Hafenstadt Port Harcourt fordern im August mehrere hundert Tote. Regierungstruppen starten Anfang September eine erneute Offensive gegen die Ijaw-Miliz. Nach wiederholten Luftangriffen der Regierungsarmee fliehen tausende von Menschen. Trotz eines im Oktober ausgehandelten Waffenstillstandes zwischen Dokubo-Asari und rivalisierenden Milizen halten die gewaltsamen Auseinandersetzungen im Nigerdelta an. *sl*

Ruanda (Hutu)

Intensität: 4	Veränderung: ↗	Beginn: 2000
Konfliktparteien:	Interahamwe, Demokratische Kräfte für die Befreiung Ruandas (FDLR), ehemalige Streitkräfte Ruandas (ex-FAR) vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	nationale Macht	

Der Konflikt in Ruanda zwischen der Regierung Präsidenten Paul Kagamé und den Hutu-Rebellen der Interahamwe-Miliz, der FDLR und ex-FAR wird auf ruandischem Gebiet in diesem Jahr gewaltlos ausgetragen.

In der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) hingegen, dem Rückzugsgebiet der ruandischen Rebellen nach dem Genozid von 1994, gehen die kongolesischen Streitkräfte wiederholt gewaltsam gegen diese vor. Am 27. April töten sie 39 ruandische Rebellen. Den Repatriierungsbemühungen des Kongo, auf ruandischen Druck und Druck der UNO-Mission für den DR Kongo MONUC, widersetzen sich die Rebellen. Am 20. Januar nehmen sie 3.000 ihrer eigenen Angehörigen als Geiseln, um so deren Rückkehr nach Ruanda zu verhindern. Zuvor sind im Dezember und Januar rund 1.800 ehemalige Kämpfer repatriert worden. Insgesamt befinden sich noch rund 9.000 ruandische Rebellen auf kongolesischem Gebiet. Am 22. April zieht Ruanda seine Truppen an der Grenze zu Burundi zusammen, da es einen Angriff der Rebellen fürchtet, die in der Zwischenzeit dorthin ausgewichen sind. Die Wiedereingliederungsbemühungen des Kongo und der UNO gehen weiter. Am 14. August töten Interahamwe und ex-FAR Kämpfer in Burundi in einem Flüchtlingslager etwa 160 ruandischen Tutsiflüchtlinge. Daraufhin droht Ruanda dem Kongo und den Rebellen mit einem erneuten direkten militärischen Eingreifen im Kongo wie schon 1996 und 1998. Am 22. November unterzeichnen in Dar-es-Salaam elf zentralafrikanische Staatsoberhäupter eine Übereinkunft für einen Friedensplan für das Gebiet der Grossen Seen. Eine konkrete Vorgehensweise wird nicht beschlossen. Am 25. November wiederholt es diese Forderung und droht wiederum mit einem direkten Eingreifen im Kongo. Die Aufarbeitung des Genozids von 1994 in Ruanda wird von dem UNO-Tribunal in Arusha, Tansania, und den lokalen Dorfgerichten, Gacaca, betrieben. Damals waren nach offiziellen ruandischen Angaben 937.000 Menschen getötet worden. Die Sicherheitslage in Ruanda wird durch die Freilassung von rund 40.000 der 85.000 Beschuldigten des Genozids im letzten Jahr verschärft. So wird Druck auf Zeugen ausgeübt und am 12. Januar vier von ihnen ermordet. *pb*

São Tomé und Príncipe (Putschisten)

Intensität: 1	Veränderung: ↓	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	Putschisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	nationale Macht, Ressourcen	

Im Juli 2003 putscht Fernando Pereira gegen den gewählten Präsidenten Fradique de Menezes, der sich zu diesem Zeitpunkt in Nigeria befindet. Pereira wird von anderen Armeemitgliedern und der kleinen Oppositionspartei Christlich Demokratische Front (CDF) unterstützt. Als Grund für den Putsch nennen sie die Armut der Bevölkerung, die im Gegensatz zur kleinen Elite des Landes nicht vom Ölreichtum profitiert. Nach einer Woche unterzeichneten die Putschisten auf internationalen Druck ein Abkommen über die Rückgabe der Macht an die gewählte Regierung. Sie selbst wurden amnestiert. Im Folgenden wurden keine weiteren konfliktrelevanten Maßnahmen ergriffen. *hlm*

Senegal (Casamance)

Intensität: 3	Veränderung: ↘	Beginn: 1982
Konfliktparteien:	Bewegung der Demokratischen Kräfte der Casamance (MFDC) vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Der Konflikt um die Provinz Casamance im Süden Senegals hält weiterhin an. Im April greifen MFDC Re-

bellens einen senegalesischen Militärkonvoi an. Drei Regierungssoldaten werden dabei getötet und fünf weitere verletzt. Der MFDC erklärte im Oktober 2003 offiziell den Sezessionskampf für beendet. Im September wechselt die Führungsspitze des MFDC. Der bisherige Generalsekretär Jean-Marie Francois Biagui tritt die Nachfolge von Diamacoune Senghor an, der die Bewegung vor über 20 Jahren gründete. *sb*

Sierra Leone (RUF)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Vereinigte Revolutionäre Front (RUF), Bewaffnete Kräfte des Revolutionsrats (AFRC), Zivile Verteidigungskräfte (CDU) vs. Regierung	
Konfliktgegenstände: nationale Macht, Ressourcen		

Der Friedensprozess nach dem Ende des Bürgerkrieges in Sierra Leone schreitet voran. Das zeigt die Rückführung von rund 280.000 Flüchtlingen. Die Rückgabe der Hauptverantwortung für die nationale Sicherheit am 24. September von der UNO-Mission UNAMSIL an Sierra Leone ist ein weiteres Zeichen. Einen großen Anteil an der öffentlichen Auseinandersetzung mit den Kriegsverbrechen, nach der Transformation der RUF zu einer politischen Partei und dem Tod ihres ehemaligen Führers Foday Sankoh, soll der durch die Vereinten Nationen ins Leben gerufene Sondergerichtshof für Sierra Leone haben. Angeklagt ist auch Liberias Präsident Charles Taylor, der mit internationalem Haftbefehl gesucht wird. Seit dem 11.8.03 befindet er sich in Nigeria im Exil. Taylor unterstützte die RUF finanziell und militärisch. Im Austausch dafür erhielt er Zugang zu den Diamantenfeldern im Grenzgebiet zwischen Liberia und Sierra Leone. *nk*

Simbabwe (Opposition)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 2000
Konfliktparteien:	Bewegung für Demokratischen Wechsel (MDC), Nationale Verfassungsversammlung (NCA), vs. Regierung	
Konfliktgegenstand: nationale Macht		

Der Konflikt zwischen der Regierungspartei Afrikanische Nationale Union Simbabwe - Patriotische Front (ZANU-PF) und der Oppositionspartei MDC dauert an. Im Zusammenhang mit Lokalwahlen Ende März verwüsten Anhänger der ZANU-PF Büros der MDC. Die Regierung plant eine Wahlrechtsreform vor den anstehenden Parlamentswahlen 2005. Der Führer der MDC Morgan Tsvangarai wurde im November des Verrats beschuldigt. Die Opposition wird von der Regierung eingeladen, am Wahlreformprozess teilzunehmen. Die Regierung beabsichtigt, ein Gesetz einzubringen, das internationalen Rechtsgruppen verbieten soll, in Simbabwe zu arbeiten und lokalen Gruppen die externe Finanzierung beschneidet. *fl*

Somalia (Somaliland)

Intensität: 4	Veränderung: ↑	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Somaliland vs. Regierung, Puntland	
Konfliktgegenstand: Sezession		

Der Unabhängigkeitskonflikt der selbsterklärten Republik Somaliland, die sich über die ehemaligen britisch regierten Gebiete Nordwestsomalias erstreckt, erreicht eine neue, gewaltsame Phase. Die benachbarte autonome Region Puntland und Somaliland erheben

beide Anspruch auf die Regionen Sool und Sanaag, die ursprünglich zu Britisch-Somaliland gehörten, jedoch von mit den Einwohnern Puntlands verwandten Clans bewohnt werden. Im Dezember 2003 besetzen Puntländische Truppen Las Anod in Sool ohne auf Widerstand Somalilands zu stoßen. Nach einem diplomatischen Schlagabtausch entwickeln sich Kampfhandlungen zwischen Truppen Puntlands und Somalilands zunächst im September, und dann in gesteigertem Ausmaß Anfang November. Über 100 Personen werden in den Kämpfen getötet. Die Wahl von Puntlands Präsident Abdullahi Yussuf zum Föderalen Übergangspräsidenten von könnte die Verschlechterung der Situation beschleunigt haben. *cb*

Somalia (verschiedene Gruppierungen)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1980
Konfliktpartei:	verschiedene Gruppierungen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand: nationale Macht		

Einige somalische Kriegsherren setzen ihren Machtkampf in Somalia fort. Schwere Kämpfe zwischen verschiedenen Fraktionen ereignen sich vor allem im Mai in Mogadischu, in Bullo Hawa im Juni und im September in Kismayo. Bis zu 300 Personen werden in den Kämpfen getötet. Die Sicherheitssituation insgesamt hat sich in Somalia leicht verbessert. Die Nationale Übergangsregierung (TNG), die 2000 ins Amt kam und 2002 nach zwei Jahren ihr Mandat verloren hatte, bleibt weiterhin als nur noch eine unter vielen Fraktionen. Der TNG gelang es zu keinem Zeitpunkt, die Macht über mehr als nur ein paar Stadtviertel Mogadischus zu sichern. Die von der Intergouvernementalen Behörde für Entwicklung (IGAD) geförderte Friedenskonferenz in Nairobi geht weiter; nach einigen Phasen des Stillstands kulminiert sie in der Einführung eines neues Föderalen Übergangsparlaments am 22. August. Das Parlament besteht aus 275 Mitgliedern. Die Sitze sind den einzelnen Clans zugewiesen, um eine föderale Struktur zu garantieren. Am 14. Oktober wählt das Parlament Abdullahi Yussuf, den Präsidenten der teilautonomen Region Puntland zum neuen Präsidenten Somalias [=> Somalia (Somaliland)]. Der Präsident der TNG, Abdulkassim Salad Hassan, kommt bereits über die erste Runde der Präsidentschaftswahl nicht heraus und erhält nur sehr wenige Stimmen. Am 3. November ernennt Yussuf Ali Muhammed Gedi zum Ministerpräsidenten der neuen Föderalen Übergangsregierung. Die neuen somalischen Institutionen werden international u.a. von UNO EU, und AU anerkannt. *cb*


Sudan (SLM/A, JEM)

Intensität: 5	Veränderung: ↗	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	Sudanesische Befreiungsbewegung (SLM), Sudanesische Befreiungsarmee (SLA), vs. Regierung	
Konfliktgegenstand: regionale Vorherrschaft		

Der Bürgerkrieg in der sudanesischen Provinz Darfur hält unvermindert an. Die SLA und die JEM bekämpfen die Regierung und die von der Regierung unterstützten Janjawid-Milizen. Die Rebellen werfen der Regierung wirtschaftliche Ausbeutung der Region und Rassismus vor. Regierung und Milizen zerstören systematisch Dörfer, sowohl durch Luftangriffe als auch durch bewaffnete Überfälle. Die Zivilbevölkerung wird von der Janjawid systematisch vergewaltigt, getö-

tet und terrorisiert. Regierungstruppen werden beschuldigt an den Gräueltaten ebenfalls beteiligt zu sein. Insgesamt werden 120.000 Menschen direkt oder indirekt durch den Krieg umgekommen sein. 1,8 Mio. Menschen sind bisher geflüchtet, davon 200.000 in den Tschad. Im März beschreibt der UN-Koordinator für den Sudan die Situation als die weltgrößte humanitäre Krise. Am 8. März wird ein Waffenstillstand vereinbart, der jedoch durch beide Seiten regelmäßig gebrochen wird. Die internationale Gemeinschaft drängt die sudanesishe Regierung immer wieder ohne Erfolg die Janjawid zu entwaffnen und den Zugang für humanitäre Hilfe zu erleichtern. Im Juli unterzeichnen Regierung und UNO ein gemeinsames Kommuniqué um gegen Menschenrechtsvergehen vorzugehen und den Zugang zu Darfur für Hilfsorganisationen zu erleichtern. Im gleichen Monat bezeichnet der US-amerikanische Kongress die Vorgänge in Darfur in einer Deklaration als Völkermord und droht mit Sanktionen, falls die sudanesishe Regierung nicht dagegen vorgeht. Die Afrikanische Union (AU) sendet Beobachter nach Darfur. Ende Juli verabschiedet der UNO-Sicherheitsrat eine Resolution mit einem 30-tägigen Ultimatum die Entwaffnung der Janjawid betreffend. Daraufhin finden in Khartoum Demonstrationen gegen internationale Einmischung in den Konflikt statt. Eine neue UNO-Resolution fordert von der sudanesischen Regierung die Zivilbevölkerung zu schützen, ansonsten werden Konsequenzen angedroht. Im September und Oktober finden vermehrt Kämpfe statt. Die AU stockt ihre Truppen auf über 300 auf. Anfang November zwingt die sudanesishe Armee Flüchtlinge aus Flüchtlingslagern nach Hause zurückzukehren. Humanitäre Helfer die dies verhindern wollen werden aus den Lagern verbannt. Die Lage spitzt sich zu. Anfang November zieht UNHCR seine Mitarbeiter aus Darfur ab. Die Konfliktparteien unterzeichnen zur gleichen Zeit Vereinbarungen Sicherheit und humanitäre Bereiche betreffend. Diese Vereinbarungen bricht die Regierung ende November. *lh*


Sudan (SPLA)

Intensität: 3	Veränderung: 	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	Sudanesishe Volksbefreiungsarmee (SPLA) vs. Regierung	
Konfliktgegenstände: Ressourcen, Autonomie		

Obwohl zwischen Februar und April des Jahres vereinzelte, teilweise heftige Gefechte zwischen der SPLA und Regierungstruppen in der Region Western Upper Nile ausgetragen werden, schreitet der Friedensprozess unter Vermittlung der Intergouvernementalen Behörde für Entwicklung (IGAD) voran. Durch die Kämpfe werden rund 30.000 Menschen vertrieben. Beide Konfliktparteien stimmen darüber ein, dass der Süden des Sudan mehr Autonomierechte erhalten soll. Nach wie vor umstritten ist der Status der Regionen Southern Blue Nile, Nuba und insbesondere Abyei, aufgrund der dortigen Erdöl-Vorkommen. auch die Sicherheitsfrage und rechtliche Aspekte sind Teil der Verhandlungen. Seit Januar beginnt die SPLA mit der Demobilisierung einer großen Zahl ihrer Kämpfer, darunter sind auch Kindersoldaten. Zudem vereinbaren beide Parteien im September eine Ausweitung des Waffenstillstands um vorerst drei Monate. Im Oktober äußert sich der Anführer der SPLA-Rebellen, John Garang de Mabior,


zuversichtlich hinsichtlich eines noch für dieses Jahr anberaumten endgültigen Friedensabkommens mit der Regierung in Khartoum. Tatsächlich unterzeichnen am 19. November die sudanesishe Regierung und Vertreter der SPLA während einer Sondersitzung der Vereinten Nationen in der kenianischen Hauptstadt Nairobi ein Abkommen, welches vorsieht, noch vor Jahresende einen dauerhaften Friedensvertrag in Kraft treten zu lassen. Die UNO kündigt derweil dem Sudan ihre Hilfe an, sollte das umfassende Friedensversprechen noch in diesem Jahr umgesetzt und eingehalten werden. Der Krieg in der Region Darfur im Westen des Sudan beeinflusst den Fortschritt der Verhandlungen zwischen der sudanesischen Regierung und der SPLA. Dieser Krieg setzt die sudanesishe Regierung unter Druck den Konflikt im Süden mit der SPLA zu beenden. *de, te*

Swasiland (Opposition)

Intensität: 3	Veränderung: 	Beginn: 2000
Konfliktparteien:	Swasiland Gewerkschaftsföderation (SFTU), Vereinigte Demokratische Volksbewegung (PUDEMO), Swasiland Jugendkongress (SWAYOCO), Juragesellschaft von Swasiland vs. Regierung	
Konfliktgegenstände: nationale Macht, Ideologie / System		

In Afrikas letzter absoluter Monarchie geht das Ringen um ein demokratisches Regierungssystem weiter. Im Juli wird eine Kundgebung der PUDEMO von der Polizei verhindert, wobei mindestens 20 PUDEMO Mitglieder Verletzungen erlitten und sechs Funktionäre inhaftiert werden. Zuvor hatte König Mswati den Swasiland Jugend-Kongress SWAYOCO, eine Unterorganisation der PUDEMO, dafür kritisiert, seine Jahresversammlung im benachbarten Südafrika abgehalten zu haben, und dazu aufgefordert, die Diskussion innerpolitischer Angelegenheiten im eigenen Land zu führen. Zu Kritik und Protesten kam es auch anlässlich Mswatis nationaler Konferenz, vor allem von Seiten des SFTU, der die Veranstaltung ebenso wie die Juragesellschaft von Swasiland boykottierte. SWAYOCO verkündete seine Bestrebungen bis 2008 den Wechsel zu einer demokratisch gewählten Regierung durchzusetzen. Im Juli wandte sich PUDEMO an die Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft (SADC) mit der Forderung nach internationaler Unterstützung und Sanktionen gegen das repressive Königreich. Die Nationale Verfassungsversammlung (NCA), eine Dachorganisation von juristischen, Menschenrechts- und Arbeiterorganisationen ruft das höchste Gericht in Swasiland an, die neue Verfassung des Königs nicht zu billigen. *ms*

Tschad (MDJT)

Intensität: 2	Veränderung: 	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Bewegung für Demokratie und Gerechtigkeit im Tschad (MDJT) vs. Regierung	
Konfliktgegenstand: nationale Macht		

Der Machtkonflikt im Tschad zwischen der Bewegung für Demokratie und Gerechtigkeit im Tschad (MDJT) und der Regierung nähert sich einer Lösung. Die Mehrheit der Rebellen und die Regierung schließen am 14.12.03 ein Friedensabkommen. Nur eine Minder-

heitsfraktion der MDJT erklärt das Abkommen als für sie nicht gültig. *cb*

Uganda (LRA)

Intensität: 4	Veränderung: ↘	Beginn: 1987
Konfliktparteien:	Widerstandsarmee Gottes (LRA) vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	nationale Macht	

Die LRA von Joseph Kony wird von der Regierungsarmee Yoweri Museveni stark unter Druck gesetzt. Die Regierung bietet den Rebellen, die für die Errichtung eines christlichen Gottesstaates kämpfen eine Amnestie an, schließt allerdings deren Anführer aus. Die Armee erzielt militärische Erfolge, die auch aufgrund des Abkommens Ugandas mit dem Sudan zustande kommen, demzufolge die ugandische Armee die LRA seit 2002 in ihre südsudanesischen Rückzugsgebiete verfolgen kann. Am 3. März kämpft die mit Uganda verbündete sudanesischen Rebellenarmee (SPLA) gegen die LRA im Südsudan. Die LRA tötet am 5. Februar 213 Menschen in einem Flüchtlingslager in Distrikt Lira. Bei den darauf folgenden Protesten gegen die Armee, die die Menschen nicht ausreichend geschützt habe, werden fünf Personen von der Polizei getötet. Insgesamt sind in Uganda rund 1,6 Mio. Menschen intern vertrieben. Bis Mai werden von Uganda 211 LRA Rebellen getötet und rund 270 Entführte befreit. Insgesamt wird die LRA für die Entführung von rund 20.000 Kindern während des 18-jährigen Bürgerkriegs verantwortlich gemacht. Die meisten von ihnen werden durch äußerste Brutalität in Sex- und Arbeitssklaverei gezwungen oder werden zu Kindersoldaten gemacht. Nach den militärischen Erfolgen der Regierung signalisiert die LRA ihre Gesprächsbereitschaft, Museveni lehnt dies allerdings am 17. August ab und erklärt Kony zu einem gewöhnlichen Kriminellen. Daraufhin sendet am 26. August der Internationale Strafgerichtshof (ICC) eine Delegation zur Untersuchung der Aktivitäten der LRA nach Uganda. Am 10. November bietet

die LRA erneut Friedensgespräche außerhalb Ugandas an, worauf die Regierung mit Skepsis reagiert, am 15. November jedoch einen einseitigen Waffenstillstand verkündet und diesen am 23. November verlängert. Die Amnestie gilt weiterhin nur für gewöhnliche Angehörige der LRA. *pb*

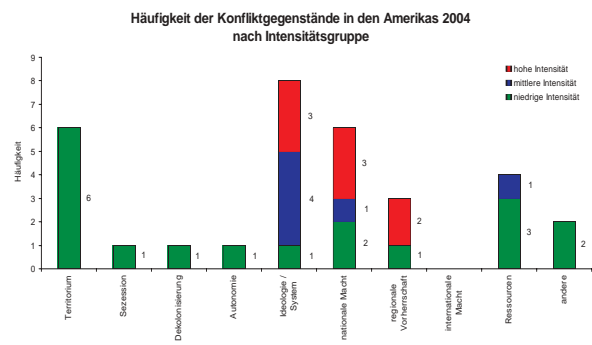
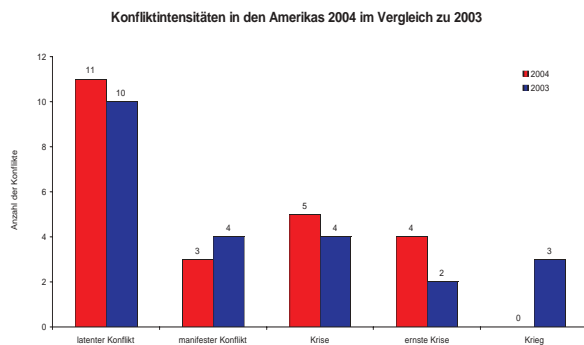
Zentralafrikanische Republik (Patassé)

Intensität: 3	Veränderung: ↓	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Patassé, Meuterer vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	nationale Macht	

In der Zentralafrikanischen Republik führen ehemalige Kämpfer von Präsident Francois Bozizé Überfälle durch. Sie hatten im Bürgerkrieg gegen seinen Rivale, Ange-Felix Patasse, um die nationale Macht gekämpft, bis Bozizé im März 2003 an die Macht kam. Bozizé lässt die loyale Regierungsarmee gegen seine ehemaligen Anhänger kämpfen. Am 23. April kämpfen loyale Truppen gegen Marodeure in der Nähe der Hauptstadt Bangui. Am 28. April zahlt Bozizé den Marodeuren, darunter viele Söldner aus dem Tschad, einen symbolischen Sold. Dies beruhigt die Lage. Trotzdem gehen die Überfälle weiter. Beim schwersten Zwischenfall sterben am 23. November 20 Menschen im Norden des Landes. Rund 41.000 Flüchtlinge bleiben im Tschad aus Angst vor der unsicheren Lage in der Zentralafrikanischen Republik. Die Demilitarisierungsbemühungen der Wirtschaftlichen und Monetären Gemeinschaft der Zentralafrikanischen Staaten (CEMAC) und Frankreichs kommen nur langsam voran. Das Hauptproblem ist die Zirkulation einer großen Menge von Kleinwaffen. Der politische Übergang zu einer legitimierten Regierung verzögert sich ebenfalls. Ein Referendum über eine neue Verfassung wird von Bozizé mehrfach verschoben. Das Referendum ist für den 5. Dezember geplant. Patassé bleibt im togolesischen Exil und bekommt bis zum 24. November keine Einreisegenehmigung. *pb*

Amerika

In der Region Amerika bleibt die Gesamtzahl der Konflikte konstant. Im Vergleich zu 2003 verbleiben auch die Intensitäten der einzelnen Konflikte auf der gleichen Stufe oder sinken mit Ausnahme der innerstaatlichen Konflikte der landlosen Farmer um Ressourcen in Brasilien und der Piqueteros um das politische System in Argentinien. Die immernoch unsichere und angespannte wirtschaftliche Situation in Mittel- und Latein-Amerika ist der Hauptgrund für Instabilitäten in mehreren Staaten des Kontinents. In diesem Zusammenhang werden in Argentinien, der Dominikanischen Republik und Venezuela nach den gewaltsamen Protesten des Vorjahres erneut Regierungspolitiken gefordert, die stärker auf sozialen Ausgleich ausgerichtet sind. Die Grafik zu den Konfliktgegenständen zeigt einen hohen Anteil gewaltsamer Konflikte in der Ideologie/System-Säule. In Kolumbien verlieren die innerstaatlichen Konflikte mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen allen Konfliktparteien an Dynamik - auch wenn die-se wegen der unzureichenden Demobilisierung der Paramilitärs nur mit wenig Erfolg geführt werden. Die Konfliktsituation in Haiti bleibt weiterhin gewaltsam. Bis Haitis Präsident Jean Bertrand Aristide gezwungen worden ist, Anfang Februar ins Exil zu gehen, haben verschiedene Rebellen Gruppen die Kontrolle über große Teile des Haitianischen Territoriums gewonnen. Sämtliche zwischenstaatlichen Konflikte werden nach wie vor ohne den Einsatz von physischer Gewalt ausgetragen.



Argentinien (Piqueteros)

Intensität: 3 Veränderung: ↗ Beginn: 2001
 Konfliktparteien: Piqueteros vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Ideologie / System

Der Konflikt in Argentinien zwischen der Regierung und den Piqueteros, einer Gruppe, die aus verschiedenen Arbeitslosen- und Rentnerbewegungen besteht, geht weiter. Konfliktgegenstand ist die Forderung nach einer auf stärkeren sozialen Ausgleich gerichtete Politik. Die polizeiliche Repression ist immernoch präsent, mehrere Piqueteros und deren Unterstützer werden gefoltert und ermordet. Am 26. Juni und am 2. Juli protestieren mehrere tausend Menschen in Buenos Aires gegen den Mord an drei Piqueteros durch die Polizei. Die Insassen eines Gefängnisses, die nach der Besetzung einer Ölfabrik festgenommen worden sind, klagen am 4. Oktober die Polizei wegen Misshandlung und Folter an. Die Proteste in der zweiten Jahreshälfte richten sich erstmals direkt gegen Präsident Kirchner, der von den Piqueteros bisher als Reformler geachtet wurde. Allerdings gibt es unter Kirchners Präsidentschaft Veränderungen, die den Forderungen der Piqueteros entgegenkommen. *eg*

Bolivien (MAS)

Intensität: 2 Veränderung: ↘ Beginn: 1983
 Konfliktparteien: Bewegung zum Sozialismus (MAS), Gewerkschaften vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: nationale Macht

Der interne Konflikt in Bolivien zwischen den Gewerkschaften, der oppositionellen Partei Bewegung zum Sozialismus (MAS) und der Regierung hält an. Ein Jahr nach dem Sturz des Präsidenten Sánchez de Lozada, bestehen Gewerkschaften und Opposition auf ihrer Forderung von der neoliberalen Wirtschaftspoli-

tik abzuweichen und die vorhandenen Energieressourcen wieder in staatliche Hand zurückzugeben. Die Regierung kann die Konfliktsituation mittels eines Referendums über die nationale Gas-Exportstrategie im Juli teilweise entschärfen. Die Gewerkschaften sprechen dem Referendum jegliche Legitimität ab, da die Wahlbeteiligung niedrig ist. Im Oktober stimmt das Parlament über einen Gesetzentwurf ab, der die Verstaatlichung des Erdgases vorsieht. Der erbitterte Widerstand von Präsident Carlos Mesa und aus Unternehmerkreisen gegen das Gesetzesvorhaben ruft bei der MAS die Befürchtung hervor, dass es zu einem von den Eliten unterstützten Militärputsch kommen könnte. *mz*

Brasilien (MST)

Intensität: 3 Veränderung: ↗ Beginn: 1995
 Konfliktparteien: Bewegung Landloser Bauern (MST) vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Ressourcen

Im Konflikt zwischen der Bewegung Landloser Bauern (MST) und der brasilianischen Regierung kommt es am 22. November zu Ausschreitungen. Bei einer Besetzung von unkultiviertem Land durch die MST werden ihrer fünf Mitglieder von der Polizei erschossen. Die MST fordert agrarwirtschaftliches Land welches angeblich von der Regierung enteignet wurde. Eine Agrarreform ist von der brasilianischen Regierung bislang nicht in Angriff genommen worden. Die Regierung ist nicht in der Lage die Ländereien der Großgrundbesitzer zu teilen, da diese ein enormes wirtschaftliches und politisches Machtpotenzial darstellen. In diesem Konflikt gibt es bisher mehr als 100 Tote. *mk*

Übersicht: Konflikte in Amerika 2004

Konfliktname ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Argentinien - Iran *	Argentinien vs. Iran	andere (AMIA-Anschlag)	1994	•	2
Argentinien (Piqueteros)	Piqueteros, Zivile Opposition vs. Regierung	Ideologie / System	2001	↗	3
Bolivien - Chile, Peru *	Bolivien vs. Chile, Peru	Territorium, Ressourcen	1964	•	1
Bolivien (MAS)	MAS, Gewerkschaften vs. Regierung	nationale Macht	1983	↘	2
Brasilien (MST)	MST vs. Regierung	Ressourcen	1995	↗	3
Dominikanische Republik (Opposition)	Opposition vs. Regierung	Ideologie / System	2003	•	3
Guatemala (PAC)	PAC vs. Regierung	nationale Macht	1962	↘	2
Guyana - Surinam *	Guyana vs. Surinam	Territorium, Ressourcen	2000	•	1
Haiti (Opposition)	Opposition vs. Regierung	nationale Macht	1986	•	4
Kanada (Québec) *	Regionalregierung von Québec vs. Regierung	secession	1945	•	1
Kolumbien (ELN)	ELN vs. Regierung	nationale Macht, Ideologie / System	1961	↘	4
Kolumbien (FARC)	FARC vs. Regierung	regionale Vorherrschaft, Ideologie / System, nationale Macht	1961	↘	4
Kolumbien (Paramilitärs)	AUC vs. Regierung	regionale Vorherrschaft, Ideologie / System	1995	↘	4
Kolumbien - Venezuela *	Kolumbien vs. Venezuela	Territorium (Monjes-Inseln), Ressourcen	1932	•	1
Mexiko (Chiapas) *	EZLN vs. Regierung	regionale Vorherrschaft, andere (Rechte der Indigos)	1994	•	1
Mexiko (Guerrero) *	EPR vs. Regierung	Autonomie	1995	•	1
Nicaragua - Kolumbien *	Nicaragua vs. Kolumbien	Territorium	1980	•	1
Peru (Leuchtender Pfad)	Leuchtender Pfad vs. Regierung	Ideologie / System	1980	•	3
USA - Kuba *	USA vs. Kuba	Ideologie / System	1995	↘	1
USA - Kuba (Guantanamo)*	USA vs. Cuba	Territorium (Guantanamo)	1859	•	1
USA (Puerto Rico) *	USA vs. Puerto Rico	Unabhängigkeit	1943	•	1
Venezuela -Guyana *	Venezuela vs. Guyana	Territorium (Essequibo-Grenze)	1962	•	1
Venezuela (Opposition)	Opposition vs. Regierung	nationale Macht, Ideologie / System	2000	•	3

1) 2) 3) 4) siehe Seite 10: Übersicht: Konflikte in Europa 2004

Dominikanische Republik (Opposition)

Intensität: 3 Veränderung: • Beginn: 2003
 Konfliktparteien: Opposition vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Ideologie / System

Seit März kommt es in der Dominikanischen Republik zu gewaltsamen Unruhen gegen die sozialdemokratische Regierung unter Präsident Hipolito Mejia wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage. Bei den Protesten werden mehr als 20 Menschen getötet. Nach dem der Herausforderer Leonel Fernandez am 16. Mai bei den Präsidentschaftswahlen gewinnt, entspannt sich die Lage. Fernandez war zwischen 1996 und 2000 bereits Präsident der Dominikanischen Republik. In dieser Zeit hatte er die Auslandsverschuldung reduziert und die wirtschaftliche Lage verbessert. In seinem Wahlkampf hat Fernandez eine signifikante Verbesserung der wirtschaftlichen Lage versprochen. *nis*

Guatemala (PAC)

Intensität: 2 Veränderung: ↓ Beginn: 1962
 Konfliktparteien: PAC vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: nationale Macht

Nach den heftigen Unruhen im Vorfeld der Wahlen des vergangenen Jahres ist keine politisch motivierte Gewalt mehr zu beobachten. Der ehemalige Diktator General Rios Montt wird am 14. Mai wegen der Verantwortung für die Anschläge vor der Präsidentschaftswahl 2003 unter Hausarrest gestellt. Gegen Montt liegen Klagen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit während seiner Präsidentschaft Anfang der 1980-er Jahre vor. Der neue Präsident Oscar Berger treibt die Aufarbeitung des seit 1996 offiziell beendeten Bürgerkriegs voran. Ein erster Prozess gegen ehemalige Paramilitärs wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit

beginnt am 20. Oktober. Die unter der Vorgängerregierung zugesagten Entschädigungszahlungen für die Mitglieder der zivilen Selbstverteidigungspatrouillen (PAC) werden vom Verfassungsgericht untersagt. Als Reaktion darauf droht die PAC mit der Besetzung von Wasserkraftwerken und der Blockierung der Hauptverkehrsstraßen. Am 16. November gibt die UNO bekannt, ihre Friedensmission MINUGA zum 31. Dezember zu beenden. *jh*

Haiti (Opposition)

Intensität: 4 Veränderung: • Beginn: 1986
 Konfliktparteien: Opposition vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: nationale Macht

Der Konflikt um die nationale Macht beginnt 1986 mit dem Ende der diktatoralen Herrschaft der Duvalier Familie. Der Konfliktaustrag ist gekennzeichnet von Mordanschlägen, illegalen Verhaftungen, Entführungen, Aufständen und gewaltsamen Protesten. Befürworter und Gegner des ehemaligen Staatspräsidenten Jean-Bertrand Aristide stehen sich gegenüber. Beide Seiten sind extrem heterogen und in sich gespalten. Die Gegner von Aristide reichen von einer politischen Opposition über Bürgervereinigungen bis zu Rebellen Gruppen. Auf der Seite von Aristide stehen u.a. seine Partei Fanmi Lavalas und die Milizengruppe Chimera. Die Präsenz der internationalen Gemeinschaft in Haiti ist nach wie vor sehr hoch. Die UNO, CARICOM, OAS und die USA sowie Frankreich bemühen sich 2004 um Vermittlungen und um die Stabilisierung der haitianischen Gesellschaft. Anfang Februar eskaliert der Konflikt, als Rebellen die nordhaitianische Stadt Gonaive einnehmen, um den Rücktritt von Staatspräsident Aristide zu erzwingen. Innerhalb eines Monats

nehmen Rebellengruppen fünf von neun haitianischen Regionen gewaltsam ein. Der Einmarsch der Rebellen in die Hauptstadt Port-au-Prince Ende Februar bewirkt, dass Aristide das Land am 29. Februar verlässt und ins Exil geht. Bei den Kämpfen im Februar und Anfang März sterben mindestens 100 Menschen. Die UNO-Mission Multinationale Streitmacht (MIF) bleibt daraufhin drei Monate länger im Land und wird am 1. Juni durch die von Brasilien geführte Blauhelmtrooppe Vereinte Nationen Stabilisierungsmission für Haiti (MINUSTAH) ersetzt. Am 9. März wird eine Übergangsregierung mit dem Premierminister Gerard Latortue eingesetzt. Seitdem herrscht ein Machtvakuum. Am 30. September eskaliert die Gewalt erneut in Gonaïve durch die von den Chimères begonnene Operation Bagdad mit der sie für den Verbleib von Aristide im Amt kämpfen. Die Opposition lehnt die Übergangsregierung ab und die Aristide-Gegner sprechen sich gegen Neuwahlen aus. Infolge dieser Auseinandersetzungen sterben mindestens 50 Menschen. *jl*

Kolumbien (ELN)

Intensität: 4	Veränderung: ↘	Beginn: 1961
Konfliktparteien:	Nationale Befreiungsarmee (ELN) vs. Regierung	
Konfliktgegenstände: nationale Macht, Ideologie / System		

Der Konflikt zwischen der linksgerichteten Rebellenorganisation Nationales Befreiungsheer (ELN) und der Regierung verliert an Intensität. Die erste Jahreshälfte ist noch von Bombenanschlägen und Entführungen seitens der ELN geprägt. Am 1. Juni entführt die ELN erstmals nach zwei Jahren 17 Touristen, was die zuvor vereinbarten Verhandlungen schwierig gestaltet. Mit der Freilassung der Touristen beginnen die Verhandlungen, welche zu einem Waffenstillstand am 4. Juni führen. Am 9. Juli reagiert die Regierung auf ein Angebot der ELN und akzeptiert Mexiko als Vermittler zwischen den beiden Konfliktparteien. Bei einem Überfall von ELN Guerrilleros am 17. November werden neun Polizisten getötet. *fs*

Kolumbien (FARC)

Intensität: 4	Veränderung: ↘	Beginn: 1961
Konfliktparteien:	Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens (FARC) vs. Regierung	
Konfliktgegenstände: regionale Vorherrschaft, Ideologie / System, nationale Macht		

Der Konflikt zwischen Kolumbiens größter Rebellenorganisation Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens (FARC) und der Regierung besteht weiter. Zu Beginn des Jahres beginnt die Regierung im Süden des Landes mit der Offensive Patriotischer Plan gegen die FARC. Bei der Offensive werden 167 Rebellen getötet und 123 verwundet. Am 6. Mai wird ein Kommandeur der links gerichteten Rebellen zu 35 Jahren Gefängnis verurteilt. Mit Alfonso Cano wird ein Machtwechsel an der Spitze der FARC vollzogen, der Manuel Marulanda nachfolgt. Eine Intensivierung des Konfliktaustrags ist im Folgenden zu beobachten. Im Laufe des Jahres kommt es zu heftigen Kämpfen zwischen Rebellen und Regierungstruppen. Am 12. August überfallen die FARC- Rebellen Bauern, die angeblich für rechtsgerichtete Paramilitärs arbeiten, mindestens zehn von ihnen werden getötet. Bombenanschläge und Entführungen werden von der FARC weiter systematisch eingesetzt. Am 29. Oktober schlägt Präsident Alvaro Uribe

einen Austausch von 60 Gefangenen bzw. Geiseln vor. Die Verhandlungen darüber scheitern weil die Regierung den Rebellen kein Rückzugsgebiet zugesteht um den Gefangenen austausch verhandeln zu können. Am 30. Oktober übergibt Uribe erneut ein Verhandlungsangebot, welches durch die Schweizer Regierung an die FARC übermittelt wird. Am 1. November kommt es - als symbolische Geste - zur Freilassung von vier FARC-Geiseln. Eine Verhandlungsrunde auf neutralem Territorium wird vereinbart. *fs*

Kolumbien (Paramilitärs)

Intensität: 4	Veränderung: ↘	Beginn: 1995
Konfliktparteien:	Vereinigte Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens (AUC) vs. Regierung	
Konfliktgegenstände: regionale Vorherrschaft, Ideologie / System		

Der Konflikt zwischen den rechtsgerichteten Vereinigten Selbstverteidigungskräften Kolumbiens (AUC) und der Regierung verliert an Intensität. Der seit 1995 bestehende Konflikt wird um die regionale Vorherrschaft geführt. Die paramilitärischen Kräfte finanzieren sich weitgehend mit der Produktion und dem Verkauf von Drogen. Am 20. April kommt es zu ersten Verhandlungen zwischen Regierung und AUC über die Demobilisierung von 1,300 Paramilitärs. Kurz darauf wird der AUC Gründer Carlos Castano von Unbekannten ermordet. Am 14. Mai wird ein Abkommen zwischen AUC und der Regierung unterzeichnet, welches den Paramilitärs eine Zone gewährt, in der die zuvor vereinbarte Waffenruhe überwacht werden soll. Im Gegenzug setzt Präsident Alvaro Uribe die Haftbefehle für Anführer der AUC außer Kraft. Am 1. Juli werden konkrete Verhandlungen über die Demobilisierung eines teils des AUC aufgenommen. Ergebnis dieser zweiten Verhandlungsrunde ist die Schaffung einer zweiten Sonderzone für die Paramilitärs. Bei einer Offensive gegen Paramilitärs, die sich aus der AUC gelöst haben, werden 27 Paramilitärs getötet und 97 gefangen genommen. Am 4. November beginnt die AUC einen Teil ihrer bewaffneten Kämpfer zu demobilisieren, dieser Prozess verläuft jedoch schleppend. Die Regierung plant, ehemalige Paramilitärs wieder in die Gesellschaft zu integrieren. *fs*

Peru (Leuchtender Pfad)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1980
Konfliktparteien:	Leuchtender Pfad vs. Regierung	
Konfliktgegenstand: Ideologie / System		

Der Konflikt zwischen der maoistischen Guerilla Leuchtender Pfad und der peruanischen Regierung um die Orientierung des politischen Systems hält an. Die Guerilla wurde 1980 von Abdel Guzman gegründet. Seit seiner Verhaftung im Jahr 1992 haben die Aktivitäten des Leuchtenden Pfads stark abgenommen. Die Wiederaufnahme des Gerichtsverfahrens gegen Guzman am 5. November wird von Protesten seitens der Bevölkerung begleitet, die eine harte Strafe fordert. Die Guerilla fordert eine Amnestie für ihre Anhänger. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen werden vereinzelte Anschläge auf Polizeistationen verübt und Straßen blockiert. Dabei werden am 6. Juni zwei Polizisten getötet. Zudem nimmt die peruanische Polizei Anhänger des Leuchtenden Pfads fest, die beschuldigt werden, sich in das peruanische Schulsystem eingeschleust zu haben. *jl*

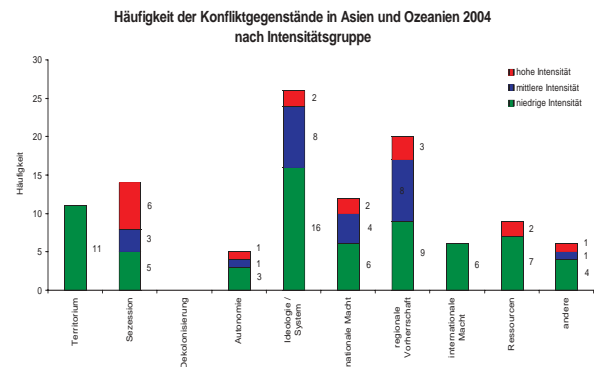
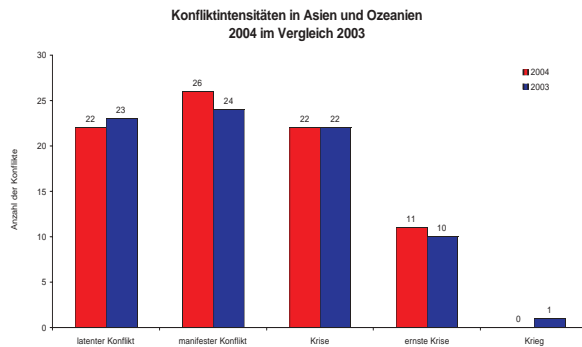
Venezuela (Opposition)

Intensität: 3 Veränderung: • Beginn: 2000
Konfliktparteien: Opposition vs. Regierung
Konfliktgegenstände: nationale Macht, Ideologie / System

Die venezolanische Opposition, bestehend aus Unternehmensverbänden, Gewerkschaften und anderen politischen Gruppierungen, fordert ein Referendum über den Verbleib von Präsident Hugo Chavez als amtierender Präsident. Bis nach dem Ergebnis des Referendums im August kommt es zu gewaltsamen Demonstrationen für und gegen Chavez. Am 19. Dezember 2003 reicht die Opposition 3,4 Millionen Unterschriften für die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen Chavez ein. Am 25. Februar erklärt die nationale Wahlkommission einen Teil der Stimmen für ungültig, womit die Erzwingung des Referendums unmöglich wird. Am 2. März gibt die Kommission bekannt, dass nach der Prüfung der Unterschriften nun die nötige Anzahl für ein Referendum vorhanden ist. Am selben Tag kommt es in Caracas zu Straßenkämpfen zwischen der Nationalgarde und Demonstranten. Die Wahlkommission gibt am 6. Juni bekannt, dass sich Präsident Chavez am 15. August einem Referendum über die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens stellen muss. In diesem Referendum wird Chavez mit 58 Prozent der Stimmen als Präsident im Amt bestätigt. Die Opposition erkennt das Ergebnis der Volksabstimmung nicht an. Unabhängige Wahlbeobachter des Jimmy Carter Centers und der OAS können keine Unregelmäßigkeiten feststellen. *snm*

Asien und Ozeanien

Asien und Ozeanien ist im Jahre 2004 die Region mit den insgesamt meisten Konflikten. Von den sich hier ereignenden 81 Konflikten laufen 46 auf einer niedrigen, 23 auf einer mittleren und zwölf auf einer hohen Intensitätsstufe. Der auffallendste Aspekt der Ergebnisse ist, dass in diesem Jahr in der Region kein Krieg zu beobachten ist. Der Aceh-Konflikt in Indonesien, der im vergangenen Jahr noch als Krieg zu bewerten war, stellt dieses Jahr eine ernste Krise dar. Während die Zahl der Krisen im Vergleich zu 2003 exakt gleich geblieben ist, hat die Anzahl latenter Konflikte um einen abgenommen, die Zahl der manifesten Konflikte hingegen um zwei, die der ersten Krisen um einen zugenommen. Der größte Teil aller laufenden Konflikte in Asien und Ozeanien dreht sich um Ideologie/System - Konflikte, die zu mehr als 50 Prozent gewaltfrei geführt werden. Ein anderer weit verbreiteter Konfliktgegenstand ist die regionale Vorherrschaft, gefolgt von Sezession und Territorium. Entgegen den Erwartungen werden Konflikte um Territorium und internationale Macht in diesem Jahr ohne Gewalt geführt. Den größten Anteil an hoch gewaltsamen Konflikten weist die Gruppe der Sezessionskonflikte auf.



Bangladesch (Awami-Liga)

Intensität:	3	Veränderung:	•	Beginn:	1991
Konfliktparteien:		Awami-Liga vs. Regierung			
Konfliktgegenstand:	nationale Macht				

Nachdem am 27.08.03 ein Führer der oppositionellen Awami-Liga ermordet worden ist, ereignen sich im darauf folgenden September Großstreiks und Massendemonstrationen. Die Awami-Liga ruft Generalstreiks im Februar sowie Anfang und Ende April aus. Dabei kommt es zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei. Mehr als 5.000 Personen werden festgenommen. In einer Reihe von Explosionen während einer Veranstaltung der Awami-Liga werden am 21. und 22. August 18 Menschen getötet und etwa 200 verletzt. Wer die Handgranatenanschläge zu verantworten hat, bleibt unklar, auch wenn vieles auf einen islamistischen oder regierungsnahen Hintergrund deutet. Die Opposition beschuldigt die Regierung, islamistische Tendenzen zu haben. In Folge der Anschläge brechen am 22. August landesweite Unruhen aus. Aufrührer setzen einen Zug in Brand. Erneute Generalstreiks bringen das Land am 24., am 28. und wieder am 30. August zum Stillstand. *ak, ct*

Bangladesch (Chittagong Hill Tracts)

Intensität:	2	Veränderung:	•	Beginn:	1947
Konfliktparteien:	Stämme in den Chittagong Hill Tracts, Shanti Bahini, Parabotya Chattagram Jana Sanghati Samity vs. Regierung				
Konfliktgegenstand:	Autonomie				

Der Konflikt zwischen der Regierung von Bangladesch und den Stämmen in den Chittagong Hill Tracts (CHT) wurde Jahrzehnte lang blutig geführt, bis 1997 eine Einigung zwischen der Regierung und der militanten Shanti Bahini erzielt worden ist. Am 02.12.03 sowie 19. bis 20. Januar wurde die Region durch eine friedliche Blockade der Hauptverkehrs-

wege durch die Parabotya Chattagram Jana Sanghati Samity als größter Partei in den CHT vom Rest des Landes abgeschnitten. Die Demonstranten fürchten darum, dass die Regierung von Bangladesch die Friedenseinigung nicht einhält und weisen darauf hin, dass die Polizeipräsenz in den CHT mittlerweile einer Besatzung gleiche. *ak, ct*

Bhutan (indische Separatisten)

Intensität:	4	Veränderung:	↑	Beginn:	1992
Konfliktparteien:	Vereinigte Befreiungsfront von Assam (ULFA), Nationale Demokratische Front von Bodoland (NDFB), Kamtapur-Befreiungsorganisation (KLO) vs. Regierung				
Konfliktgegenstand:	regionale Vorherrschaft				

Im Dezember 2003 führt die Regierung Bhutans einen Angriff gegen die separatistischen Gruppen Ostindiens der ULFA, NDFB und KLO durch. Sie beschuldigt sie, über 30 Lager im Süden an der Grenze zu Indien zu haben. Diese Gruppen verüben Anschläge in Indien und ziehen sich nach Bhutan zurück. Jahrelang hat die Regierung Indiens Druck auf Bhutan ausgeübt, die Separatisten von seinem Territorium zu vertreiben. Nach mehreren Ultimaten mit dem Ziel, die Rebellen dazu zu veranlassen, freiwillig die Lager zu verlassen, beginnt am 15.12.03 der Angriff auf die Lager. Dieser Militäreinsatz wird mit aktiver Unterstützung Indiens durchgeführt. Indien sperrt am 16. Dezember die Grenze zu Bhutan, damit die Rebellen nicht nach Ostindien fliehen können. Der Angriff endet Ende Dezember mit über 140 Toten und 1.000 Verletzten. Unter den Opfern befinden sich auch Zivilisten. Die Situation bleibt angespannt. *yf*

Übersicht: Konflikte in Asien und Ozeanien 2004

Konfliktname ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Bangladesch - Indien *	Bangladesch vs. Indien	Territorium, Ressourcen (Wasser)	1971	↓	1
Bangladesch - Myanmar *	Bangladesch vs. Myanmar	Ressourcen	1991	•	2
Bangladesch (Awami-Liga)	Awami-Liga vs. Regierung	nationale Macht	1991	•	3
Bangladesch (Chittagong Hill Tracts)	Stämme in den CHT, Shanti Bahini, Parabotya Chattagram Jana Sanghati Samity vs. Regierung	Autonomie	1947	•	2
Bhutan (indische Separatisten)	ULFA, NDFB, KLO vs. Regierung	regionale Vorherrschaft	1992	↑	4
China - Indien	China vs. Indien	Territorium, internationale Macht	1947	•	1
China - Taiwan	China vs. Taiwan	internationale Macht, Ideologie / System	1949	•	2
China - Vietnam *	China vs. Vietnam	Territorium	1945	•	1
China - Vietnam u.a.	Brunei vs. China vs. Indonesien vs. Malaysia vs. Philippinen vs. Singapur vs. Taiwan vs. Vietnam	Territorium (Spratly-Inseln), Ressourcen	1945	•	2
China (Falun Gong)	Falun Gong vs. Regierung	Ideologie / System	1999	•	2
China (Hui)	Hui vs. Regierung, Han	other	2004	NEU	4
China (pro-demokratische Parteien Hongkongs)	pro-demokratische Parteien Hongkongs, Bürger- und Menschenrechtsfront vs. Regierung, Regionalregierung Hongkongs	Autonomie, Ideologie / System	1999	•	2
China (Tibet)	tibetische Regierung im Exil, tibetische Separatisten vs. Regierung	Ideologie / System, Sezession	1912	•	2
China (Xinjiang) *	Islamische Bewegung Ost-Turkestan vs. Regierung	Ideologie / System, Sezession	1990	•	3
Fidschi (ethnische Gruppen) *	ethnische Fidschianer vs. indische Wirtschaftselite	Ideologie / System	1987	•	2
Indien (Assam)	NDFB, BLTF, ULFA vs. Regierung	Sezession, Ressourcen	1979	↗	4
Indien (Ayodhya)	Muslimen vs. Hindus	regionale Vorherrschaft	1853	•	2
Indien (Bodos - Santhals)*	Nationale Demokratische Front von Bodoland vs. Santhals	regionale Vorherrschaft	1954	•	2
Indien (Dimasa - Hmar) *	Hmar vs. Dimasa	regionale Vorherrschaft	1987	↓	2
Indien (Gujarat) *	muslimische Minderheit vs. Regierung, Hindu-Mehrheit	regionale Vorherrschaft	1987	↘	2
Indien (Kaschmir)	kaschmirische und pakistanische Rebellen vs. Regierung	Sezession	1947	•	4
Indien (LTTE) *	Befreiungstiger von Tamil Eelam vs. Regierung	andere	1987	•	1
Indien (Nagaland)	NSCN, NNC vs. Regierung	Sezession, regionale Vorherrschaft	1947	•	4
Indien (Nagas - Kukis) *	Nationaler Sozialistischer Rat von Nagaland (NSCN) vs. Kuki-Nationalfront (KNF), Regierung	regionale Vorherrschaft	1947	•	2
Indien (Naxaliten)	PWG, MCC vs. Regierung	Ideologie / System	1997	↘	3
Indien (Sikhs) *	Sikhs, Akali-Dal-Partei, Befreiungskräfte Khalistan vs. Regierung	religiöse Vorherrschaft, Autonomie	1929	•	1
Indien (Tripura)	ATTF, NSCN, TVF, NLFT, NRTG, Burmesische Naga-Separatisten vs. Regierung	Sezession	1980	↘	3
Indien (ULFA - Biharis, Bengalis)	ULFA vs. Biharis, Bengalis	regionale Vorherrschaft	1983	•	3
Indonesien (Aceh)	GAM vs. Regierung	Sezession, Ressourcen	1953	↘	4
Indonesien (Jemaah Islamiah)	Jemaah Islamiah vs. Regierung	nationale Macht	2002	•	3
Indonesien (Kalimantan) *	Dayaks vs. Maduresen	regionale Vorherrschaft	1997	•	1
Indonesien (Molukken)	Laskar Dschihad, Muslimen vs. Christen	regionale Vorherrschaft	1998	•	3
Indonesien (Papua) *	Organisation Freies Papua vs. Regierung	Sezession, Ressourcen	1949	↓	1
Indonesien (Reformasi) *	Reformasi vs. Regierung	Ideologie / System	1997	•	1
Indonesien (Sulawesi)	Christen vs. Muslimen, Laskar Dschihad, JI	regionale Vorherrschaft	1998	•	3
Japan - China *	Japan vs. China	Territorium (Senkaku-/ Diaoyu-Inseln), Ressourcen	1972	•	2
Japan - Russland	Japan vs. Russland	Territorium (Kurilen)	1945	•	1
Japan - Südkorea *	Japan vs. Südkorea	Territorium (Takeshima-/ Tokto-Inseln)	1945	•	1
Kambodscha (CFF) *	Kambodscha Freiheitskämpfer vs. Regierung	nationale Macht, Ideologie / System	2000	•	1
Kambodscha (CPP, FUNCINPEC, SRP)	CPP vs. FUNCINPEC, SRP	nationale Macht, Ideologie / System	1979	•	3
Kambodscha (Khmer Rouge) *	Khmer Rouge vs. Regierung	nationale Macht	1967	•	1
Kasachstan (Opposition)	Opposition vs. Regierung	Ideologie / System	2004	NEU	1
Laos (LCMD, CIDL)	LCMD, CIDL vs. Regierung	Ideologie / System, Autonomie, nationale Macht	1975	•	4
Malaysia (ethnische Chinesen) *	ethnische Chinesen vs. Malayen	nationale Macht	1946	•	1
Malaysia (KMM) *	Kumpulan Mudschahedin Malaysia vs. Regierung	Ideologie / System	1998	•	2
Malediven (MDP)	MDP vs. Regierung	Ideologie / System	1978	↑	3
Myanmar (demokratische Opposition)	NLD, NCGUB, ABSDF, ABFSU vs. Regierung	Ideologie / System, nationale Macht	1962	↘	2
Myanmar (Minderheiten)	KNU, KNDO, SSA, KIO, KNPP, NMSP, MRA, NNLD vs. Regierung, DKBA, UWSA	Sezession	1948	•	4
Myanmar (Rohingya)	Rohingyas vs. Regierung	andere (Unterdrückung)	1948	•	3
Nepal - Bhutan	Nepal vs. Bhutan	andere (Flüchtlinge)	1986	↗	2

Konfliktname ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Nepal (Maoisten)	CPN-M vs. Regierung	Ideologie/ System, nationale Macht	1990	•	4
Nepal (Opposition)	Opposition vs. Regierung	Ideologie/ System	2002	↗	2
Nordkorea - Südkorea	Nordkorea vs. Südkorea	internationale Macht, Ideologie / System	1948	•	2
Nordkorea - USA, Japan	Nordkorea vs. USA, Japan	internationale Macht, Ideologie / System	1993	•	1
Osttimor - Australien	Osttimor vs. Australien	Territorium, Ressourcen	2002	•	2
Pakistan - Indien	Pakistan vs. Indien	Territorium (Kaschmir), internationale Macht	1947	↓	2
Philippinen (Abu Sayyaf)	Abu Sayyaf vs. Regierung	Sezession	1991	•	3
Philippinen (MILF)	MILF vs. Regierung	Sezession , Ideologie/ System	1977	↓	2
Philippinen (NPA, CPP)	Nationale Volksarmee, Kommunistische Volkspartei vs. Regierung	Ideologie/ System	1968	•	3
Singapur - Malaysia *	Singapur vs. Malaysia	internationale Macht, Territorium	1963	•	1
Singapur (Jemaah Islamiah) *	Jemaah Islamiah vs. Regierung	Ideologie/ System	1999	•	2
Singapur (Malayen) *	Malayen vs. Regierung	andere	1963	•	1
Solomonen (IFM - MEF) *	Isatuba Freiheitsbewegung (IFM) vs. Malaitan Adlerkräfte (MEF)	nationale Macht, Ressourcen	1998	↓	1
Sri Lanka (Jamayathul Ulama - Sufis)	Jamayathul Ulama vs. Sufis	regionale Vorherrschaft	1978	↑	3
Sri Lanka (LTTE)	LTTE vs. Regierung	Autonomie	1976	•	3
Sri Lanka (LTTE - EPDP) *	Befreiungstiger von Tamil Eelam vs. Demokratische Partei des Eelam-Volkes	regionale Vorherrschaft	1986	•	3
Sri Lanka (LTTE - JVP) *	Befreiungstiger von Tamil Eelam vs. Janatha Vimukthi Peramuna	Sezession	1976	•	1
Sri Lanka (LTTE - PLOTE)*	Befreiungstiger von Tamil Eelam vs. Volksbefreiungsorganisation von Tamil Eelam	regionale Vorherrschaft	1979	•	2
Sri Lanka (LTTE-Ost - LTTEE) *	LTTE-Ost vs. LTTE	regionale Vorherrschaft	2004	NEU	4
Sri Lanka (LTTE, Tamilen - SLMC, Muslime)	LTTE, Tamilen vs. SLMC, Muslime	regionale Vorherrschaft	1976	•	3
Sri Lanka (religiöse Gemeinschaften)	singhalesische Nationalisten, konservativer buddhistischer Klerus vs. Muslime, Christen, Tamilen	regionale Vorherrschaft	1948	↗	3
Sri Lanka (singhalesische Nationalisten) *	singhalesische Nationalisten, Jathika Hela Urumaya, konservativer buddhistischer Klerus vs. Regierung	Ideologie / System	1948	↗	3
Sri Lanka (SLMC) *	Sri-lankischer Muslim-Kongress vs. Regierung	andere	1981	•	1
Sri Lanka (Hochland-Tamilen) *	Hochland-Tamilen vs. Regierung, singhalesische Nationalisten	regionale Vorherrschaft	1948	↑	3
Tadschikistan (Islamisten) *	Islamisten vs. Regierung	Ideologie / System	1997	•	3
Thailand - Kambodscha *	Thailand vs. Kambodscha	Territorium, internationale Macht	1954	↘	1
Thailand (Nördliche Hügelstämme) *	Nördliche Hügelstämme, Stammesversammlung von Thailand vs. Regierung, ethnische Thais	regionale Vorherrschaft	1955	•	1
Thailand (Südliche Grenzprovinzen)	muslimische Separatisten vs. Regierung	Sezession	1785	↗	4
Tonga (HRDM) *	Menschenrechts- und Demokratiebewegung vs. Regierung	Ideologie / System, nationale Macht	1970	•	2
Usbekistan (IMU)	IMU vs. Regierung	Ideologie / System, nationale Macht	1997	•	3
Vietnam (KKNLF)	KKNLF vs. Regierung	Sezession, Ideologie / System	2002	•	2

1) 2) 3) 4) siehe Seite 10: Übersicht: Konflikte in Europa 2004

China - Indien

Intensität : 1 Veränderung: • Beginn: 1947
 Konfliktparteien: China vs. India
 Konfliktgegenstände: internationale Macht, Territorium

Die Beziehungen zwischen China und Indien verbessern sich weiter. Sie treffen sich drei Mal zwischen Januar und Juli, um den Grenzkonflikt zu lösen. China beansprucht 90.000 qkm des von Indien regierten Landes im Osten Indiens, Indien seinerseits das Aksai Chin, ein 38.000 qkm großes Himalayaplateau im Westen. Momentan stehen sich die beiden Parteien an der Waffenstillstandsgrenze der Tatsächlichen Kontrollgrenze (LAC) gegenüber. *cbo*

China - Taiwan

Intensität : 2 Veränderung: • Beginn: 1949
 Konfliktparteien : China vs. Taiwan
 Konfliktgegenstände : internationale Macht, Ideologie / System

Betreffend die Wiederwahl von Taiwans Präsident Chen Shui-bian am 20. März kommt es zu erneuten di-

plomatischen Streitigkeiten mit China. Dies liegt an Chens Drohung, die Wahl mit einem Referendum über die Unabhängigkeit Taiwans zu verbinden. Die Durchführung des Referendums wäre für China inakzeptabel gewesen. China droht demzufolge mit einer Invasion Taiwans. Im Laufe des Jahres beruhigt sich die Situation wieder. Die üblichen militärischen Abschreckungsmanöver werden dennoch abgehalten. *hb*

China - Vietnam - u.a.

Intensität: 1 Veränderung: • Beginn: 1945
 Konfliktparteien: Brunei vs. China vs. Indonesien vs. Malaysia vs. Philippinen vs. Singapur vs. Taiwan vs. Vietnam
 Konfliktgegenstände: Territorium (Spratley- und Paracel-Inseln), Ressourcen

Der Konflikt zwischen den Anrainerstaaten des Südchinesischen Meeres dreht sich um die Souveränität über die Spratly- und Paracel-Inseln. Insbesondere gefährdet Vietnam den stillschweigenden Status quo, indem es ab April trotz Protesten von Seiten Chinas tou-

ristische Bootsfahrten zu den Spratly-Inseln anbietet und im Mai einen alten Flughafen in dem gleichen Gebiet saniert. *ct, hb*

China (Falun Gong)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1999
Konfliktparteien:	Falun Gong vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Ideologie / System	

Mitglieder der von der Regierung verbotenen Falun-Gong-Sekte werden juristisch verfolgt. Es kommt zu keinen Gewaltakten. Vor allem im Ausland demonstrieren Anhänger von Falun Gong gegen die Anerkennung der kommunistischen Regierung. *mo*

China (Hui)

Intensität: 4	Veränderung: NEU	Beginn: 2004
Konfliktparteien:	Hui vs. Regierung, Han	
Konfliktgegenstand:	andere	

Seit Mitte Oktober 2004 ereignen sich in den Provinzen Henan und Sichuan blutige Auseinandersetzungen zwischen Han-Chinesen und der ethnischen Hui-Minderheit. Die muslimischen Hui, die im Schnitt deutlich ärmer sind als die Han-Mehrheit, protestieren gegen ein von der Zentralregierung durchgeführtes Staudamm-Projekt. Dieses Projekt bringt für zahlreiche Hui-Bauern eine Zwangsumsiedlung mit sich. In Henan kommt es ausgehend von einem Verkehrsunfall zu tagelangen blutigen Unruhen zwischen Hui-Chinesen und Han-Chinesen. Die Lage zwischen den ethnischen Gruppen bleibt angespannt. Immer wieder kommt es zu Unruhen, die von Militär und Polizei unterdrückt werden. *mo*

China (pro-demokratische Parteien Hongkongs)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1999
Konfliktparteien:	pro-demokratische Parteien Hongkongs, Bürger- und Menschenrechtsfront vs. Regierung, Regionalregierung von Hongkong	
Konfliktgegenstände:	Autonomie, Ideologie / System	

Am 10. September finden in Hongkong Wahlen zur Legislative statt. Im Gegensatz zu den Erwartungen können die pro-demokratischen Parteien ihren Stimmenanteil nicht signifikant erhöhen, während die Parteien, die auf der Seite Pekings stehen, ihre Mehrheit im Legislativrat halten. Im Januar, April und Juli finden mehrere Massendemonstrationen gegen die Weigerung der chinesischen Zentralregierung statt, im Jahr 2007 direkte Wahlen zuzulassen und allgemein demokratische Reformen durchzuführen. Allein am 1. Juli demonstrieren 250.000 bis 530.000 Demokratieführer. Die Politik Chinas gegenüber Hongkong wird sowohl von Großbritannien als auch von den USA mehrfach und deutlich kritisiert. *asr, ct*

China (Tibet)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1912
Konfliktparteien:	tibetische Regierung im Exil, tibetische Separatisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Ideologie / System, Sezession	

Im Konflikt um den Status von Tibet versucht die chinesische Regierung weiterhin das internationale Ansehen des Dalai Lama zu verschlechtern, Tibets geistigem und politischem Führer. China macht Druck auf andere Regierungen, ihn nicht zu empfangen. Dieser

Druck ist teilweise erfolgreich. Der Dalai Lama mahnt wiederholt zur friedlichen Lösung des Konfliktes. In Tibet bleibt die Situation friedlich. *mo*

Indien (Assam)

Intensität: 4	Veränderung: ↗	Beginn: 1979
Konfliktparteien:	Nationale Demokratische Front von Bodoland (NDFB), Bodo Stammes-Befreiungskräfte (BLTF), Vereinte Befreiungsfront von Assam (ULFA) vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession, Ressourcen	

Wiederholt kommt es im Konflikt um die Unabhängigkeit des erdgasreichen indischen Bundesstaates Assam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen separatistischen Rebellen und der indischen Armee. Am 16. Juli sabotieren ULFA-Kämpfer eine Gas-Pipeline. Besonders der August und der Oktober sind durch eine Reihe von Granaten- und Bombenanschlägen gekennzeichnet. In einem Anschlag der NDFB sterben elf Menschen, mehr als 30 werden verletzt. Am 21. November bietet die Unionsregierung der NDFB und der Regierung von Assam Gespräche an, schließt aber Zugeständnisse gegenüber der ULFA hinsichtlich einer Abtrennung aus. *ak, ct*

Indien (Ayodhya)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1853
Konfliktparteien:	Hindus vs. Muslime	
Konfliktgegenstand:	regionale Vorherrschaft	

Der Austrag des Konflikts zwischen Hindus und Muslimen über die regionale Vorherrschaft in Ayodhya wird von juristischen Mitteln dominiert. Mitglieder der landesweiten extremen Hindupartei Bharatiya-Janata-Partei (BJP) und der landesweiten extremistischen Hinduorganisation Vishwa Hindu Parishad (VHP) stehen bezüglich der Zerstörung der Babri-Moschee 1992 vor Gericht. Die Auseinandersetzung bleibt gewaltfrei. Im Januar treffen sich Vertreter der landesweiten radikalen Hinduorganisation Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS), deren politischer Arm die BJP ist, und der muslimischen Organisation Gamaat Ulama-e-Hind zu klärenden Gesprächen. *cbo*

Indien (Kaschmir)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1947
Konfliktparteien:	kaschmirische und pakistanische Rebellen-Gruppen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Die von Indien und Pakistan durchgeführten Friedensverhandlungen im Jahr 2004 implizieren keine nachfolgende Deeskalation des innerindischen Konfliktes zwischen der indischen Regierung und militanten Separatisten in Jammu und Kaschmir. Während des gesamten Jahres verüben verschiedene Rebellen-Gruppen wöchentlich Anschläge in Kaschmir, bei denen zahlreiche Zivilisten getötet werden. Zudem werden Rebellen, die die Kontrolllinie von Pakistan nach Indien überqueren, von indischen Grenzsicherheitskräften erschossen. Am 22. Januar treffen sich Vertreter der All-Parteien-Hurriyat-Konferenz (APHC) mit dem indischen Vize-Premierminister Lal Krishna Advani in Delhi, um eine Lösung zu finden. Die gegenseitigen Angriffe von Rebellen und Streitkräften intensivieren sich im Juli im Vorfeld der Wahlen in Indien. Am 16. November besucht der indische Premierminister Manmohan Singh Jammu und Kaschmir und kündigt die teil-

weise Entmilitarisierung der Region an. Dieser Plan berücksichtigt nicht den Abzug der paramilitärischen Kräfte. Ende November beginnt Indien mit dem Rückzug einer symbolischen Anzahl von Soldaten. *yf*

Indien (Nagaland)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1947
Konfliktparteien:	Nationaler Sozialistischer Rat von Nagaland (NSCN), Naga-Nationalrat (NNC) vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession, regionale Vorherrschaft	

Die Auseinandersetzungen um eine Ausweitung des Territoriums und die Unabhängigkeit des indischen Bundesstaats Nagaland halten weiter an. Neben den Unruhen in Nagaland selbst breiten sich die Angriffe auch auf die angrenzenden Staaten Assam und Manipur aus. Im Januar greift das burmesische Militär an der indisch-burmesischen Grenze Separatisten des NSCN an und tötet dabei fünfzehn Burmesen und drei Separatisten des NSCN. Die indische Regierung gibt im September bekannt, zu Gesprächen mit einer Faktion des NSCN bereit zu sein, ohne ein genaues Datum zu benennen. Ein Jahr zuvor hatte die Khaplang-Faktion des NSCN einen Waffenstillstand erklärt. Bei einer Reihe von Angriffen auf wichtige Städte in Nagaland und im angrenzenden Assam werden 48 Personen getötet. Anfang Oktober sterben bei Bombenexplosionen in einem Bahnhof und einem lokalen Treffpunkt der Stadt Dimapur 28 Menschen und über einhundert Personen werden verletzt. Nachdem am 22. Oktober die Separatisten des NSCN Gesprächen mit der indischen Regierung zugestimmt haben, lädt die thailändische Regierung beide Konfliktparteien zum Abhalten ihrer Gespräche nach Bangkok ein. *ak*

Indien (Naxaliten)

Intensität: 3	Veränderung: ↘	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Volkskriegsgruppe (PWG), Maoistisch-Kommunistisches Zentrum (MCC) vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Ideologie / System	

In dem gewaltsamen Konflikt zwischen kommunistischen Rebellen, bekannt als Naxaliten, und indischen Behörden verübt die in Zentralindien aktive PWG im April und Mai mehrere Bombenanschläge. Seit Juni hält ein Waffenstillstand zwischen der PWG und der Regierung des indischen Bundesstaates Andhra Pradesh. Erstmals seit 14 Jahren Untergrundaktivität treffen sich Mitglieder der PWG in der Öffentlichkeit. Das MCC führt seinen Kampf im Bundesstaat West-Bengalen fort. *cbo*

Indien (Tripura)

Intensität: 3	Veränderung: ↘	Beginn: 1980
Konfliktparteien:	All-Tripura Stammeskräfte (ATTF), Nationaler Sozialistischer Rat von Nagaland (NSCN), Tripura-Freiwilligenkräfte (TVF), Nationale Befreiungsfront von Tripura (NLFT), Naga-Rebellen-Stammesgruppe (NRTG), Burmesische Naga Separatisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt im Bundesstaat Tripura im Nordosten Indiens bleibt unverändert. Im Januar werden Mitglieder der indischen Regierung und bengalische Siedler von Separatisten getötet. Im Februar sterben drei Polizisten, als militante Mitglieder der ATTF ihr Auto angrei-

fen. Nach Gesprächen mit der indischen Regierung im April erklärt sich eine Faktion der Rebellengruppe NLFT zu einem Waffenstillstand bereit. Im Mai ergeben sich 72 Rebellen der NLFT den indischen Behörden. Separatisten der NLFT versuchen ungeachtet des Waffenstillstands im Mai die Wahlen zum nationalen Parlament zu stören. Bei einem weiteren Angriff auf ein bengalisches Dorf werden Ende Oktober vier Siedler getötet und sechs weitere Personen schwer verletzt. *ak*

Indien (ULFA - Biharis, Bengalis)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1983
Konfliktparteien:	Vereinte Befreiungsfront von Assam (ULFA) vs. Biharis, Bengalis	
Konfliktgegenstand:	regionale Vorherrschaft	

Im Konflikt zwischen den assamesischen Rebellen von der ULFA und biharischen und bengalischen Einwanderern über regionale Vorherrschaft fürchten die Assamesen im indischen Bundesstaat Assam zur Minderheit zu werden. ULFA-Angriffe führen im November 2003 dazu, dass 17.000 Biharis ihre Häuser verlassen. Anfang Juni sterben zehn Menschen in einem Granatenangriff auf ein Hindi-sprachiges Kino. Sechs Personen werden Ende Juni in einem Angriff der ULFA auf einen Bus getötet. *ct*

Indonesien (Aceh)

Intensität: 4	Veränderung: ↘	Beginn: 1953
Konfliktparteien:	Bewegung Freies Aceh (GAM) vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession, Ressourcen	

Der Sezessionskonflikt im Nordwesten der indonesischen Insel Sumatra bleibt ungelöst. Zwar verlängert die indonesische Regierung im November 2003 das Kriegsrecht für die Provinz Aceh um weitere sechs Monate um die separatistische GAM zu vernichten. Das Kriegsrecht trat am 19.05.2003 nach Scheitern von Verhandlungen in Kraft. Von einem Krieg kann im Jahr 2004 jedoch nicht mehr gesprochen werden. Nach Militärangaben sterben in der Kampagne mehr als 2.000 Menschen. Die Rebellen können von wichtigen Städten und Verkehrswegen ferngehalten werden. Zehn Menschen werden getötet und mehr als 30 verletzt, als in Aceh am 1. Januar eine Bombe explodiert. Die Rebellen übernehmen für diesen Vorfall keine Verantwortung. Mit über zweimonatiger Ankündigung wird das Kriegsrecht am 19. Mai aufgehoben und durch einen zivilen Notstand ersetzt. Die militärischen Maßnahmen gegen die Rebellen gehen aber weiter. So werden am 13. April 200 Menschen getötet, am 26. September bei Zwischenfällen elf weitere Personen. Am 17. November stimmt das Parlament in Jakarta einer Verlängerung des zivilen Notstands in Aceh zu. *ct, Imh*

Indonesien (Jemaah Islamiah)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 2002
Konfliktparteien:	Jemaah Islamiah (JI) vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	nationale Macht	

Im Konflikt zwischen der islamistischen Gruppe der Jemaah Islamiah (JI) und der indonesischen Regierung wird am 4. April der militante Geistliche Abu Bakar Ba'asyur aufgrund eines Terrorverdachts erneut festgenommen. Die JI verübt in diesem Jahr mehrere An-

schläge in Indonesien. Am 4. April werden mehrere Personen bei Auseinandersetzungen mit der Polizei verletzt. Am 9. September werden acht Menschen getötet und 180 verletzt, als eine Autobombe vor der australischen Botschaft in Jakarta explodiert. *lmh*

Indonesien (Molukken)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Laskar Dschihad, Muslime vs. Christen	
Konfliktgegenstand:	regionale Vorherrschaft	

Der Konflikt zwischen Muslimen und Christen auf den indonesischen Molukkeninseln besteht weiter. Am 26. April werden mindestens 30 Menschen getötet und 180 bei Kämpfen zwischen Christen und Muslimen verletzt. Am 25. Mai wird ein Mann getötet und 13 werden verletzt, als eine Bombe auf Ambon explodiert. Eine andere Bombe wird vor einer Kirche entdeckt. Am 16. Juni wird ein Priester getötet und vier andere Personen bei einem Angriff in einer Kirche verletzt. *lmh*

Indonesien (Sulawesi)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1998
Conflict Parties:	Christen vs. Muslime, Laskar Dschihad, Jemaah Islamiah (JI)	
Konfliktgegenstand:	regionale Vorherrschaft	

Im Konflikt zwischen Muslimen und Christen auf der indonesischen Insel Sulawesi gibt es mehrere gewaltsame Zwischenfälle. Am 27. April erschießt ein Heckenschütze zwei Polizisten. Am 20. Juli greifen Muslime eine Kirche an, am 10. Oktober werden in Unruhen 31 Häuser zerstört. *lmh*

Japan - Russland

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1945
Conflict Parties:	Japan vs. Russland	
Konfliktgegenstand:	Territorium (Kurilen)	

Im September bekräftigt der japanische Premierminister Koizumi Junichiro den Anspruch Japans auf die Kurilen-Inseln. Der russische Außenminister Sergej Lawrow schlägt am 14. November Gespräche vor und erklärt sich bereit, eine japanisch-sowjetische Vereinbarung aus dem Jahr 1956 anzuerkennen, die die Rückgabe zweier Kurilen-Inseln an Japan vorsieht. Japan weist diesen Vorschlag unmittelbar zurück. *ct*

Kambodscha (CPP - FUNCINPEC, SRP)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1979
Konfliktparteien:	Kambodschanische Volkspartei (CPP) vs. Nationale Vereinigte Front für ein Unabhängiges, Neutrales, Friedliches und Kooperatives Kambodscha (FUNCINPEC), Sam-Rainsy-Partei (SRP)	
Konfliktgegenstände:	nationale Macht, Ideologie / System	

Seit den Parlamentswahlen im Juli 2003 wird Kambodscha von einer Übergangsregierung regiert, da SRP und FUNCINPEC die Bildung einer Regierung unter Hun Sen boykottieren. Zwar entschärft sich der Konflikt, nachdem sich beide Parteien im November 2003 zu Verhandlungen mit der CPP bereit erklären. Doch führt die Ermordung des regierungskritischen und der SRP nahe stehenden Gewerkschaftsführer Chea Vichea am 21. Januar zu einer Verschärfung der Krise. Tausende demonstrieren gegen die Regierung. Der Führer der SRP, Sam Rainsy, macht die Regierung für den Mord verantwortlich. Im Juni hat sich die Lage

wieder soweit verbessert, dass die FUNCINPEC zusammen mit der CPP eine neue Regierung unter Führung Huns bildet. Nachfolger von König Norodom Sihanouk, der im Oktober abdankt, wird sein Sohn Sihanoni, Halbbruder des FUNCINPEC-Führers Prinz Ranariddh. *ca*

Kasachstan (Opposition)

Intensität: 1	Veränderung: NEW	Beginn: 2004
Conflict Parties:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Ideologie / System	

Im September 2004 entsteht in Kasachstan ein Konflikt zwischen der Regierung und den Oppositionsparteien Ak Zhol und Demokratische Wahl Kasachstan. Diese Parteien bezeichnen die Ergebnisse der am 29. September stattgefundenen Parlamentswahlen als Betrug. Die politischen Parteien, die Präsident Nursultan Nasarbajew unterstützen, gewinnen dabei 76 der 77 Parlamentssitze. Auch die OSZE sowie der Parlamentspräsident von der Präsidentenpartei Otan halten die Ergebnisse für fragwürdig. Am 1. November organisiert Präsident Nasarbajew eine Kampagne gegen Oligarchen, die die Opposition unterstützen. Am 2. November tritt der einzige Unterhausabgeordnete der Opposition, Alichan Baimenow, zurück. Die erste Sitzung des Parlaments findet somit ohne Beisein der Opposition statt. *yf*

Laos (LCMD, CIDL)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1975
Conflict Parties:	Lao-Bürgerbewegung für Demokratie (LCMD), Komitee für Unabhängigkeit und Demokratie in Laos (CIDL) vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Ideologie / System, Autonomie, nationale Macht	

Der Konflikt zwischen der Regierung von Laos und den Regimegegnern wird weiterhin mit militärischen und terroristischen Mitteln geführt. Die Regimeopponenten umfassen die Hmong, die in den 1970er Jahren im Laos-Krieg die Vereinigten Staaten von Amerika unterstützten, und anti-kommunistische Rebellen, die sich als Königstreue bezeichnen lassen. Wiederholt ereignen sich im Berichtszeitraum, wie schon in den Jahren zuvor, Kämpfe zwischen der militanten LCMD und der Armee. Am 04. und 06. Februar begeht das CIDL nach eigenem Bekunden während eines Ministertreffens der Assoziation der Südostasiatischen Nationen (ASEAN) Bombenanschläge in Vientiane und Savannakhet. *ct*

Malediven (MDP)

Intensität: 3	Veränderung: ↑	Beginn: 1978
Konfliktparteien:	Demokratische Partei der Malediven (MDP) vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System / Ideologie	

Der Konflikt in dem Inselstaat der Malediven erfährt einen neuen Höhepunkt als Ende Juli Präsident Maumoon Abdul Gayoom den Notstand ausruft, nachdem 5.000 Demonstranten für mehr Demokratie und die Entlassung politischer Gefangener protestieren. Vier Polizisten werden erstochen und über 50 Personen verhaftet. Als die Proteste anwachsen, lassen die Behörden einige der inhaftierten Reformbefürworter frei. Auch entschärft der Präsident die Notstandsregelungen. Zur Entspannung der Situation nimmt die Regierung einige der Gesetze, die unter dem Notstand zu-

rückgesetzt wurden, wieder auf. Ungeachtet dessen halten die Proteste gegen die Regierung weiter an. *ak*

Myanmar (demokratische Opposition)

Intensität: 2	Veränderung: ↘	Beginn: 1962
Konfliktparteien:	Nationale Liga für Demokratie (NLD), Nationale Koalitionsregierung der Union von Burma (NCGUB), All-Burmesische Demokratische Studentenkräfte (ABSDF), All-Burmesischer Verband der Studentenvereinigungen (ABFSU) vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Ideologie / System, nationale Macht	

Der Konflikt um nationale Macht und das politische System zwischen der herrschenden Militärregierung und der demokratischen Opposition besteht unvermindert fort. Die Opposition, bestehend aus NLD, NCGUB, ABSDF, ABFSU, strebt ein demokratisch-parlamentarisches System an. Bis einschließlich April lässt die Regierung zahlreiche politische Gefangene frei und erlaubt die Wiedereröffnung einiger NLD-Büros. Durch die gleichzeitige Ankündigung der Regierung, Verfassungsgespräche abhalten zu wollen, keimen Ende April Hoffnungen auf, die seit Mai 2003 unter Hausarrest stehende NLD-Führerin Aung San Suu Kyi könnte freigelassen werden, was aber nicht eintritt. Am 17. Mai eröffnet die Regierung Gespräche über eine neue Verfassung. Im Gegensatz dazu setzt die Militärjunta weiterhin militärische Gewalt zur Unterdrückung oppositioneller Proteste ein und lässt zahlreiche Regierungsgegner verhaften. *ca*

Myanmar (Minderheiten)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1948
Konfliktparteien:	Karen-National-Union (KNU), Nationale Verteidigungsorganisation der Karen (KNDO), Armee des Schan-Staates (SSA), Unabhängigkeitsorganisation der Kachin (KIO), Nationale Fortschrittspartei der Karenni (KNPP), Neue Partei des Mon-Staates (NMSP), Monland-Wiederherstellungarmee (MRA), Naga-Nationalitäten-Liga für Demokratie (NNLD) vs. Regierung, Demokratisch-Buddhistische Karen-Armee (DKBA), Vereinte Armee des Wa-Staates (UWSA)	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Der Kampf der Karen-Rebellen der KNU und KNDO und der Rebellen der Schan-Minderheit der SSA sowie anderer kleinerer Rebellengruppen gegen Myanmars Militärregierung und deren Verbündeten der UWSA und DKBA geht unvermindert weiter. Die verschiedenen Gruppen kämpfen für die Unabhängigkeit ihrer jeweiligen Gebiete. Die Militärjunta und die KNU schließen im Dezember 2003 ein Waffenstillstandsabkommen und treten in Friedensverhandlungen ein. Trotz der Waffenstillstandsvereinbarung und fortwährender Gespräche zwischen KNU und Regierung finden immer wieder Kampfhandlungen statt. Auch führt das Militär seine alljährliche Trockenzeitoffensive gegen Minderheiten-Rebellen durch. Dabei gelingt es ihm, mehrere Rebellengruppen zu schwächen, wie beispielsweise die KNPP, die versucht, Verhandlungen mit der Regierung aufzunehmen. Die Armee verübt auch weiterhin nahezu täglich Übergriffe gegen ethnische Minderheiten. Neben zahlreichen Todesopfern werden in Folge des Konflikts mehrere tausend bis zehntausend Menschen vertrieben. *ca*

Myanmar (Rohingyas)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1948
Konfliktparteien:	Rohingyas, Rohingya-Solidaritätsorganisation (RSO), Arakan-Rohingya-Nationalorganisation (ARNO) vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	andere (Unterdrückung der Minderheit)	

Ein Konflikt um Diskriminierung und Unterdrückung zwischen der muslimischen Minderheit der Rohingya, die hauptsächlich im Staat Arakan leben und von der RSO und ARNO repräsentiert werden, und der burmesischen Regierung besteht bereits seit der Unabhängigkeit Burmas im Jahre 1948. Wie schon im vergangenen Jahr begehen Mitglieder des Militärs von Myanmar immer wieder Gewalttaten gegen Rohingya. Ende Oktober fliehen innerhalb von zwei Wochen circa 15.000 Rohingya ins Nachbarland Bangladesch. Insgesamt befinden sich über 500.000 Rohingya als Vertriebene im In- und Ausland. *ca*

Nepal - Bhutan

Intensität: 2	Veränderung: ↗	Beginn: 1986
Konfliktparteien:	Nepal vs. Bhutan	
Konfliktgegenstände:	andere (Flüchtlinge)	

Der Konflikt um die Repatriierung bhutanesischer Flüchtlinge im Osten Nepals, die ursprünglich aus Nepal stammen, besteht weiter. Die Verifikationsmissionen werden von Bhutan am 23.12.2003 unterbrochen, nachdem Flüchtlinge aus dem Khudunabari-Lager bhutanesischer Mitglieder des Gemeinsamen Verifikationsteams (JVT) angreifen. Die Flüchtlinge akzeptieren die Ergebnisse des JVT nicht, wonach nur 30 Prozent der Flüchtlinge nach Bhutan zurückkehren dürfen. Im März 2004 besucht der Vorsitzende des Rates für Menschenrechte von Butan (HRCB), Tek Nath Rizal, Genf und Brüssel. Sein Ziel ist es, mehr Aufmerksamkeit der Internationalen Gemeinschaft für die Situation der über 100.000 Flüchtlinge zu wecken. Im Oktober 2004 besucht der Stellvertretende Staatssekretär der USA für Bevölkerung, Flüchtlinge und Migration, Arthur Dewey, Nepal, Indien und Bhutan, um die Überführung der Flüchtlinge in einen dritten Staat vorzuschlagen. Die Flüchtlinge selbst jedoch lehnen diese Möglichkeit ab. *yf*

Nepal (Maoists)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1990
Konfliktparteien:	Kommunistische Partei Nepals - Maoisten (CPN-M) vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Ideologie / System, nationale Macht	

Der gewaltsame Konflikt zwischen der CPN-M und der nepalesischen Regierung geht weiter. Die CPN-M fordert die Errichtung eines maoistischen Staates. Nachdem die Rebellen im Juli 2003 das Ende eines Waffenstillstandes ankündigen, verüben sie nahezu wöchentlich Anschläge gegen nepalesische Sicherheitskräfte und die Zivilbevölkerung. Am 1. April entführen die Maoisten über 40 Polizisten, welche Ende des Monats durch die Vermittlung des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes freigelassen werden. Sie rufen im Februar, April, Juni und September Streiks aus und erreichen durch Drohungen die Schliessung von Unternehmen und Hotels. In der zweiten Jahreshälfte entführt die CPN-M Arbeiter, Lehrer und Schüler. Im August verüben die Rebellen eine Blockade der Hauptstadt Kathmandu. Am 20. August und 7. September explodieren Bomben in Kathmandu. Am 23. Sep-

tember bietet Premierminister Surya Bahadur Thapa Friedensgespräche an. Diese werden aber von den Maoisten abgelehnt. Am 15. Oktober rufen die Rebellen eine Waffenruhe aus. Die Behörden reagieren auf den vorläufigen Waffenstillstand mit der Unterbrechung der militärischen Einsätze gegen die Maoisten. Der Kampf wird jedoch am 1. November wieder aufgenommen. *yf*

Nepal (Opposition)

Intensität: 2	Veränderung: ↗	Beginn: 2002
Konfliktparteien: Opposition vs. Regierung		
Konfliktgegenstand: Ideologie / System		

Der Konflikt zwischen der Regierung Nepals mit König Gyanendra an der Spitze und der Opposition, welche eine Demokratisierung des Landes fordert, wird manifest. Die wichtigsten Oppositionsparteien sind der Nepalesische Kongress, die Kommunistische Partei Nepals - Vereinigte Marxisten-Leninisten (CPN-UML), Nepal Majdoor Kishan und Samyukta Janamorchha. Ab dem 1. April finden Demonstrationen in der Hauptstadt Kathmandu statt mit dem Ziel, ein demokratisches System in Nepal einzuführen. Als Reaktion darauf verbietet die Regierung am 8. April Demonstrationen. Massenverhaftungen werden durchgeführt, da die Opposition das Verbot der Regierung ignoriert. Der ehemaligen Premierminister Sher Bahadur Deuba wird am 16. April festgenommen. Der Oberste Gerichtshof erklärt die Verhaftung politischer Aktivisten für illegal, sofern die Regierung sie nicht innerhalb von 72 Stunden rechtfertigen kann. Um die Situation zu beschwichtigen, lässt die Regierung am 26. April 29 Oppositionsmitglieder frei. Am 3. Mai wird das Demonstrationsverbot aufgehoben. Am 7. Mai tritt Premierminister Surya Bahadur Thapa von seinem Amt zurück. Die Opposition ruft daraufhin einen 48 Stunden währenden Streik aus. Am 2. Juni wird Deuba wieder zum Premierminister ernannt. Er organisiert eine Koalitionsregierung mit der Opposition. Im September finden weitere Demonstrationen statt, um gegen den König und die schwierige wirtschaftliche Lage Nepals zu protestieren. Mindestens zwölf Demonstranten werden von der Polizei am 29. September verletzt. *yf*

Nordkorea - Südkorea

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1948
Konfliktparteien: Nordkorea vs. Südkorea		
Konfliktgegenstände: internationale Macht, Ideologie / System		

Im Verhältnis zwischen Nordkorea und Südkorea zeichnet sich 2004 zunächst eine deutliche Verbesserung ab. In der ersten Hälfte des Jahres finden mehrere Gespräche auf Kabinettschicht statt. Es werden einige Papiere zur Koordinierung gemeinsamer Aktivitäten unterzeichnet. Ein historisches Ereignis stellt die Einigung vom 15. Juni dar, in welchem beide Staaten sich bereit erklären, die Verbreitung von Propaganda einzustellen. Die zweite Hälfte des Jahres wird durch eine große Flüchtlingswelle aus Nordkorea überschattet. Außerdem gesteht Südkorea ein, seit 20 Jahren Forschung zur Herstellung atomarer Waffen zu betreiben. Ende November veröffentlichen Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) einen Bericht, in dem es heißt, dass das Programm zur Anreicherung von Plutonium weitaus größer ist als bisher vermutet. Daraufhin distanzieren sich die USA von ih-

rem Verbündeten. Im November gibt Südkorea mehrere Warnschüssen auf nordkoreanische Boote ab. *je*

Nordkorea - USA, Japan

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1993
Konfliktparteien: Nordkorea vs. USA, Japan		
Konfliktgegenstände: internationaler Macht, Ideologie / System		

In dem Konflikt um Atomwaffenkontrolle zwischen Nordkorea einerseits und den USA und Japan andererseits signalisiert Nordkorea Anfang des Jahres deutlich Gesprächsbereitschaft und erhält dafür Lob von Seiten der USA. Die Vorbereitungen zu einer neuen Runde der so genannten Sechs-Nationen-Gespräche gehen einher mit Angeboten Nordkoreas zur nuklearen Abrüstung. Das ungeklärte Zugunglück im April bringt Nordkorea viele Sympathien und humanitäre Hilfeleistungen ein. Das Verhältnis zu den USA scheint sich zu entspannen und die USA bieten im Laufe des Jahres humanitäre Hilfe an. *je*

Osttimor - Australien

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 2002
Konfliktparteien: Osttimor vs. Australien		
Konfliktgegenstände: Territorium, Ressourcen		

Im Streit zwischen Osttimor und Australien um ihre Seegrenze bricht Osttimor die Verhandlungen am 26. Oktober ab. Osttimor, das im Mai 2002 seine vollständige Unabhängigkeit erlangt hatte und dringend Finanzquellen benötigt, fordert ein öl- und gasreiches Gebiet in der Timor-See. Außerdem verlangt es von Australien eine Kompensationszahlung für das aus den von Osttimor beanspruchten Gebieten geförderte Öl in Höhe von insgesamt 3,2 Milliarden US-Dollar. Australien hatte in Verhandlungen zuvor Osttimor für eines der Ölfelder Erlöse lediglich in Höhe von drei Millionen US-Dollar in Aussicht gestellt. Die umstrittene Grenze wurde noch vor der Unabhängigkeit Osttimors zwischen Indonesien und Australien festgelegt und gilt gemessen an den internationalen Standards als sehr vorteilhaft für Australien. *nis*

Pakistan - Indien

Intensität: 2	Veränderung: ↓	Beginn: 1947
Konfliktparteien: Pakistan vs. Indien		
Konfliktgegenstände: Territorium (Kaschmir), internationale Macht		

Zwischen Indien und Pakistan findet eine Annäherung statt, um den Konflikt um die Region Kaschmir zu lösen. Nachdem der pakistanische Präsident Pervez Musharraf im Dezember 2003 einen Waffenstillstand an der Kontrolllinie (LOC) erklärt, werden im Januar 2004 Friedensverhandlungen wiederaufgenommen. Die bilateralen Beziehungen waren im Dezember 2001 unterbrochen worden, nachdem die indische Regierung Pakistan für den Anschlag auf das Parlament in Delhi verantwortlich gemacht hatte. Als Spannungsmaßnahmen werden konsularische Beziehungen wieder aufgenommen, Gefangene des Kargil-Krieges 1999 ausgetauscht und Kommunikations- und Transportwege wieder eröffnet. Das Atomtest-Moratorium von 2001 wird verlängert. Trotz der Friedensverhandlungen werden im Jahr 2004 weitere Rakentests durchgeführt. Im November macht Präsident Musharraf neue Vorschläge, um eine Lösung zu finden. Musharraf hält die Etablierung einer festen Grenze an

der LOC für unpraktikabel. Stattdessen plädiert er für eine von drei Optionen, und zwar für ein entmilitarisiertes und autonomes Kaschmir, für ein Kaschmir unter gemeinsamer Souveränität von Indien und Pakistan oder für eine Teilung der Region mit UN-Verwaltung des Kaschmir-Tals. Indien reagiert vorsichtig auf diese Vorschläge. Dennoch werden am 16. November 3.000 indische Soldaten aus der Region abgezogen. *yf*

Philippinen (Abu Sayyaf)

Intensität:	3	Veränderung:	•	Beginn:	1991
Konfliktparteien:	Abu Sayyaf (AS) vs. Regierung				
Konfliktgegenstand:	Sezession				

Die AS kämpft im Süden der Philippinen weiterhin für die Errichtung eines islamistischen Staates. Im März misslingt ein Sprengstoffanschlag und im April werden bei einer Schießerei sechs AS-Kämpfer getötet. Groß angelegte Militäroperationen bleiben aber aus. *cbr*

Philippinen (MILF)

Intensität:	2	Veränderung:	↓	Beginn:	1977
Konfliktparteien:	Moro Islamische Befreiungsfront (MILF) vs. Regierung				
Konfliktgegenstände:	Sezession, Ideologie / System				

Der Waffenstillstand vom 18.07.03 zwischen MILF und der philippinischen Regierung ist weiterhin intakt. Dies ist die längste Waffenruhe seit Beginn des Aufstandes im Jahr 1977. Die MILF wurde geschwächt durch massive militärische Offensiven der philippinischen Armee in den Jahren 2002 und 2003, unterstützt durch die USA, und der Tod des MILF-Anführers Scheich Salamat Haschim im July 2003 verstärkt diesen Eindruck. Radikale Anhänger der MILF sind zu Abu Sayyaf abgewandert. Trotzdem vermuten neue Berichte aktive Verbindungen der MILF zur indonesischen Jemaah Islamiah. *cbr*

Sri Lanka (Jamayathul Ulama - Sufis)

Intensität:	3	Veränderung:	↑	Beginn:	1978
Konfliktparteien:	Jamayathul Ulama vs. Sufis				
Konfliktgegenstand:	regionale Vorherrschaft				

Der Konflikt um regionale Vorherrschaft zwischen den beiden muslimischen Religionsgemeinschaften der Jamayathul Ulama und Sufis in Kattankudi südlich von Batticaloa nimmt seinen Anfang Ende der 1970er Jahre. Blutige Unruhen brechen am 1. November aus, als eine Handgranate während des Abendgebetes in eine Moschee geworfen wird. In den Auseinandersetzungen kommen zehn Menschen ums Leben. Von der sri-lankischen Polizei vermittelte Gespräche zwischen den Religionsgemeinschaften bleiben zunächst ergebnislos. *ct*

Sri Lanka (LTTE)

Intensität:	3	Veränderung:	•	Beginn:	1976
Konfliktparteien:	Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) vs. Regierung				
Konfliktgegenstand:	Autonomie				

In dem Konflikt zwischen der Regierung von Sri Lanka und den Befreiungstigern von Tamil Eelam (LTTE) bewegt sich nichts. Die Konfliktparteien beachten weitgehend das Anfang 2002 unterzeichnete Waffenstillstandsabkommen. In der Zwischenzeit hatte die LTTE ihre Forderung nach staatlicher Unabhängigkeit zugunsten einer Autonomie innerhalb Sri Lankas aufgegeben. Nachdem die Friedensverhandlungen aber die Kernbereiche der Entwaffnung der Rebellen und

Rückführung der Flüchtlinge und Binnenflüchtlinge berührte, wurden die Gespräche am 21.04.03 suspendiert. Seitdem bemühen sich vor allem Norwegen mit seiner Sri-lankischen Überwachungsmission (SLMM) und Vermittlungsversuchen hochrangiger Regierungsvertreter sowie Japan als Sprecher der internationalen Geldgeber mit an Verhandlungserfolgen gebundenen finanziellen Anreizen, den Friedensprozess wieder voranzutreiben. Die Anbahnung neuerlicher Zusammenarbeit zwischen Sri Lanka und Indien wurde bislang nicht wegweisend. Als besonders belastend erweist sich die Konfrontation zwischen der mit einer starken verfassungsmäßigen und politischen Stellung ausgezeichneten Staatspräsidentin Chandrika Bandaranaike Kumaratunga von der Volksallianz (PA) und Premierminister Ranil Wickremesinghe von der Vereinigten Nationalpartei (UNP). Diese Blockadesituation innerhalb der Regierung verschwindet, nachdem die Präsidentin am 7. Februar das Parlament auflöst. In den Neuwahlen im April gewinnt die Partei der Präsidentin. Der politische Arm der LTTE, die Tamilische Nationalallianz (TNA), ist nun mit zehn Prozent der Parlamentssitze vertreten. Die Minderheitsregierung unter Premierminister Mahinda Rajapakse erkennt am 9. Mai die LTTE als einzige Repräsentantin der Tamilen in Sri Lanka an, versucht aber gleichzeitig, die starken Spannungen innerhalb der LTTE auszunutzen. Die norwegischen Vermittler äußern sich Ende Juli nicht optimistisch über die Aussichten des Friedensprozesses. Eine LTTE-Delegation unternimmt im Oktober eine vierwöchige diplomatische Reise durch Europa. Die LTTE lehnt am 4. Oktober sowohl den von der Präsidentin eingerichteten Nationalen Beirat für Frieden und Versöhnung als auch, zwei Wochen später, neue Vorschläge der Regierung für eine Übergangsverwaltung ab. *ct*

Sri Lanka (LTTE-Ost - LTTE)

Intensität:	4	Veränderung:	NEW	Beginn:	2004
Konfliktparteien:	Karuna-Fraktion (LTTE-Ost) vs. Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE)				
Konfliktgegenstand:	regionale Vorherrschaft				

Anfang März spaltet sich ein Teil der LTTE unter Führung des Kommandanten des Ostens, Oberst Karuna, von der Hauptströmung der LTTE unter Vilupillai Prabhakaran ab. Vermittlungsversuche der römisch-katholischen Kirche schlagen fehl, so dass vom 9. bis 12. April heftige Kämpfe zwischen den Fraktionen ausbrechen. Die Karuna-Fraktion wird zwar von der LTTE besiegt, Untergrundkämpfe unter Einsatz terroristischer Mittel gehen aber weiter. Die LTTE-Splittergruppe erhält unterdessen offenbar Unterstützung durch die sri-lankische Armee. Die Vereinten Nationen weisen während des gesamten Berichtszeitraums immer wieder auf die weiterhin von der LTTE aber auch der Karuna-Fraktion geübten Praxis der Rekrutierung von Kindersoldaten hin. *ct*

Sri Lanka (LTTE, Tamilen - SLMC, Muslime)

Intensität:	3	Veränderung:	•	Beginn:	1976
Konfliktparteien:	Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE, Tamilen vs. Sri-lankischer Muslim-Kongress (SLMC), Muslime				
Konfliktgegenstand:	regionale Vorherrschaft				

In Mannar im Norden Sri Lankas wird am 1. Oktober eine Ausgangssperre verhängt, nachdem eine Men-

schenmenge Büros der LTTE angezündet hat. Die Ausschreitungen sind eine Reaktion auf die Ermordung eines muslimischen Mannes einen Tag zuvor. *ct*

Sri Lanka (religiöse Gemeinschaften)

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 1948
Konfliktparteien:	singhalesische Nationalisten, konservativer buddhistischer Klerus vs. Muslime, Christen, Tamilen	
Konfliktgegenstand:	regionale Vorherrschaft	

Am 29.12.03 wird eine Versammlungshalle der Zeugen Jehovas und eine Kirche in Puvakpitiya von Buddhisten beschädigt. In Mattegoda zerstört am 26. Januar eine Gruppe von 20 Personen Statuen und Bibeln in einer Kirche und bedroht ihre Angestellten. Kirchenmitglieder berichten von Anschlägen, die sie bezichtigen, die Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) zu unterstützen. *ct*

Thailand (Südliche Grenzprovinzen)

Intensität: 4	Veränderung: ↗	Beginn: 1785
Konfliktparteien:	muslimische Separatisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen muslimischen Separatisten und der thailändischen Regierung eskaliert. Eine nicht unmittelbar in den Konflikt involvierte Dachorganisation, die Vereinigte Front für die Unabhängigkeit von Pattani (Bersatu) bietet sich als Gesprächspartner der thailändischen Regierung an. Der Konflikt eskaliert, als am 4. Januar ein Waffenlager der Armee überfallen wird. Bis Anfang Februar und dann wieder ab Ende März verüben die Rebellen in rascher Folge zahlreiche Bombenanschläge auf Polizeieinrichtungen, aber auch auf Schulen, Gaststätten und buddhistische Tempel. Die Regierung reagiert vor allem mit militärischen Mitteln. So werden am 28. April etwa 100 verdächtige Islamisten von Sicherheitskräften getötet. Nachdem sich die Regierung und Bersatu Ende Mai zu Gesprächen zusammenfinden, beruhigt sich die Lage zunächst. Der Herbst bringt eine zweite Phase der Eskalation. Ab 20. August ereignen sich innerhalb weniger Tage mehrere starke Bombenexplosionen, gefolgt von Attentaten auf Polizisten. Am 25. Oktober findet eine muslimische Großdemonstration statt. 78 Menschen sterben hernach in Polizeigewahrsam. Am 12. und 13.

November zünden Rebellen wieder mehrere Bomben in öffentlicher Umgebung. Der Umgang der Regierung mit dem Konflikt wird vom thailändischen Königshaus in mehreren Stellungnahmen kritisiert. Premierminister Thaksin erklärt am 6. November, dass er eine Verhandlungslösung für den Konflikt weiter ausschließt. *ct*

Usbekistan (IMU)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Islamische Bewegung von Usbekistan (IMU) vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Ideologie / System, nationale Macht	

In dem Konflikt zwischen der IMU und der Regierung von Usbekistan strebt die pan-islamistische IMU die Errichtung eines islamistischen Staates an. Im März und April verübt die IMU Bombenanschläge auf öffentlichen Plätzen in Taschkent und Bucharu. Am 30. Juli werden in Taschkent gleichzeitig drei Sprengstoffanschläge auf die amerikanische und israelische Botschaft und ein Ministerium verübt. Die Größe der IMU wird auf mehrere tausend Kämpfer geschätzt. Trotz erheblicher finanzieller Hilfe für die usbekische Regierung im Antiterrorkampf von Seiten der USA und Russlands konnte die IMU ihre Aktivitäten ausweiten. Die Anschläge im Jahre 2004 waren die schwersten seit 2001. *ct*

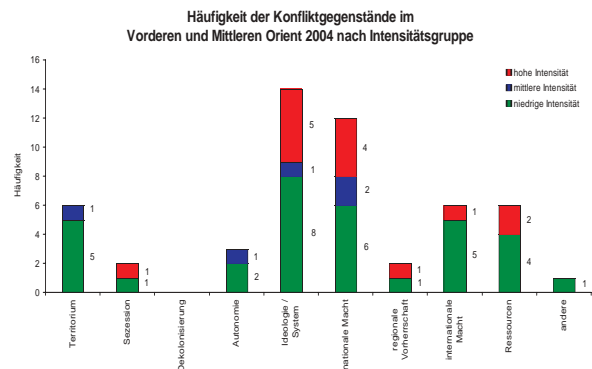
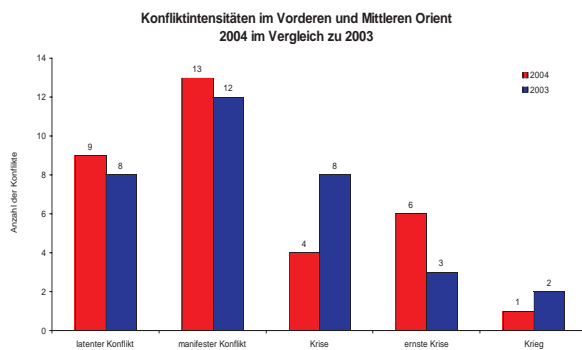
Vietnam (KKNLF)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 2002
Konfliktparteien:	Nationale Befreiungsfront Kampuchea (KKNLF) vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession, Ideologie / System	

Die KKNLF verfolgt ihren im Juni 2002 ausgerufenen Kampf für die Loslösung eines als Kampuchea Krom bezeichneten Gebietes von Vietnam nicht aktiv. In einem Brief seitens des UNHCR wird im Januar diesen Jahres bestätigt, dass im November 2003 circa 100 KKNLF-Mitglieder verhaftet worden sind. Der Großteil der Verhafteten wurde aber bereits kurz nach ihrer Festnahme wieder freigelassen. Vier mutmaßliche Führungsmitglieder der KKNLF warten immer noch auf den Beginn ihres Gerichtsprozesses. *sg*

Vorderer und Mittlerer Orient

Die Zahl der beobachteten Konflikte im Vorderen und Mittleren Orient (VMO) bleibt mit 33 im Vergleich zum Vorjahr konstant. Am häufigsten treten Konflikte um die Gegenstände System/Ideologie und nationale Macht auf. Mit der Übergabe der Souveränität von der US-geführten Zivilverwaltung an die irakische Übergangsregierung wird der Konflikt zwischen den US-geführten Koalitionstruppen gegen die Aufständischen in zwei Folgekonflikte transformiert. Dies ist zum einen die Auseinandersetzung zwischen der Übergangsregierung und der al-Sadr-Gruppierung um System/Ideologie und regionale Vorherrschaft. Außerdem wird der Konflikt anderer aufständischer Gruppen nun gegen die Übergangsregierung um System/Ideologie und nationale Macht weitergeführt. Diese Konfrontation wird in diesem Jahr als einziger Krieg der Region ausgetragen. Auf der Intensitätsstufe einer ernsten Krise gibt es sechs Konflikte zu verzeichnen. Der Einsatz von Gewalt durch die Konfliktparteien verringert sich insgesamt gering innerhalb eines Jahres von 12 auf 11. Die Anzahl der gewaltlosen Konflikte steigt leicht auf 22 in 2004 gegenüber 20 im letzten Jahr an. In 25 Auseinandersetzungen bleibt die Austragungsform konstant. Zwei Konflikte eskalieren in diesem Jahr um eine Intensitätsstufe. Dies ist der Konflikt in Bahrain zwischen der Regierung und der schiitischen Opposition um nationale Macht, der nun als manifester Konflikt ausgetragen wird. Zum anderen eskaliert die Auseinandersetzung um die nationale Macht im Jemen zwischen der Regierung und islamistischen Gruppen. Bei fünf Konflikten gilt es Deeskalationen um eine Stufe zu verzeichnen. Entspannungen der Beziehungen treten zwischen dem Irak und Israel, dem Irak und Kuwait, Syrien und Israel sowie zwischen der mauretanischen Regierung und den Putschisten auf. Vor der Transformation des Konfliktes der US-Koalitionstruppen gegen die Aufständischen erfolgte ebenfalls eine Deeskalation der Gewalt.



Afghanistan (Taliban)

Intensität: 4 Veränderung: • Beginn: 1994
 Konfliktparteien: Taliban vs. Übergangsregierung
 Konfliktgegenstände: regionale Vorherrschaft, nationale Macht

Der Konflikt zwischen der Übergangsregierung unter Präsident Hamid Karzai und den Taliban geht weiter. Die Taliban setzen verstärkt terroristische Methoden wie Selbstmordangriffe und Entführungen ein. Versprengte ehemalige Mudschaheddin-Gruppierungen, wie die Hezb-e-Islami unter Gulbudin Hekmatyar und die Taliban, greifen zu diesen Maßnahmen stets vor Konferenzen wie der großen Ratsversammlung (Loya Jirga) oder unmittelbar vor den Präsidentschaftswahlen im Oktober. Das Land ist de facto aufgeteilt. Mit Hilfe der internationalen Schutztruppe für Afghanistan (ISAF) sichert die Regierung Karzais ihre Vormachtstellung in der Hauptstadt Kabul und im Umkreis von 100 km. Über diese Stabilitätszone hinaus nimmt der Grad der Kontrolle in den von der Hauptstadt entfernter gelegenen Regionen kontinuierlich ab. Zur Sicherung und Ausweitung der regionalen Vormachtstellung verfolgen die Alliierten Truppen eine Doppelstrategie. Die Hauptaufgabe regionaler Aufbauteams der ISAF - etwa Truppen der deutschen Bundeswehr - besteht darin, Sicherheit und Stabilität in Landesteilen wie Kunduz herzustellen. Daneben führen vor allem Truppen der USA groß angelegte Militäroperationen und gezielte Angriffe auf mutmaßliche Stellungen der Taliban durch. Im Dezember 2003 erfolgt durch die Operation Avalanche die Erstürmung der Stadt Khost im Osten

Afghanistans mit mehr als 2.000 US-Soldaten. Mit Unterstützung Pakistans bekämpfen die USA im März in der Operation Mountain Storm Taliban- und Al-Kaida-Truppen. Die Absetzung des regionalen Herrschers Ismail Khan in der westafghanischen Stadt Herat im August stärkt die Position der Zentralregierung, im speziellen Karzais, vor der unmittelbar bevorstehenden Präsidentschaftswahl. Nach Truppenverlegungen zum Schutz der Wahlen befinden sich im Oktober insgesamt ca. 15.500 US-Soldaten und weitere 7.500 NATO-Soldaten im Land. Weil die Sicherheit aller neu gebildeten demokratischen Parteien vor Anschlägen durch die Taliban nicht gewährleistet werden kann, wird die Parlamentswahl auf das Frühjahr 2005 verschoben. Im Oktober werden erste demokratische Präsidentschaftswahlen seit Ende des Krieges durchgeführt. Insgesamt 16 Kandidaten stellen sich zur Wahl, die nach einer Reihe von Protesten, der bisherige Interimspräsident Hamid Karzai für sich entscheiden kann.

sir

Ägypten (islamistische Gruppen)

Intensität: 2 Veränderung: • Beginn: 1997
 Konfliktparteien: Moslembrüder, Gaamat-al-Islamiya, al-Waad, al-Dschihad vs. Regierung
 Konfliktgegenstände: nationale Macht, Ideologie / System

Der manifeste Konflikt zwischen der ägyptischen Regierung und den islamistischen Moslembrüdern, den Gaamat-al-Islamiya, der al-Waad-Gruppe und der al-Dschihad-Gruppe bleibt unverändert. Im Mai verhaftet

Übersicht: Konflikte im Vorderen und Mittleren Orient 2004

Konfliktname ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Afghanistan (Taliban)	Taliban vs. Übergangsregierung	reg. Vorherrschaft, nationale Macht	1994	•	4
Algeria (Islamisten)	GIA, GSPC, FIS, HDS vs. Regierung	nationale Macht, Ideologie / System	1989	•	4
Algeria (Kabylei)	CIADC, RCD, FFS vs. Regierung	Autonomie, Ideologie / System	1989	•	2
Bahrain (schiitische Opposition)	Scheich Ali Salman, Hezbollah Bahrain, Islamische Front für die Befreiung Bahrains, Scheich Abdal Amir al-Dschamri, Schiiten vs. Regierung	nationale Macht	1975	↗	2
Ägypten (Islamisten)	Moslebrüder, Gaamat-al-Islamiya, al-Waad, al-Dschihad vs. Regierung	nationale Macht, Ideologie / System	1997	•	2
Ägypten - Sudan *	Ägypten vs. Sudan	Territorium, Ressourcen (Öl)	1958	•	1
Irak - Iran	Irak vs. Iran	internationale Macht, Ideologie / System	1969	•	2
Irak - Israel *	Irak vs. Israel	internationale Macht, Ideologie / System	1948	↘	1
Irak - Kuwait	Irak vs. Kuwait	Territorium, Ressourcen, andere (Reparationen)	1961	↘	1
Irak (al-Sadr-Gruppierung)	al-Sadr-Gruppierung vs. Übergangsregierung	Ideologie / System	2004	NEU	4
Irak (Aufständische)	Aufständische vs. Übergangsregierung	nationale Macht, Ideologie / System	2004	NEU	5
Irak (PUK - DPK) *	Patriotische Union Kurdistans vs. Demokratische Union Kurdistans	regionale Vorherrschaft, Ideologie / System	1979	•	1
Irak (Widerstandskräfte - CPA, IGC)	irakische Widerstandskräfte vs. US-geführte Zivilverwaltung (CPA), Übergangsregierungsrat (IGC)	internationale Macht (Entwaffnung), Ideologie / System, Ressourcen (Sicherung der Ölquellen)	1990	↘ ENDE	4
Iran - USA	USA vs. Iran	internationale Macht (Rüstungskontrolle), Ideologie / System	1979	•	2
Iran - VAE *	Iran vs. Vereinigte Arabische Emirate	Territorium (Inseln im Persischen Golf)	1971	•	1
Iran (Kurden) *	Demokratische Partei Kurdistans vs. Regierung	Autonomie	1979	•	1
Iran (Reformer - Konservative)	Reformer vs. Konservative	nationale Macht, Ideologie / System	1993	•	2
Iran (Volksmudschaheddin)	Volksmudschaheddin vs. Regierung	nationale Macht, Ideologie / System	1965	•	2
Israel - Jordanien (Westjordanland) *	Israel vs. Jordanien	Territorium (Westjordanland)	1967	•	1
Israel (Hisbollah)	Hisbollah vs. Israel	Territorium (Schebah-Felder)	1982	•	3
Israel (Palästinensische Gruppierungen)	PLO, Palästinensische Behörde, Islamischer Dschihad, Hisbollah, Hamas vs. Israel	Sezession, Ideologie / System, Ressourcen	1948	•	4
Jordanien - Israel *	Jordanien vs. Israel	Ressourcen (Wasser)	1995	•	1
Libanon - Israel *	Libanon, Hisbollah vs. Israel	Ressourcen (Wasser)	1978	•	1
Libanon (religiöse Gruppen)	religiöse Gruppen vs. Regierung	nationale Macht	1975	•	3
Libyen - USA, GB	Libyen vs. USA, Großbritannien	internationale Macht (Entwaffnung)	1964	•	2
Marokko (Westsahara)	Frente POLISARIO vs. Regierung	Sezession	1976	•	2
Mauretanien (Putschisten)	Putschisten vs. Regierung	nationale Macht	2003	↘	2
Saudi-Arabien (Islamisten)	Islamisten vs. Regierung	nationale Macht, Ideologie / System	1990	•	3
Saudi-Arabien (Reformer)	Reformer vs. Regierung	nationale Macht	2003	•	2
Syrien - Israel	Syrien vs. Israel	Territorium	1967	↘	2
Syrien - USA	USA vs. Syrien	internationale Macht (Entwaffnung)	2003	•	2
Türkei (Kurden)	Kurden vs. Regierung	Autonomie	1920	•	3
Jemen (Islamisten)	Islamischer Dschihad, al-Schabab al-Mu'men, Armee von Aden-Abyan vs. Regierung	nationale Macht	1994	↗	4

1) 2) 3) 4) siehe Seite 10: Übersicht: Konflikte in Europa 2004

die Polizei in Alexandria und Kafr El-Sheikh 54 Mitglieder der Moslebrüder. Konten werden eingefroren und Internetseiten gesperrt. Die Behörden werfen den Inhaftierten vor, Mitglieder zur militärischen Ausbildung nach Tschetschenien, Palästina oder den Irak zu bringen, um einen gewaltsamen Sturz der Regierung durchführen zu können. Nach neun Tagen stirbt ein Mitglied der Moslebrüder im Gefängnis. Im Juni besucht eine parlamentarische Delegation das Torah Gefängnis, in dem der Gefangene zu Tode kam, und bestätigt in einem Bericht Vorwürfe über Folter und unterlassener Hilfeleistung mit Todesfolge. Aufgrund des Verdachts der Zugehörigkeit zu einer verbotenen islamistischen Gruppe werden im Juli sieben Personen festgenommen. Sie werden der Mitgliedschaft in verbotenen Gruppen verdächtigt, wie al-Dschihad oder al-Takfir Wal-Higra, einer Untergruppe von al-Dschihad.

nm

Algerien (islamistische Gruppen)

Intensität:	4	Veränderung:	•	Beginn:	1989
Konfliktparteien:		Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA), Salafistengruppe für Predigt und Kampf (GSPC), Islamische Heilsfront (FIS), Houmat Daawa Salafiya (HDS) vs. Regierung			
Konfliktgegenstände:	nationale Macht, Ideologie / System				

Der Konflikt um das politische System und um die nationale Macht zwischen islamistischen Gruppierungen und der algerischen Regierung besteht fort. Präsident Abdelaziz Bouteflika, der das Ziel der nationalen Versöhnung verfolgt, gewinnt am 8. April erneut die Präsidentschaftswahlen mit 83 Prozent. Die Salafistengruppe für Predigt und Kampf (GSPC) boykottiert die Wahlen. Die Polizei schlägt Demonstrationen nieder, in denen den Behörden Wahlmanipulation vorgeworfen wird. Bei einem Anschlag der GSPC sterben zehn Soldaten und 42 werden verletzt. Die Salafistengruppe erklärt am 6. Juni allen Ausländern und Atheisten in Algerien den Krieg. Die Situation spitzt sich zu, als

Sarahoui, der Chef der GSPC, und mehrere Mitglieder erschossen werden. Die algerische Staatsführung kündigt der Islamischen Heilsfront (FIS) nach der Wiederwahl an, dass eine Parteigründung möglich sein wird. Die FIS erklärt im Oktober mit der Regierung zusammenarbeiten zu wollen, um nationale Ziele wie Demokratie und nationale Versöhnung zu verwirklichen. Doch Bouteflika's Gesetzesreform des Familien- und Frauenrechts wird von der FIS scharf kritisiert. Um regierungsfeindlicher Kritik vorzubeugen, zensiert Bouteflika die Medien. Die Behörden weisen am 2. Juli alle Auslandskorrespondenten aus. Der führende Herausgeber von *Le Matin* wird wegen illegalem Geldtransfer verhaftet und am 1. August werden sechs Zeitungen, welche über finanzielle Korruption berichtet hatten, die Lizenz entzogen. *bhu*

Algerien (Kabylei)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	Zusammenschluss der Dorf- und Stammesältesten (CIADC), Sammelbewegung für Kultur und Demokratie (RCD), Front der Sozialistischen Kräfte (FFS) vs. Regierung	
Konfliktgegenstände: Autonomie, Ideologie / System		

Der Konflikt zwischen den Berbern, repräsentiert vom Zusammenschluss der Dorf- und Stammesältesten (CIADC), der Partei Front der Sozialistischen Kräfte (FFS), der Versammlungsbewegung für Kultur und Demokratie (RCD) und der algerischen Regierung um Autonomie verläuft weiterhin gewaltfrei. Forderungen der ethnischen Minderheit, die 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, sind die Anerkennung ihrer Kultur, der Berbersprache als Amtsprache, staatliche Unterstützung für die Opfer der Polizeieinsätze im Jahre 2001 sowie ein Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Berber boykottieren die Präsidentschaftswahlen am 8. April, die der vorherige Präsident Abdelasis Bouteflika mit 83 Prozent gewinnt. Die Wahlbeteiligung in der Kabylei liegt bei 14 Prozent. Im Februar bricht der Dialog zwischen den Berbern und der Regierung ab, nachdem gefordert wurde der Berbersprache den gleichen Status wie Arabisch zu verleihen. Nach seiner Wiederwahl kündigt Präsident Bouteflika an, die Berber Krise lösen zu wollen. *bhu*

Bahrain (schiitische Opposition)

Intensität: 2	Veränderung: ↗	Beginn: 1975
Konfliktparteien:	Schiiten (BSM), Hisbollah Bahrain, Islamische Front für die Befreiung Bahraïns, Scheich Ali Salman, Scheich Abdal Amir al-Dschamri vs. Regierung	
Konfliktgegenstand: nationale Macht		

Der Konflikt um die nationale Macht zwischen der schiitischen Opposition (BSM) und der sunnitisch geprägten Regierung besteht fort. Nachdem der selbsternannte König Scheich Hamad bin Isa Al-Khalifa seine Macht durch eine Verfassungsänderung am 14.2.02 erweiterte, ist es für die Opposition schwieriger geworden ihre nationale Macht auszubauen. Nach Zensur aller oppositionellen Webseiten am 21. Mai protestiert die BSM gegen diese Maßnahme. Weitere Proteste ruft die Verhaftung des Menschenrechtsaktivisten Abdul Hadi Al-Khawaja hervor, welcher der Regierung Machtmissbrauch vorwarf. Die Polizei löst eine Demonstration von über 1.000 Aktivisten mit Tränengas

auf. Das Bahraini Zentrum für Menschenrechte, in welchem al-Khawaja arbeitete, wird geschlossen. *bhu*

Irak - Iran

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1969
Konfliktparteien:	Irak vs. Iran	
Konfliktgegenstände: internationale Macht, Ideologie / System		

Vor dem Hintergrund der Kämpfe schiitischer Extremisten mit irakischen Sicherheitskräften und den Koalitionstruppen im April und im August, verschärft sich der Konflikt zwischen dem Irak und dem Iran [=> Irak (al-Sadr-Gruppierung)]. Der irakische Verteidigungsminister Hasem Schalaan wirft dem Iran im August vor, die schiitischen Aufständischen mit Waffenlieferungen zu unterstützen und Feinde des Irak einzuschleusen. Im Jahresverlauf nehmen irakische Sicherheitskräfte darüber hinaus insgesamt mehr als tausend iranische Staatsangehörige fest, welchen Spionage und Sabotageakte vorgeworfen werden. Der Iran bestellt hierauf den irakischen Botschafter zu Gesprächen über die antiiranischen Äußerungen irakischer Politiker ein. *pj*

Irak - Kuwait

Intensität: 1	Veränderung: ↘	Beginn: 1961
Konfliktparteien:	Irak vs. Kuwait	
Konfliktgegenstände: Territorium, Ressourcen (Öl), andere (Reparationen)		

Der Konflikt zwischen dem Irak und Kuwait um die Nichtanerkennung der Souveränität Kuwaits durch den Irak besteht fort. Irak erhebt sowohl auf kuwaitisches Territorium Anspruch als auch auf Öl, das aus grenznahen Gebieten auf kuwaitischer Seite gefördert wird. Kuwait nimmt am 29. Juni, nach dem Sturz und der Gefangennahme Saddam Husseins und der Errichtung einer Übergangsregierung im Irak, wieder diplomatische Beziehungen zum Irak auf. Am 26. Juli besucht der irakische Ministerpräsident Ijad Alawi bei einer Rundreise durch die arabischen Länder Kuwait, um für die politische Anerkennung seiner Übergangsregierung zu werben. *ho*

Irak (al-Sadr-Gruppierung)

Intensität: 4	Veränderung: NEU	Beginn: 2004
Konfliktparteien:	al-Sadr-Gruppierung vs. Übergangsregierung	
Konfliktgegenstand: Ideologie / System		

Seit April kämpft die schiitische Gruppierung um den radikalen Prediger Muktada al-Sadr gegen die Koalitionstruppen in verschiedenen Städten für die Errichtung eines fundamentalistischen Gottesstaates. Nach der Übergabe der Souveränität an die irakische Übergangsregierung brechen erneut Kämpfe mit den Sicherheitskräften aus [=> Irak (Widerstandskräfte - US-geführte Zivilverwaltung)]. Am 5. August greift die Mahdi-Armee eine Polizeiwache an und bricht damit den im Juni geschlossenen Waffenstillstand. Die mehrere tausend Mann starke Miliz al-Sadrs ist im Juli 2003 vorgeblich zum Schutz der Pilgerstätten gegründet worden. Als US-amerikanische Truppen zum Schutz der Stadt eingreifen, fordern die Kämpfe 16 Tote, darunter einen US-Soldaten. Mehr als 50 Personen werden verletzt. Die Ausschreitungen weiten sich auf Bagdad, Amara, Basra, Kut und Nassiriya aus. Mit Genehmigung des Übergangsministerpräsidenten Ijad

Alawi starten die US-amerikanischen, britischen und italienischen Truppen eine Offensive mit Luftangriffen und schwerer Artillerie gegen die Aufständischen. Entgegen einer am 18. August erzielten Vereinbarung zwischen der irakischen Nationalkonferenz und al-Sadr, löst letzterer seine Miliz nicht auf. Die schweren Gefechte dauern insgesamt drei Wochen an und fordern weit über 500 Tote. In der Nacht zum 27. August vermittelt Großajatollah Ali al-Sistani ein Friedensabkommen für Nadschaf. Zwar beginnen die Sadr-Anhänger mit dem Abzug ihrer Kämpfer und die US-Truppen ziehen sich ebenfalls aus der Stadt zurück und überlassen die Sicherung der Heiligen Stätten irakischen Sicherheitskräften, dennoch werden sporadische Kämpfe andernorts und Sabotageakte an den Ölpipelines im Süden des Landes fortgeführt. Weitere Verhandlungen scheiterten bislang an der Weigerung der Sadr-Anhänger, ihre Waffen niederzulegen, sowie ihrer Forderung nach einem vollständigen Abzug der US-Truppen aus der Bagdader Vorstadt Sadr-City. *pj*

Irak (Aufständische)

Intensität: 5	Veränderung: NEU	Beginn: 2004
Konfliktparteien: Aufständische vs. Übergangsregierung		
Konfliktgegenstände: nationale Macht, Ideologie / System		

Mit der Übergabe der Souveränität an die irakische Übergangsregierung am 28. Juni tritt diese direkt mit den Aufständischen in Konflikt um die Macht und die Ausrichtung des politischen Systems. Die neue Regierung wird von Koalitionstruppen des vorangegangenen Krieges unterstützt, die nach wie vor einen erheblichen Einfluss ausüben. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Gewalt wird die Auseinandersetzung mit der Intensität eines Krieges ausgetragen. Charakteristisch für den Gewalteintritt sind tägliche terroristische Anschläge, Raketenangriffe, Schießereien, Entführungen und Morde seitens der überwiegend sunnitischen Rebellen. Unter ihnen finden sich vor allem ehemalige irakische Sicherheitskräfte des untergegangenen Regimes, aber auch ausländische Islamisten unter dem jordanischen Extremistenführer Abu Mussab al-Sarkawi. Die Interimsregierung bekämpft die Aufständischen mit Unterstützung der US-geführten Koalitionstruppen in mehreren militärischen Operationen. Anfang Oktober gehen über 2.000 irakische und bis zu 3.000 US-amerikanische Truppen, unterstützt von Kampfflugzeugen, Panzern und gepanzerten Fahrzeugen gegen die Stadt Samarra im Norden des Landes vor. Die Stadt soll von bis zu 2.000 Kämpfern zur Basis für Anschläge im ganzen Land gemacht worden sein. Etwa 125 Aufständische werden getötet, 88 gefangen genommen. Anfang November genehmigt Übergangsministerpräsident Ijad Alawi die Militäroperation Morning Dawn gegen die sunnitische Widerstandshochburg Falludscha nordwestlich von Bagdad. In den Gefechten werden innerhalb einer Woche 22 US-Soldaten, fünf irakische Sicherheitskräfte und etwa 1.000 Aufständische getötet. Seit Beginn der Großoffensive werden insgesamt mehr als 1.400 weitere gefangen genommen, von denen bis Ende November mehr als 400 wieder freigelassen werden. Während die Kämpfe dort abflauen, weiten sich die Rebellenaktivitäten im Norden des Landes aus. Das Ziel, bis zu den für Januar 2005 angesetzten Wahlen für Stabilität zu sorgen, kann im Untersuchungszeitraum nicht erreicht werden. *pj*

Irak (Widerstandskräfte - CPA, IGC)

Intensität: 4	Veränderung: ↘ ENDE	Beginn: 1990
Konfliktparteien: Widerstandskräfte vs. US-geführte Zivilverwaltung (CPA), Übergangsregierungsrat (IGC)		
Konfliktgegenstände: internationale Macht (Entwaffnung), Ideologie / System, Ressourcen (OI)		

Die im Vorjahr als Krieg ausgetragene Auseinandersetzung zwischen den US-geführten Koalitionstruppen und dem Irak, erfährt mit dem Fall des irakischen Regimes und der Einrichtung einer US-geführten Zivilverwaltung (CPA) im April 2003 eine Transformation. Der Konflikt wird seither zwischen verschiedenen Kräften des Widerstands und den faktischen Besatzern mit der Intensität einer ersten Krise geführt. Den Koalitionstruppen gelingt es nicht, irakische Massenvernichtungswaffen zu finden, die von den USA offiziell als Kriegsgrund angegeben wurden. Die andauernde Gewalt behindert den Wiederaufbau und die Errichtung einer neuen politischen Ordnung. Haben sich die Anschläge der Aufständischen anfänglich noch überwiegend gegen die Koalitionstruppen gerichtet, so geraten zunehmend auch jene Iraker, die mit ihnen zusammen arbeiten sowie internationale Hilfsorganisationen ins Visier. Vor allem Entführungen von im Irak tätigen Ausländern, um einen Truppenabzug, aber auch Lösegeldzahlungen zu erpressen, häufen sich. Oft endet dies mit der Ermordung der Geisel. Zunächst ging der gewaltsame Widerstand hauptsächlich von sunnitischen Gruppierungen aus, die trotz ihrer demographischen Minderheit im Baath-Regime privilegiert waren. Ehemalige Sicherheitskräfte der aufgelösten irakischen Armee und der Polizei unterstützen den Widerstand. Anfang April eskaliert die Situation auch bei Schiiten-Demonstrationen in Nadschaf, zu welchen der radikale Prediger Muktada al-Sadr aufgerufen hat. Die Ausschreitungen der von ihm aufgebauten Mahdi-Armee weiten sich auch auf weitere Städte aus und dauern bis zur Vermittlung eines Waffenstillstands durch Großajatollah Ali al-Sistani, der höchsten schiitischen Autorität im Irak, an. Zwei Tage früher als geplant, übergibt die CPA am 28. Juni die Souveränität an die von ihr ernannte irakische Übergangsregierung. Dies markiert das Ende dieser Konfliktkonstellation. [= > Irak (Widerstandskräfte)]. *pj*

Iran - USA

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1979
Konfliktparteien: USA vs. Iran		
Konfliktgegenstände: internationale Macht (Rüstungskontrolle), Ideologie / System		

Der Streit zwischen den USA und dem Iran um das vermutete iranische Nuklearprogramm bleibt auch 2004 ein manifester Konflikt. Die diplomatischen Aktionen und der Umgangston zwischen den Parteien werden allerdings rauer. Im Januar fordert die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) den Iran auf, weiterhin mit den Inspektoren zu kooperieren oder vor ernsthafte Konsequenzen gestellt zu werden. Nach einer kurzen Unterbrechung der Inspektionen durch den Iran erlaubt die Regierung im März die Wiederaufnahme der Inspektionen und verspricht eine intensiviertere Zusammenarbeit mit der IAEA. Im Juni verschärft sich die Situation durch die Ankündigung des Iran, sein nukleares Programm nicht beenden zu wollen. Durch den zunehmenden Druck der IAEA und der europäischen Staaten Frankreich, Großbritannien und Deutschland, droht der Iran mit der Aufkündigung der

Kooperation. Ende Juli beginnt der Iran wieder mit dem Bau von Zentrifugen, die zur Energiegewinnung und zur Produktion von waffenfähigem Uran genutzt werden können, so die USA. Als Reaktion spricht der amerikanische Außenminister Colin Powell am 2. September davon, die Angelegenheit vor den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu bringen und den Iran mit Sanktionen zu belegen. Am 16. September erreichen die USA ein Übereinkommen mit Frankreich, Großbritannien und Deutschland über eine UN-Resolution, die den Iran auffordert, seine Urananreicherung vollständig aufzugeben. Die Resolution erlaubt der IAEA am 25. November über weitere Schritte in dem Konflikt zu entscheiden. *rd*

Iran (Reformer - Konservative)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1993
Konfliktparteien:	Reformer vs. Konservative	
Konfliktgegenstände: nationale Macht, Ideologie / System		

Der manifeste Konflikt um die Machtbeschränkung zwischen der konservativen iranischen Judikative und dem religiösen Führer Ayatollah Sayed Ali Khamenei und den Reformern um Regierungschef Sayed Mohammed Khatami bleibt bestehen. Am 11. Januar verweigert der Wächterrat die Bewerbung von 3.600 reformorientierten Kandidaten von insgesamt 8.000 für die Wahlen zum Parlament am 20. Februar. 80 der ausgeschlossenen Kandidaten sind zu diesem Zeitpunkt Abgeordnete im iranischen Parlament. Nach einem Appell des zu diesem Zeitpunkt von Reformern dominierten Parlaments den Ausschluss aufzuheben und nach einem Einschreiten von Khatami und Ayatollah Khamenei, entschließt der Wächterrat sich zu einer Wiederzulassung von ca. einem Drittel der nicht zugelassenen Bewerbern. Am 2. Februar legen 114 Abgeordnete demonstrativ ihr Amt nieder, um gegen die Beschlüsse zu protestieren. Am 3. Februar erklärt Ayatollah Khamenei, dass die Parlamentswahlen nicht verlegt werden, was zu Demonstrationen iranischer Studenten in Teheran führt, die zu einem Wahlboykott aufrufen. Die Wahlen am 20. Februar gewinnen schließlich die Konservativen. Diese halten nun eine Zweidrittelmehrheit im 290 Sitze zählenden Parlament. Die Mandate der Reformer werden auf unter 50 Sitze reduziert. Am 31. Juli wird einer der führenden iranischen Dissidenten und Reformer, Hashem Aghajari, aus der Haft entlassen. Aghajari war 2002 aufgrund von Blasphemie und Abfall vom Glauben zum Tode durch den Strick verurteilt worden. Die Verurteilung Aghajaris war 2002 der Anlass für tagelange Studentendemonstrationen. *rd*

Iran (Volksmudschaheddin)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1965
Konfliktparteien:	Volksmudschaheddin vs. Regierung	
Konfliktgegenstände: nationale Macht, Ideologie / System		

Der Konflikt um die nationale Macht zwischen der religiösen Führung und den oppositionellen Volksmudschaheddin, die einen autoritären Sozialismus mit islamischer Prägung im Iran installieren wollen, wird fortgesetzt. Aufgrund der amerikanischen Invasion im Rückzugsgebiet der Mudschaheddin im Irak, ist es der von den USA und der UN als terroristisch eingestuftem Gruppierung nicht mehr möglich, koordiniert zu handeln. Zudem gibt die irakische Übergangsregierung im

Dezember 2003 bekannt, dass die Mitglieder der Volksmudschaheddin bis Ende 2004 ausgewiesen werden sollen. *rd*

Israel (Hisbollah)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1982
Konfliktparteien:	Hisbollah vs. Israel	
Konfliktgegenstände: Territorium (Schebah-Felder)		

Zwischen Israel und der Hisbollah besteht weiterhin der Konflikt um das zwischen Libanon und Israel gelegene Gebiet, das als Schebah-Felder bekannt ist. Im Berichtszeitraum liefern sich Kämpfer der Hisbollah, die von Syrien finanziell und logistisch unterstützt werden, immer wieder Gefechte mit israelischen Truppen entlang der Grenze. Israel hält das umstrittene Gebiet als Teil der besetzten Golanhöhen unter seiner Kontrolle. Seit dem israelischen Abzug aus dem Südlibanon im Jahr 2000 attackiert die Hisbollah sporadisch Ziele in Nordisrael und im Gebiet um die Schebah-Felder. Ende Januar übergibt Israel an den Libanon die Leichen von 59 Kämpfern. Die Mehrzahl der Toten waren Mitglieder der Hisbollah. Ferner lässt Israel 400 palästinensische Gefangene frei. Im Gegenzug gibt die Hisbollah die Leichen dreier Soldaten heraus und lässt einen entführten Geschäftsmann frei. Der seit drei Jahren ausgehandelte Austausch war unter der Vermittlung Deutschlands zu Stande gekommen. Am 22. März greift die Hisbollah mit Raketen und Mörsern israelische Stellungen in der Nähe der Schebah-Felder an. Mindestens ein israelischer Soldat stirbt in einem dreitägigen Feuergefecht entlang der Grenze am 7. Mai. Am 20. Juni greifen israelische Kampfflugzeuge mutmaßliche Stellungen der Hisbollah im Südlibanon an, von wo aus Raketen auf Israel abgeschossen worden sind. Bei einem Feuergefecht entlang der Grenze am 20. Juli sterben zwei Israelis und ein Hisbollah-Kämpfer. Einen Tag zuvor tötete eine Autobombe ein Mitglied der Hisbollah, Ghalib Awali, in Beirut. Die Hisbollah beschuldigt Israel, für den Anschlag verantwortlich zu sein. Anfang September lehnt die Hisbollah eine UN-Resolution ab, in der die Auflösung der Organisation gefordert wird. Am 7. November startet die Hisbollah erstmals eine Aufklärungsdrohne über israelisches Gebiet. *hl*

Israel (Palästinensische Gruppen)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1948
Konfliktparteien:	Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), Palästinensische Behörde, Islamischer Dschihad, Hisbollah, Hamas vs. Israel	
Konfliktgegenstände: Sezession, Ideologie / System, Ressourcen		

Der Konflikt zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde um die Errichtung eines eigenständigen palästinensischen Staates setzt sich im Berichtszeitraum fort. Im Mittelpunkt stehen die Anschläge radikaler Palästinensergruppen wie der Hamas und der al-Aksa-Brigaden auf jüdische Ziele sowie die Vergeltungsaktionen Israels. Israelische Truppen rücken regelmäßig in die besetzten Gebiete ein und liefern sich Gefechte mit militanten Palästinensern. Im Verlauf der mehrtägigen Offensive Rainbow töteten israelische Soldaten 51 Palästinenser, darunter zwölf Zivilisten. Ferner zerstört die Armee bis zu 120 Häuser. Die USA und die UN kritisieren Israel für die Zerstörungen und fordern den Rückzug der Truppen. Ende

September beginnt die israelische Armee mit der Operation Days of Penitence im Gaza-Gebiet mit dem Ziel, den Beschuss israelischen Gebietes durch Kassam-Raketen zu unterbinden. Mit mehr als 2.000 Soldaten, unterstützt von 200 Panzern und gepanzerten Fahrzeugen, rückt die Armee in das Flüchtlingslager Jabaliya und die Stadt Beith Hanoun vor. Bei den anschließenden, 17 Tage andauernden Gefechten sterben 137 Palästinenser, darunter 30 Zivilisten, und zwei israelische Soldaten. 90 Häuser werden zerstört und machen 700 Palästinenser obdachlos. Neben dieser Strategie nimmt Israel die gezielte Tötung von Anführern radikaler Gruppen vor. Am 22. März tötet die israelische Luftwaffe in einem Angriff den Hamas-Gründer Scheich Ahmed Yassin und sieben seiner Begleiter. Die Tötung löst im arabischen Raum Empörung aus und trägt zu einer weiteren Radikalisierung der Palästinenser bei, die gegen den Anschlag demonstrieren. Am 18. April tötet die israelische Luftwaffe den Nachfolger Yassins, Hamas-Chef Abdel Aziz al-Rantisi und zwei seiner Leibwächter in Gaza. Obwohl in beiden Fällen Verurteilungen durch die UN angestrebt werden, blockieren die USA Resolutionen des UN-Sicherheitsrates. Die radikalen Palästinenser setzen in dem Konflikt nach wie vor Terroranschläge als Mittel des Konfliktauswegs ein. Am 31. August sterben 16 Personen bei zwei Selbstmordattentaten gegen israelische Busse in Beerseba. Die Hamas erklärt sich dafür verantwortlich, um den Tod von Scheich Yassin im März zu rächen. Der Friedensprozess, der im Rahmen der Roadmap angestrebt wird kommt nicht voran. Im Dezember 2003 stellt der israelische Premierminister Ariel Scharon seinen alternativen Friedensplan vor. Der unilaterale Plan sieht vor, dass Israel sich aus dem Gaza-Streifen vollständig zurückzieht und alle dort existierenden israelischen Siedlungen auflöst. Gleichzeitig soll im Westjordanland der Bau der umstrittenen Sperranlage vorangetrieben und ebenfalls einige Siedlungen aufgelöst werden. Der internationale Gerichtshof verurteilt am 9. Juli den Bau der Anlage als illegal. Am 21. Juli verlangt die UN-Generalversammlung den Abriss des Sperrwalls, was Israel ablehnt und auf sein Recht auf Selbstverteidigung verweist. Die USA kritisieren ebenfalls die Entscheidung des Gerichtshofes. Die Palästinenser lehnen den einseitigen israelischen Plan zur Räumung des Gaza-Streifens ab, da sie befürchten, Israel schaffe vollendete Tatsachen, ohne einen eigenen Palästinenserstaat zuzulassen. Nach der Unterstützung des Planes durch die USA im April und Kontroversen innerhalb der israelischen Regierung stimmt das Parlament am 26. Oktober Scharons Rückzugsplan aus dem Gaza-Streifen zu. Der Tod Yassir Arafats am 11. November wird von Israel und den USA als Möglichkeit gesehen, den Friedensprozess wieder in Gang zu setzen, da beide Länder Arafat für das Ausbleiben von Fortschritten wiederholt verantwortlich gemacht haben. Seit Ausbruch der Intifada im Jahr 2000 sind bis Mitte September über 3.200 Menschen umgekommen, davon über 2.780 Palästinenser.

hl

Jemen (Islamisten)

Intensität: 4	Veränderung: ↗	Beginn: 1994
Konfliktparteien:	Islamischer Dschihad, Armee von Aden-Abyan, al-Schabab al-Mu'men vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	nationale Macht	

Die Krise zwischen der nationalen Regierung und islamistischen Gruppierungen im Jemen eskaliert. Am 18. Juni startet die Armee eine Offensive gegen die al-Schabab al-Mu'men und ihren politischen Führer Scheich Hussein Badr Al-Deen Al-Houthi in der Provinz Saada im Norden des Landes. Al-Houthi ist Mitglied der Zaidi, einer schiitisch-muslimischen Sekte, die in der Grenzregion zu Saudi-Arabien am stärksten verbreitet ist. Die Republik Jemen ist ansonsten mehrheitlich sunnitisch geprägt. Scheich Al-Houthi, ein ehemaliger Abgeordneter des nationalen Parlaments, wird beschuldigt, ungenehmigte religiöse Zentren erbaut, eine bewaffnete Gruppierung gegründet und gewalttätige anti-amerikanische und anti-israelische Kundgebungen organisiert zu haben. Im Juli scheitern Verhandlungen zwischen den Akteuren, die nach einer friedlichen Beilegung des Konflikts suchen. Die Kampfhandlungen, bei denen die Armee schwere Waffen, wie Panzer, Raketenwerfer und Kampfflugzeuge einsetzt, dauern daraufhin mit verstärkter Intensität an. Am 11. August erklärt die Regierung das Ende aller Kampfhandlungen in der Region. Im Gegensatz zu der offiziellen Verlautbarung gehen die Gefechte mit unverminderter Härte weiter, was zu einer steigenden Opferzahl auch bei Zivilisten führt. Aufgrund der militärischen Überlegenheit der Armee, setzen die ca. 3.000 Anhänger al-Houthi ab Ende August Guerilla-Taktiken ein. Am 9. September erklärt die Regierung Scheich al-Houthi für tot und die Rebellion für beendet. Schätzungen beziffern die Anzahl der Opfer unter Kombattanten und Zivilisten auf bis zu 1.000. rd

Libanon (religiöse Gruppen)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1975
Konfliktparteien:	religiöse Gruppen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	nationale Macht	

Der vereinzelt gewaltsam ausgetragene Konflikt zwischen der libanesischen Regierung und einzelnen religiösen Gruppen um die nationale Macht im Libanon setzt sich fort. Der amtierende maronitisch-christliche Präsident Emile Lahoud erfährt Unterstützung durch Syrien bei der umstrittenen, verfassungswidrigen Verlängerung seiner Amtszeit. Gegen dieses Vorhaben wenden sich die maronitische Kirche und der sunnitische Premierminister Rafik Hariri mit einzelnen drusischen Ministern. Die USA und Frankreich kritisieren die politische und militärische Machtausübung Syriens. Sie setzen am 4. September und am 19. Oktober zwei Resolutionen des UN-Sicherheitsrates durch, die die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Libanons fordern. Syrien weist dieses Verlangen zurück, führt aber einen weiteren Teilabzug von 3.000 seiner bisher geschätzten 20.000 Soldaten im Libanon durch. Das libanesische Parlament befürwortet am 4. September die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten, woraufhin drei drusische Minister zurücktreten und Premierminister Hariri eine Regierungsbildung unter seiner Führung ablehnt. Unbekannte Attentäter verüben am 2. Oktober auf einen der ehemaligen Minister einen Bombenanschlag. Präsident Lahoud nominiert am 21. Oktober als neuen Premierminister Omar

Karameh. Dieser gilt als Unterstützer Syriens und ernannt ausschließlich pro-syrische Minister. Innerhalb der religiös-politischen Gruppierungen kommt es zu weiteren Spannungen. Am 29. August töten Attentäter der Terrorgruppe Osbat Al-Ansar im palästinensischen Flüchtlingslager Ein El-Hilweh Mitglieder der palästinensischen Organisation Fatah. Hintergrund ist, dass Osbat Al-Ansar Fatah für die Ermordung des Anführers ihrer Splittergruppe Osbat Al-Nour verantwortlich macht. Am 3. Oktober finden im Südlibanon Kämpfe zwischen der Hisbollah und der Gruppe Amal statt. es

Libyen - USA, Großbritannien

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1964
Konfliktparteien:	Libyen vs. USA, Großbritannien	
Konfliktgegenstand:	internationale Macht (Entwaffnung)	

Der Konflikt zwischen Libyen und den USA sowie Großbritannien entspannt sich am 19.12.03. Muammar Gadhafi legt ein Geständnis ab, dass Libyen den Besitz von Massenvernichtungswaffen angestrebt habe. Gleichzeitig verkündet er, dass seine Regierung solche Waffen vernichtet und seine Anlagen und Einrichtungen für die internationale Rüstungskontrolle öffnet. Am 25. März besucht Tony Blair in einer umstrittenen Reise Gadhafi. Am 23. April gibt die US-Regierung die Mehrheit ihrer Sanktionen gegen Libyen auf. Mitte 2004 erklärt Libyen keinen Waffenhandel mit den Ländern zu betreiben, die beschuldigt werden Massenvernichtungswaffen weiterzuverbreiten und beliefert die USA wieder mit Öl. Am 28. Juni nehmen die USA nach 24 Jahren wieder diplomatische Beziehungen mit Libyen auf. Am 10. August erklärt sich Libyen damit einverstanden, deutsche Opfer des Bombenanschlags des Berliner Nachtclubs La Belle im Jahr 1986 mit 35 Millionen Dollar zu entschädigen. Am 20. September heben die USA das Handelsembargo gegen Libyen auf. Jedoch halten die USA einige Terrorismus bezogene Sanktionen aufrecht. Am 29. September beginnt Libyen mit den Auszahlungen an die deutschen Opfer. Am 11. Oktober heben die EU-Außenminister die Sanktionen gegen Libyen, einschließlich des Waffenembargos, auf. Ende Oktober nimmt Libyen 17 Mitglieder einer Gruppe fest, die mit dem Al-Kaida-Netzwerk in Verbindung stehen sollen. Libyen liefert an Algerien einen der dort meist gesuchten Terrorverdächtigen aus. sus

Marokko (Westsahara)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1976
Konfliktparteien:	Volksfront zur die Befreiung von Saguia el Hamra und Río de Oro (POLISARIO) vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt um die von Marokko besetzte Westsahara zwischen der Unabhängigkeitsbewegung der Volksfront zur Befreiung von Saguia el Hamra und Río de Oro (Frente POLISARIO) und dem marokkanischen König besteht fort. Nachdem Marokko das von der UNO 1991 im Waffenstillstand vorgesehene Referendum weiterhin ablehnt, tritt am 14. Juni der UNO-Sondergesandte James Baker zurück. Am 22. Juni lässt die Frente POLISARIO 100 marokkanische Gefangene frei. Im Gegenzug lässt Marokko am 29. Juni Familienbesuche der Rebellen zu. An diesem Programm

nehmen 800 Personen teil. Vom 3. bis 13. September führt der neue UNO-Sondergesandte Alvaro de Soto erste informelle Sondierungsgespräche in der Region. Durch Entscheidung des UNO-Sicherheitsrats vom 28. Oktober wird die UN Mission for the Referendum in Western Sahara (MINURSO) bis zum 30.4.05 verlängert. Marokko lädt am 9. November den Präsidenten Simbabwe Robert Mugabe zur Vermittlung im Konflikt ein. gs

Mauretanien (Putschisten)

Intensität: 2	Veränderung: ↘	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	Putschisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	nationale Macht	

Die Umstände des 2003 durchgeführten Putsches bleiben unaufgeklärt. Nach Regierungsangaben werden im August und September zwei geplante Putschversuche gegen den mauretanischen Präsidenten Maaouiya Ould Taya rechtzeitig vereitelt. Es soll geplant worden sein, strategisch wichtige Schlüsselpositionen im Land, wie den Flughafen und Militärstützpunkte, anzugreifen. Eine große Anzahl an Waffen wird entdeckt und beschlagnahmt sowie mehrere Militärangehörige verhaftet, die aus demselben Kreis von Putschisten des vergangenen Jahres stammen sollen. Die mauretanische Regierung beschuldigt neben radikalen Islamisten auch Libyen und Burkina Faso der Unterstützung des geplanten Umsturzversuches. Beide Staaten weisen dies zurück. Bei den Gefangenen soll es sich um Anhänger des Ex-Generals Saleh Ould Hanenna handeln, der als Hauptdrahtzieher hinter den Umsturzversuchen im vorigen und diesem Jahr gilt. Hanenna wird Ende September verhaftet. sb

Saudi-Arabien (Islamisten)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1990
Konfliktparteien:	Islamisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	nationale Macht, Ideologie / System	

Der Konflikt zwischen Islamisten und dem Saudischen Königshaus hält an. Die militanten Islamisten, die der Unterstützung von Al-Kaida verdächtigt werden, ermorden westliche Zivilisten und versuchen das Regime zu destabilisieren. Viele Saudis halten das Regime für korrupt und nicht bereit, politische Reformen durchzuführen. Die Präsenz der USA im Irak und in Saudi-Arabien selbst verstärkt die Frustration vieler Saudis. Am 12. Juni töten mutmaßliche Al-Kaida Kämpfer einen amerikanischen Staatsbürger in der Hauptstadt Riad. Sechs Tage später enthaupten militante Islamisten eine entführte amerikanische Geisel und fügen dem Terror damit eine neue Dimension hinzu. Der saudische König Fahd bin Abdul Asis bietet den Militanten im Juni eine Amnestie an, vorausgesetzt, sie stellen sich binnen eines Monats den Behörden. Die Islamisten gehen auf diesen Vorschlag kaum ein. Am 28. Juni tötet die Polizei den Terroristen Abdullah al-Rashud und zwei seiner Begleiter. Drei Tage später erschießt die saudische Polizei zwei militante Islamisten in der Hauptstadt. Am 5. August verhaften saudische Sicherheitskräfte einen der meistgesuchten militanten Islamisten, Faris al-Zahrani, der Verbindungen zu Al-Kaida unterhalten soll. Am 5. September verhaften saudischer Sicherheitskräfte sieben mutmaßliche Extremisten in der Stadt Buraida, drei weitere werden bei einer Verfolgungsjagd erschossen.

Ende September wird ein Franzose in der Stadt Jeddah erschossen. Am 12. Oktober töten saudische Einsatzkräfte drei mutmaßliche Extremisten in einer Schießerei in der Hauptstadt Riad. Bei Angriffen, die mit Al-Kaida in Verbindung gebracht werden, werden mehr als 100 Menschen getötet. Die meisten von ihnen sind ausländische Zivilisten. *hl*

Saudi-Arabien (Reformer)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 2003
Konfliktparteien: Reformer vs. Regierung		
Konfliktgegenstand: nationale Macht		

Der Konflikt zwischen dem saudischen Königshaus und Teilen der Bevölkerung, die politische Reformen fordern, bleibt ungelöst. Demonstrationen finden im Berichtszeitraum nicht statt. Mitte März verhaften saudische Behörden fünf intellektuelle Reformer des Landes. Am 4. August kündigt das saudische Königshaus die ersten landesweiten Wahlen für die Zeit ab Mitte November an. Dies wird gerade von den USA als wichtiger Schritt in Richtung Reformen gesehen. Die USA haben Saudi-Arabien in der Vergangenheit wiederholt zu politischen Reformen gedrängt. Dem Königshaus wird vorgeworfen, militanten Extremisten einen Nährboden zu bieten. Am 23. August verurteilt ein saudisches Gericht einen Prozess gegen drei Reformer, nachdem es zu Protesten von Anhängern der Angeklagten kam. Anfang Oktober wird das Verfahren erneut verurteilt, da die Beschuldigten die Aussage verweigern. Ihnen wird vorgeworfen, Aussagen zu verbreiten und Unterschriften zu sammeln, in denen politische Veränderungen gefordert werden. *hl*

Syrien - Israel

Intensität: 2	Veränderung: ↘	Beginn: 1967
Konfliktparteien: Syrien vs. Israel		
Konfliktgegenstand: Territorium		

Der Konflikt zwischen Israel und Syrien um die Golanhöhen, die Israel 1967 im Sechs-Tage-Krieg besetzt hatte, bleibt ungelöst. Israel sieht die Höhen als strategisch wichtig für seine Sicherheit an und unterstreicht seinen Anspruch durch den Bau von Siedlungen in dem umstrittenen Gebiet. Gespräche sind seit 2000 festgefahren, als Israel Syrien anbot, die Höhen bis auf einen Streifen entlang des Galiläischen Meeres zurückzugeben. Syrien beharrt dagegen auf der Rückgabe des gesamten von Israel besetzten Territoriums, unterstützt prinzipiell aber die Formel Land für Frieden. Ende Dezember 2003 verkündet Israel einen Plan, 60 Millionen Dollar in neue Siedlungen auf dem Golan zu investieren. Am 11. Januar gibt der israelische Premierminister Ariel Scharon bekannt, dass er Gespräche mit Syrien erst dann wiederaufnehme, wenn dieses seine Unterstützung für den Terrorismus, speziell die Hisbollah, beende. Einen Tag später lehnt Syrien einen Vorschlag über eine Einladung des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad nach Jerusalem ab. Syrien selbst steht unter Druck seitens der USA, die das Land beschuldigen, Terrorgruppen zu unterstützen, und die gegen Syrien Sanktionen verhängt haben. Am 2. Februar wiederholt Syrien sein Gesprächsangebot an Israel auf Grundlage der Verhandlungen von vor vier Jahren. Am 5. September erklärt Syrien erneut seine Gesprächsbereitschaft, auf die Israel mit der Begründung nicht eingeht, es sei kein ernst gemeintes Angebot. *hl*

Syrien - USA

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 2003
Konfliktparteien: USA vs. Syrien		
Konfliktgegenstand: internationale Macht (Entwaffnung)		

Der Konflikt zwischen den USA und Syrien um die mutmaßliche Unterstützung terroristischer Gruppen durch Syrien bleibt ungelöst. Am 12.12.03 unterzeichnet US-Präsident George W. Bush ein vom Kongress im November eingebrachten Gesetz, in dem Syrien mit diplomatischen und ökonomischen Sanktionen gedroht wird. Die USA fordern ein Ende der Unterstützung von Terroristen, den syrischen Abzug aus Libanon, den Verzicht auf Massenvernichtungswaffen und ballistischer Langstreckenraketen und das Unterbinden des Einsickerns von Terroristen oder Massenvernichtungswaffen in den Irak. Mögliche Sanktionen seien die Einfrierung von syrischen Konten in den USA und ein Bann von US-Exporten. Einen Tag nach der Unterzeichnung des Gesetzes fordert Syrien die USA zu Gesprächen auf. Im Januar bestreitet Syrien entschieden die Vorwürfe, es habe irakische Massenvernichtungswaffen gelagert. Am 1. Mai erklären die USA ihre Bereitschaft, Sanktionen gegen Syrien zu verhängen, falls das Land nicht auf die US Forderungen eingeht. Am 11. Mai treten schließlich Sanktionen gegen Syrien in Kraft. Bush ordnet das Einfrieren von bestimmten syrischen Guthaben und einen Stopp aller amerikanischen Exporte, mit Ausnahme humanitärer Lieferungen an. Zwei Tage später kündigt der syrische Präsident Baschar al-Assad an, sich nicht den US-Forderungen nach einer Ausweisung radikaler Palästinenser, beispielsweise Mitglieder der Hamas und des Islamischen Dschihad, zu beugen. Am 11. September verlangen die USA von Syrien den Abzug aus dem Libanon und ein Ende syrischer Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes. *hl*

Türkei (Kurden)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1920
Konfliktparteien: Kurden vs. Regierung		
Konfliktgegenstand: Autonomie		

Die Nachfolgeorganisation der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK), Kurdischer Volkskongress (KONGRA-GEL), intensiviert ab Juni die gewalttätigen Attacken gegen den türkischen Staat und verkündet das Ende eines nie vollständig eingehaltenen Waffenstillstandes. Auf diese Weise will sie politische Gespräche mit der Regierung in Ankara erzwingen, was diese jedoch ablehnt. Bei Attentaten und bewaffneten Auseinandersetzungen werden über 100 Menschen getötet. Im Hinblick auf die politischen und kulturellen Rechte der Kurden begrüßt die Europäische Union die vorzeitige Entlassung der ehemaligen kurdischen Parlamentsabgeordneten Leyla Zana aus dem Gefängnis. Diesbezüglich gibt es einige wenige Fortschritte: Seit dem Sommer werden kurdischsprachige Programme auf staatlichen Sendern ausgestrahlt. Ferner besteht die Möglichkeit kurdische Sprachkurse zu besuchen. Anfang Oktober lassen die Behörden in der gesamten Türkei sechs kurdische Sprachschulen zu. *aj*

Datenbank KOSIMO 2

Das HIIK erfasst in seiner Datenbank Kosimo Informationen zu politischen Konflikten ab 1945. Seit 2003 führt es ein relationales Datenbanksystem, das den Datensatz von Kosimo 1 vollständig überarbeitet, aktualisiert und erweitert hat. Derzeit enthält Kosimo 2 Informationen zu weit mehr als 500 Konflikten in über 2.500 Teilphasen. Die neue Konzeption ermöglicht die detaillierte Darstellung des Konfliktverlaufs in gewaltsamen und nichtgewaltsamen Phasen anhand der systematischen Erfassung der Einzelmaßnahmen des Konfliktaustrags. Die Datenbank enthält zudem umfangreiche Angaben zur Struktur staatlicher und nicht-staatlicher Akteure, die in Jahreszeitreihen erfasst sind.

financed by



sponsored by

powered by

DYMATRIX
CONSULTING GROUP



Weitere Informationen finden Sie unter www.hiik.de.

Impressum

Herausgeber:

HIIK - HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG e.V.
am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg, Marstallstraße 6, 69117 Heidelberg, Deutschland

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Gruppenleiter/innen *kursiv*):

Europa: *Stephanie Lerche (sl)*, Stanka Boskovic (sb), Janine Conrad (jc), Stefan Dobler (sd), Ariane Hellinger (ah), Alexander Jossifidis (aj), Ingolf Klein (ik), Sophie Kraume (sk), Velina Rudarska (vl), Tobias Schäfer (ts), Kai Stenull (ks), Sanja Topic (st), Matthias Trefs (mt), Katja Wezel (kw), Tobias Würtz (tw)

Afrika: *Peer Böhrnsen (pb)*, Julian Albert (ja), Christian Baukhage (cb), Philipp Dierauer (pd), David Epp (de), Tobias Etzkorn (te), Laura Hauke (lh), Nadja Kaiser (nk), Thierry Kühn (tk), Stephanie Lerche (sl), Florian Lux (fl), Heidrun Lotta Mayer (hlm), Gerrit Schlomach (gs), Rüdiger Schwarz (rs), Miriam Speh (ms)

Amerikas: *Friedemann J. Schirrmeister (fs)*, Claudia Günther (cg), Eva Gutjahr (eg), Johannes Heckmann (jh), Michael Kirchmayer (mk), Julia Leininger (jl), Simon Müller (snm), Nicolas Schwank (nis), Raphael Thurn (rt), Miguel A. Zamorano (mz)

Asien und Ozeanien: *Christoph Trinn (ct)*, Christopher Altgeld (ca), Christoph Bertolo (cbo), Hendrik Boerner (hb), Julienne Ernst (je), Yolanda Fernandez (yf), Stephan Giersdorf (sg), Constantin Groll (cbr), Lena Maria Haubold (lmh), Anja Kluge (ak), Michael Oppermann (mo), Alexander Roth (asr), Teresa Schulze (tsz), Nicolas Schwank (nis), Nora Welti (nw)

Vorderer und Mittlerer Orient: *Gerrit Schlomach (gs)*, Sier Angar (sir), Stanka Boskovic (sb), Ruben Dieckhoff (rd), Britta Huss (bhu), Pamela Jawad (pj), Alexander Jossifidis (aj), Hendrick Lehmann (hl), Nicole Munz (nm), Holger Oswald (ho), Eric Sangar (es), Suat Selcuk (sus)

Redaktion: Peer Böhrnsen, Simone Dörr, Pamela Jawad, Stephanie Lerche, Friedemann J. Schirrmeister, Gerrit Schlomach, Christoph Trinn

Datenbank und Statistische Analyse: Angel Jimenez-Sanchez, Nicolas Schwank

Layout: Pamela Jawad

Konzeption: Pamela Jawad, Nicolas Schwank

Gesamtleitung: Pamela Jawad

**HEIDELBERGER INSTITUT FÜR
INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG**

at the Department of Political Science, University of Heidelberg

Marstallstrasse 6
D- 69117 Heidelberg
E-Mail: info@hiik.de

Telefon: +49(0)6221 - 54 31 98
Fax: +49(0)6221 - 54 28 96

www.KONFLIKTBAROMETER.de

ISSN 1616-931X

EUR 10.00